

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelhe Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Kolonialzettel oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berennungsanzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stehendgedruckte und Schließzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhältlich auch außer Postaus.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 16. November 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur neuen Flottenvorlage.

Imperialismus und Marinismus stehen im innigsten Zusammenhang; denn jede Kolonialmacht hält es für ihre dringendste Pflicht, für die Verteidigung ihrer Schutzgebiete Sorge zu tragen. Das kolonisierende Land ist auch dann noch nicht von dieser Verpflichtung entbunden, wenn die Kolonien eine gewisse Reife erlangt haben, das heißt, wenn sie wirtschaftlich unabhängig geworden sind; denn die Zugehörigkeit zum Mutterlande würde für jede Kolonie völlig wertlos sein, wenn sie selbst die Kosten für ihre Verteidigung übernehmen müßte.

Die mit vollen Segeln im Fahrwasser des Imperialismus treibende deutsche Regierung hat aus dem Ringen in Asiens Gewässern den Schluß gezogen, daß zwecks Durchführung ihrer mehr als gefährlichen Politik eine abermalige gewaltige Verstärkung der Marine notwendig sei. Sie wird die Expansionslüsternheit und die Hurra Stimmung der bürgerlichen Parteien ausnützen und schon in nächster Zeit eine Novelle zum Flottengesetz von 1900 einbringen. Zwar wissen wir noch nicht genau, welcher Art die Forderungen der Regierung sind und in welcher Weise man die notwendig werdende Schröpfung der Massen vorzunehmen gedenkt, doch sicher ist, daß die Lebensdauer der Linienfahrzeuge von 25 Jahren auf 20 Jahre herabgesetzt werden soll.

Begründet wird diese Forderung, deren Bedeutung vielfach unterschätzt wird, mit der Behauptung, daß die deutsche Flotte eine große Anzahl völlig veralteter und unbrauchbarer Schiffe aufzuweisen habe. Man spricht von „wertlosem Gerümpel“ und von „schwimmenden Särgen“, die im Falle eines Krieges durch die feindlichen Schiffgeschütze gar bald dem Meeresgrunde übergeben würden.

Nun ist es wohl ohne weiteres klar, daß ein vor 25 Jahren erbautes Linienfahrzeug in diesem Jahrhundert erbautes Schiff derselben Gattung in jeder Beziehung unterlegen ist, und daß demgemäß eine Flotte, die viel alte Schiffe in ihrem Bestande aufzuweisen hat, die Leistungsfähigkeit eines nur aus modernen Schiffen zusammengesetzten Geschwaders — die gleiche Anzahl vorausgesetzt — nicht erreicht. Diese Erwägung kann uns Sozialdemokraten, selbst wenn obige Behauptung zuträfe, natürlich noch lange nicht einer Herabsetzung der Ersatzpflicht geneigt machen, weil wir eben die Notwendigkeit einer Schlachtflotte für Deutschland überhaupt in Abrede stellen; aber will man die Beweisführung der Flottenagitatoren auf ihren wahren Wert zurückführen, dann hat man zunächst die Schiffsbestände der hervorragendsten Seemächte in bezug auf das Alter ihrer Glieder zu prüfen. Wir betrachten zu diesem Zweck die folgende Tabelle:

	Es liefen Linienfahrzeuge vom Stapel			Durchschnittsalter der Linienfahrzeuge
	1878/1890	1891/1899	1900/1906	
Oesterreich-Ungarn	—	8	6	6,9 Jahre
Amerika	1	10	16	7,0
Deutschland	1	8	16	7,6
Rußland	1	—	3	7,8
Japan	2	5	7	8,9
England	8	82	20	10,4
Frankreich	10	16	5	13,9
Italien	8	8	5	15,1

Bei dieser Tabelle ist zu beachten, daß weder Rußland noch Japan mit einem so geringen Durchschnittsalter ihrer Schiffe aufwarten könnten, wenn nicht der Krieg die gleichmäßige Entwicklung der Flotten beider Mächte unterbrochen hätte. Japan nämlich hat infolge seiner Seesiege mehrere neue Schiffe gewonnen, während Rußland sämtliche älteren Schiffe mit Ausnahme eines einzigen verlor. Jedenfalls zeigt aber die Zusammenstellung, daß nächst Oesterreich und Amerika, die so eigentlich erst in den letzten zehn Jahren den Bau von Linienfahrzeugen aufgenommen haben, Deutschland in bezug auf das Alter seiner Linienfahrzeuge am günstigsten dasteht. Zwar hat auch Deutschland Schiffe, die mit den modernsten Typen nicht konkurrieren können, das trifft aber für die anderen Seemächte, ausgenommen Amerika, in noch weit höherem Maße zu. Man vergleiche nur einmal Frankreich, das ja auch immer zur Begründung deutscher Flottenvorlagen herangezogen wird, mit Deutschland. Da, wo für Deutschland die Periode des Linienfahrzeugbaues erst recht beginnt, ist in Frankreich der Höhepunkt bereits überschritten, und so hat denn gerade die französische Marine — um im Jargon der Flottenfere zu sprechen — eine große Anzahl „schwimmender Särge“ aufzuweisen. Das wird schon durch die Zahl der unter 10 000 Tonnen großen Linienfahrzeuge bewiesen. Während Deutschland nur noch ein Schiff dieser Größenklasse besitzt, hat Frankreich deren neun. Diese neun alten Schlachtschiffe dürften unseren Küstenpanzerschiffen, die in obiger Tabelle nicht mit aufgeführt sind, nur wenig oder gar nicht überlegen sein. In bezug auf Linienfahrzeuge über 10 000 Tonnen hat Deutschland die französische Marine bereits überholt, und das Verhältnis beider Flotten zueinander wird sich schon bei Innehaltung des deutschen Flottengesetzes von 1900 immer günstiger für Deutschland

gestalten. Bedenkt man nun, daß sich alle größeren Seemächte beim Bau ihrer Schiffe vom Ebenbürtigkeitsprinzip leiten lassen, daß also das Alter eines Schiffes ausschlaggebend für seine Leistungsfähigkeit ist, und zieht man weiter den hohen militärischen Wert der Homogenität der deutschen Linienfahrzeuge in Betracht, so kommt man zu folgendem Schluß: Die Argumente der Flottentreiber sind aus der Luft gegriffen, und gerade das geringe Durchschnittsalter der deutschen Linienfahrzeuge beweist schlagend, daß eine Verjüngung des Schiffsmaterials unserer Marine nicht erforderlich ist.

Doch suchen wir uns weiter über Bedeutung und Folgen einer Herabsetzung der Lebensdauer unserer Linienfahrzeuge um fünf Jahre klar zu werden.

In den Jahren	Es sind Ersatzbauten auszuführen	
	bei einer Lebensdauer von 25 Jahren	bei einer Lebensdauer von 20 Jahren
1906—1915	8	13
1916—1920	10	6
1921—1925	6	12
1926—1930	12	12
1931—1935	10	15
Summa	41	59

Also selbst wenn man das völlig Unwahrscheinliche annimmt, daß nämlich das Flottengesetz von 1900 bis zum Jahre 1916 in Geltung bleiben werde, sind bis zum Jahre 1935 17 Ersatzbauten mehr vom Stapel zu lassen, was eine Mehrausgabe von weit über 1000 Millionen Mark bedeutet! Die folgenschwere Wirkung dieser Herabsetzung der Ersatzpflicht tritt natürlich um so deutlicher in die Erscheinung, je größer die Anzahl der Linienfahrzeuge wird!

Doch was soll nun mit den ausrangierten zwanzigjährigen Schlachtschiffen geschehen? Sollen sie etwa meistbietend versteigert oder als Zielobjekte für Schiffskanonen und Torpedoboote verwendet werden? Durchaus nicht; man wird sie weder verkaufen noch zerstören, man wird sie einfach zur Disposition stellen. Das denken wir uns nicht nur so; denn auch Graf Reventlow schreibt in einer der letzten Nummern der Zeitschrift „Ueberall“, daß bei unseren „vollwertigen“ Linienfahrzeugen eine wirkliche (nicht zu verwechseln mit der gesetzlichen) Lebensdauer von 20 Jahren etwas zu kurz bemessen wäre. Als „vollwertige“ Kampfeinheiten können nach der Ansicht der Herren vom Flottenverein nur die jetzt auf Stapel liegenden vier Linienfahrzeuge von der Größe der „Dreadnought“ angesehen werden. Natürlich werden die jetzt erbauten 20 000 Tonnenfahrzeuge nach zwanzig Jahren auch nicht mehr vor der Kritik des Flottenvereins bestehen können, und deshalb erhebt man, daß der Verabschiedung der gesetzlichen Ersatzpflicht ein verdammt schlauer Plan zugrunde liegt. Es ist den interessierten Kreisen nur darum zu tun, auf Umwegen so rasch als möglich zu dem ersehnten dritten Doppeltgeschwader zu gelangen!

Man stelle doch nur folgende einfache Ueberlegung an. Nach dem Flottengesetz von 1900 soll die Flotte bis zum Jahre 1920 auf 38 Linienfahrzeuge gebracht werden. Wird die Lebensdauer auf 20 Jahre herabgesetzt, dann sind innerhalb einer zwanzigjährigen Bauperiode 38 Schiffe zu ersetzen, in einem Jahre also durchschnittlich 2. Soviel müssen aber auch laut Gesetz aus den Listen gestrichen werden. Mühen stehen der Marineverwaltung stets 9 bis 10 Schiffe zur Verfügung, die das Alter von 25 Jahren noch nicht erreicht haben. Die Regierung braucht nun nur noch zu einem ihr genehmen Zeitpunkt die Materialreserven der gesamten Schlachtflotte um 4 bis 8 Schiffe zu vermehren, und bei Ausbruch eines Krieges kann sofort das dritte Doppeltgeschwader von 17 Schiffen formiert werden!

Die Herren des Flottenvereins können denn auch dieses hehre Ziel nicht rasch genug erreichen, und deshalb sind sie auch mit der geplanten Herabsetzung der Ersatzpflicht um fünf Jahre noch lange nicht zufrieden. Sie verlangen — man könnte ob des Wahnsinns, der aus diesen Wünschen spricht, beinahe lachen —, daß die gesamte deutsche Flotte unverzüglich durch neue Riesenbauten ersetzt wird. Man lese nur, was Graf Reventlow schreibt:

„Für die im Jahre 1906 auf Stapel gelegten Schlachtschiffe und Panzerkreuzer ist ein geschliches Alter bezw. Eintritt der Ersatzpflicht von 20 Jahren zulässig und nötig. Alle übrigen Schiffe, welche wir jetzt haben, müssen ersetzt werden, unabhängig von jeder Altersgrenze. Das wäre sinngemäß und würde seine Grenzen nur finden in den Kosten und der Leistungsfähigkeit von Werften und einschlägigen Industrien.“

Wir wissen, daß sich die Leistungsfähigkeit der Werften und aller in Frage kommenden Industrien bis ins Riesenhafte steigern läßt, wenn nur die Rentabilität der notwendig werdenden Neuanlagen durch langfristige Aufträge gesichert wird. Dafür würden unsere von Vaterlandsliebe überschwellenden Werftaktionäre und Panzerplattenpatrioten schon Sorge tragen. Eine Grenze ist dem Wahnsinn derer vom Flottenverein nur in der finanziellen Leistungsfähigkeit des Volkes gegeben. Diese Kostengrenze

liegt aber für die auf dem Geldsack sitzenden Marineübermenschen da, wo für die breiten Massen des Proletariats der Hungertypus beginnt. Denn neue Rüstungen so gewaltiger Natur bedeuten eine geradezu wahnwitzige Anspannung der Steuerschraube!

Die Unwissenheit im Dienste des Kapitals.

Unsere Untersuchung der Gewinne einiger der größten Werke der deutschen Eisenindustrie ist der bürgerlichen Presse sehr unbequem. Das Ergebnis, daß in diesen Werken 100 000 Arbeiter 6 1/2 Millionen Mark Reingewinn geliefert haben, läßt sich nun allerdings nicht abstreuen. Die Feststellung ist auch deswegen unbequem, weil gegenüber der Steuer von 644 M., die hier dem Arbeiter vom Kapital abgenommen wird, das Verbleibende von den hohen Gewerkschaftsbeiträgen denn doch versummen muß. Die „Deutsche Tageszeitung“ verlor allerdings deswegen keinen Moment lang ihren Uebermut. Da die Arbeiter, wie sie meint, ja ziemlich das Doppelte als Arbeitslohn bekommen, sei dieser Betrag für die Aktionäre eigentlich noch sehr gering, ein Biß, der bei den, wie Herr Liman festgestellt hat, minder intelligenten Lesern dieses Blattes gewiß mit wachsendem Gelächter beantwortet wird. Auf Arbeiter allerdings wird dieses Argument gerade keinen besonderen Eindruck machen. Die Verkämpfung unserer Feststellungen muß also den kapitalistischen Interessen sehr willkommen sein. Eine solche „Widerlegung“ hat alle Aussicht, durch die gesamte bürgerliche Presse zu wandern und damit für das Blatt, das sie veröffentlicht hat, kostenlos Reklame zu machen. Und eine solche Widerlegung wird um so lieber genommen von einer Seite, die als sozialdemokratisch oder wenigstens ehemals sozialdemokratisch vorgeführt werden kann. Denn auch darin kommt die Autorität, die sich die Sozialdemokratie weit über die eigenen Kreise hinaus erworben hat, zur Geltung, daß, was ein angeleglicher Sozialdemokrat sagt, mit viel größerem Interesse und größerer Aufmerksamkeit aufgenommen wird. Alle diese Eigenschaften sind also in dem ehemaligen Sozialdemokraten Georg Bernhard gegeben. Er gibt ein höchst interessant erscheinendes Märchen heraus, in dem er die stilistischen Künste, die er seinerzeit als Mitarbeiter der „Zukunft“ bei Herrn Harden gelernt hat, in den Vörsenjargon überträgt. Dieser angenehmen Form entspricht ein gleichwertiger Inhalt. Herr Bernhard belustigt allwöchentlich die Börsenbesucher mit allerhand Märchen und hat in neuerer Zeit in seinem literarischen Zingeltangel auch eine besonders zugkräftige Nummer, die Verschimpfung des „Vorwärts“. Geschäft ist Geschäft und Herr Bernhard glaubt, leben zu müssen.

Nachdem er vor kurzem den „Vorwärts“ wegen des pflichtgemäßen Eintretens für den Landrats-Vorstoß überfallen hat, pöbelt er ihn jetzt wegen unseres Nachweises der Rentabilität der Großindustrie an. Nun passiert dem Bernhard dabei das Malheur, daß er über ökonomische Erscheinungen sprechen muß, von denen er wirklich nichts versteht. Bernhard ist allerdings eine ökonomische Spezialität. Er hat einmal Marx gelesen und ist dabei auf den subtilen Gedanken verfallen, Marx kapitalistisch zu explizieren. Das ist aber eine Sache, die auch originelleren Leuten mißglücken müßte. Bei Bernhard ist daher der Marxismus sehr rasch verfliegen und nur der kapitalistische Zintenfisch geblieben. Das fortwährende Herumlaufen an der Börse und die ausschließliche Vektüre von Geschäftsabschlüssen und Bilanzangaben hat die spärlichen Ansätze systematischen Wissens längst verflüchtigt. Uebrig geblieben ist nur eine greuliche Konfusion, die um so komischer wirkt, als sie mit einer grotesken Einbildung und Selbstüberhebung einhergeht. Wie manche Makler auf der Börse sucht auch Bernhard seine Geschäfte durch das Ueberschreiben der anderen zu machen. Nur schade, daß dieses Geschrei höchstens seinen Kollegen in der Unwissenheit imponieren kann. Wie oberflächlich dieser Bernhard auf einem Gebiete verfährt, wo er sich als besonderer Kenner aufspielt, dafür ein kleines Beispiel. Der Mann veröffentlicht alljährlich im März eine Beschreibung der Bilanzen der Großbanken. Dabei berechnet er die Rentabilität des Kapitals. Er zieht nicht nur das Aktienkapital in Betracht. Denn dann ergäbe sich z. B. aus der Bilanz der Deutschen Bank für 1906, daß sie einen Bruttogewinn von 24,45 Proz. und einen Reingewinn von 14,05 Proz. auf das Aktienkapital gemacht und ihren Aktionären 11 Proz. gezahlt hat. Er macht eine andere Rechnung aus, indem er als werbendes Kapital die Depositen, Kreditoren, Akzepte und Reserven hinzurechnet und nun findet, daß, auf dieses „werbende Kapital“ berechnet, der Bruttogewinn 2 Proz. und der Reingewinn gar nur 0,9 Proz. ausmacht. Und erstaunt legt der gute Bernhard den Finger an die lange Nase und ruft aus: Da sieht man, wie gering sich diese großen Kapitalien verzinsen, und sofort konstatiert er ein ökonomisches Gesetz, wonach mit dem zunehmenden Kapital das Erträgnis zu sinken pflegt. In seiner Gedankenlosigkeit hat der Mann nur ein paar Kleinigkeiten vergessen. Zunächst das eine und wichtigste. Aus den Erträgen der Bank werden bekanntlich die Zinsen auf die Depositen gezahlt. Dem Bankier freilich erscheint das als Ausgabe. Rechnet man aber die Depositen dem Kapital der Bank zu, so muß man natürlich auch die Zinsen, die dieses Kapital den Eigentümern bringt, als Gewinn in dieses Kapital buchen, nicht aber als Unkosten der Bank. Bernhards Verfahren ist offenkundiger Blödsinn, der sich allerdings daraus erklärt, daß der Mann einfach die Bankbuchhaltung als der Ökonomie letzter Schluß betrachtet. Er ist so befangen in den Bankiervorstellungen, daß er überhaupt zu jeder Kritik unfähig ist. Daher nennt er auch alles Kapital, was dem Bankier so erscheint, und rechnet den Kredit des Bankiers einfach zum Kapital. Während er aber die Kreditoren zum werbenden

Kapital hinzuschlägt, vergißt er, was nach seiner Methode unerschöpflich wäre, die Debitoren abzugeben! In der Tat ist es aber ganz lächerlich, aus der Bewegung des Bankkapitals irgendwelche Schlüsse für das Kapital überhaupt zu ziehen. Aber dem Bernhard ist alles Kapital gleich, Geld, Kredit, Wechsel, alles ist Kapital. Das Bankkapital hat aber seine eigenen Gesetze. Der Gewinn aus dem Bankkapital ist Zinsgewinn, ein Teil des Gesamtprofits, der der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse abgenommen wird. Die Gesetze dieser Zinsverteilung haben mit der Erzeugung des Profits und seinen Gesetzen, die in der Industrie vor sich geht, nicht das geringste zu tun. Es gehört eben die ganze Unwissenheit, die ganze Unfähigkeit zum systematischen Denken und wissenschaftlichen Unterscheiden dazu, die verschiedenen Arten von Kapital durcheinander zu werfen!

Sind die Rechnungsmethoden des Bernhard schon lächerlich, wenn es sich um das Bankkapital handelt, so werden sie ganz toll, wenn es sich um das industrielle Kapital handelt. Um solche Rechenkunststücke handelt es sich bei der Widerlegung unserer Aufstellungen durch den Bernhard. Wir hatten zunächst mitgeteilt, daß im Jahre 1905 2108 Aktiengesellschaften mit 6788 1/2 Millionen Mark Aktienkapital nicht weniger als 821 400 000 Mark Reingewinn erzielt haben. Demnach stellt sich die Durchschnittszinsung auf 11,6 Prozent. Das ist nichts anderes als die genaue Wiedergabe der Zusammenstellungen des Preussischen Statistischen Amtes. Wir haben nun dieselbe Methode, die das Amt anwendet, nicht aus „Schwärmerei“, Ignoranz, oder Perfidie“ angewendet, wie dieser Bernhard und vorwiegend, sondern weil diese Methode die einzig sachgemäße ist. Sie ist die einzige, die die am meisten interessierende Frage nach der Rentabilität für die Besitzer, die Aktionäre beantwortet. Wir haben sie daher auf einige große Werke, die die deutsche Industrie repräsentieren, angewandt und als Resultat einen Reingewinn von 22 Proz. des Aktienkapitals ermittelt. Daran läßt sich nun nicht rütteln, ebensowenig daran, daß diese Werke rund 100 000 Arbeiter beschäftigen, und somit auf den Kopf der Arbeiter 644 M. Reingewinn kommen. Bernhard meint, wir hätten die Zahl der Techniker und Handlungsgehilfen vergessen. Seit wann Handlungsgehilfen Eisen produzieren, ist uns nicht bekannt. Die Zahl der Techniker verschwindet jedenfalls gegenüber der Zahl der Arbeiter. Den auf sie entfallenden Teil brauchen wir so wenig zu berücksichtigen, wie auf der anderen Seite die enormen Gehälter mancher leitenden Personen, in denen zum Teil neben der Bezahlung ihrer oft, wenn auch nicht immer, hochqualifizierten Arbeitskraft sicher ein Anteil am Gewinn steckt. Wenn wir schließlich den „Korbfuß“ neben dem „Hörnig“ aufgeführt haben, so ändert das nicht das geringste am Resultat; denn wir haben nicht nur das Aktienkapital, sondern auch die Arbeiterzahl des „Korbfuß“ doppelt gerechnet.

Aber das alles sind Nebenlichkeiten. Den Haupteffekt erzielt der Bernhard damit, daß er die uns schon satfam bekannte Methode seiner Bankrechnung auf die Industrie anwendet und dabei die ganze Frage, um die es sich handelt, einfach eskamotiert. Wir fragen, was erarbeiten die Arbeiter den Aktionären, also den Parasiten der Produktion, die mit ihr nicht das geringste zu tun haben, nachdem die produktiven Arbeiter vom Handwerker bis zum Direktor bezahlt worden sind. Für uns handelt es sich um die Verteilung des vom Arbeiter geschaffenen Produkts. Bernhard unterschiebt dafür eine Frage, die gar nichts damit zu tun hat, die Frage nämlich, welches „Kapital“ den Arbeiter beschäftigt hat. Aber wie immer es mit dieser zweiten Frage steht — wir kommen sofort darauf —, dieses Kapital haben jedenfalls nicht die Aktionäre aufgebracht, denen die 8 1/2 Millionen zufallen. Aber auch die Frage, die der Bernhard stellen will, beantwortet er falsch. Zunächst das eine: Was heißt es denn, die Aktiengesellschaften arbeiten mit Kredit? Das heißt nichts anderes, als die Aktionäre machen außer mit ihrem eigenen Kapital auch noch Profit mit fremdem Kapital. Sie verfügen nicht nur über das eigene, sondern auch über das Kapital anderer. Sie zahlen dafür Zinsen und machen damit Unternehmergewinn, die Differenz zwischen beiden stehen sie ein. Die Arbeiter müssen natürlich diesen Profit, der sich dann in Zins und Unternehmergewinn teilt, vorher erarbeitet haben, und es ist ihnen verdammt gleichgültig, wem dieses Kapital gehört. Daß dabei der Bernhard die Debitoren vom Kapital wieder abzugeben vergißt, ist selbstverständlich! Uebrigens bringt auch Bernhard trotz aller seiner Wünsche gegen unsere 22 Proz. immer noch 18,1 Proz. mit den Abschreibungen und 11,6 Proz. ohne diese heraus. Aber seine Berechnung ist ganz lächerlich! Wenn ich 100 000 M. besitze und dafür 20 000 M. bekomme, so hat sich mein Kapital mit 22 Proz. rentiert. Daß ich als Besitzer von 100 000 M. auch noch über 50 000 M. geborgter Gelder verfüge, ist eine angenehme Zugabe. Da ich diese meinestwegen mit 500 M. verzinsen mußte, mir aber die 150 000 M. 24 500 M. eingetragen haben, so bleiben immer noch 22 000 M. und ich habe dabei ein sehr gutes Geschäft gemacht. Aber um die 22 000 M. den Arbeitern abzugeben, habe ich nur 100 000 M. eigenes Kapital gebraucht, und auf das eigene Kapital der Aktionäre kommt es an, um zu sehen, welche Steuer das Kapital der Arbeit auflegt!

Aber der Reingewinn ist ja nicht das einzige. In unserem Artikel wurde darauf verwiesen, daß ein Teil des Gewinns nicht den Aktionären ausbezahlt, sondern akkumuliert wird. Die Arbeiter produzieren den Kapitalisten nicht nur Einkommen, das von ihnen für ihre persönlichen Zwecke verbraucht wird, sondern in immer wachsender Masse neue Kapitalmassen, neue Ausbeutungsmittel. Das haben wir am Beispiel der Harpener Bergbaugesellschaft gezeigt, wo in sechs Jahren rund 50 Millionen Mark außer den Dividenden von den Arbeitern erarbeitet wurden. Dabei hat die Gesellschaft große Abschreibungen gemacht. Daß wir diese Tatsache hervorgehoben haben, verübelt uns der Bernhard ganz besonders. Aber es bleibt richtig, daß diese Abschreibungen, die über die wirklichen Wertberminderungen hinausgehen, nichts als eine besondere Form sind, in der in Wirklichkeit ein Teil des Profits in Kapital verwandelt wird. Daß Bernhard das nicht begreift, ist eigentlich merkwürdig, da es durchaus nicht das übliche kapitalistische Begriffsvermögen übersteigt.

Unser Kritiker hat schließlich noch einen Schmerz. Man dürfe die Berechnung nicht so machen, wie wir, weil ja der Aktionär nicht die Aktie so pari, sondern zum Kurswert gekauft habe. Aber woher kommt denn die Kurssteigerung? Eine Aktie, deren Dividende 6 Proz. beträgt, notiere meinestwegen 100. Damit sie auf 200 steige, muß der Arbeiter einen Profit liefern, der die Verteilung von 12 Proz. Dividende erlaubt. Es ist der Profit, der aus den Arbeitern herausgeholt wird, der unter sonst gleichen Umständen den Kurs der Aktie bestimmt. Dieser Kursgewinn ist aber eine Tatsache, die auch Bernhard nicht wegleugnen kann. Er wird von den Aktionären gemacht, die die Aktie zum Nominalwert übernommen haben. Das sind aber gerade die Großaktionäre, die Gründer und Gründerbanken, die den Gewinn zum Teil bei der Emission, zum Teil während der späteren Entwidlung einstreichen. Es ist die Form, in der die steigende Produktivität der

Arbeit vom Kapital beschlagnahmt wird. Daß die paar kleinen Aktionäre aus den bürgerlichen Mittelschichten auch dabei oft zu kurz kommen und nur eine Verzinsung ihrer Spargelder erhalten, wo die Großen reiche Gewinne einheimen, zeigt nur, daß das Aktienwesen nicht die Demokratisierung des Kapitals, sondern eine Vergrößerung seiner Expropriationskraft bedeutet. Zusammenhänge, die natürlich einem Bernhard unbekannt sind, wie dieser Schmod mit der doppelten Buchführung überhaupt nichts kennt, als den oberflächlichen Schein der kapitalistischen Wirtschaft.

Nicht mehr Unwissenheit, sondern Unwahrheit ist es aber, wenn Bernhard uns unterschiebt, wir hätten den hohen Gewinn für 1906 die Schichtlöhne der Jahre 1900 und 1903 gegenübergestellt. Das ist eine Fälschung. Wir haben auseinander gesetzt, daß die Krise für das Großkapital verhältnismäßig wenig Schrecken hat. Die Ansammlung großer offener und verdeckter Reserven sichert den Aktionären dieser Gesellschaften auch in Krisenzeiten noch immer hohe Dividenden. Ganz anders trifft die Krise die Arbeiter. Ihnen bringt sie nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch Lohnsenkung. Und das zeigten wir an dem Beispiel der letzten Krise. Wir haben daraus den Schluß gezogen, daß auch die jetzige Krise den Arbeitern Lohnsenkungen bringen wird. Auf die Lohnsteigerung während der Hochkonjunktur brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht einzugehen, den haben wir gründlich und ausführlich oft genug erörtert. Von einer Gegenüberstellung von kapitalistischen Gewinnsteigerungen und Lohnsenkungen war überhaupt nicht die Rede. Wir wollen dem Bernhard gegenüber aber deswegen durchaus nicht den Vorwurf einer bewußten Fälschung erheben. Wir glauben, Bernhard hat in seinem kapitalistischen Eifer und im Haß gegen den „Vorwärts“ sich überhaupt nicht die Mühe genommen, unseren Artikel genau zu lesen. Er hat sich hingesezt und rasch etwas zusammengeschmizert, in der sicheren Voraussicht, daß unseren Gegnern kein Argument zu schlecht ist, wenn es sich nur gegen die Sozialdemokratie verwenden läßt. Das Zeug beginnt auch schon seine Rinde durch die bürgerliche Presse. Mit Behagen druckt sie alle Schimpfwörter ab, die der Bernhard über den „Vorwärts“ ausschüttet. Der antisemitische Vertel kann zwar keinen Schaden leiden, aber seine Lügen drückt er gern.

Damit nehmen wir Abschied von dem angenehmen Gesellen. Wir gestehen, wir haben diese Antwort nicht gern geschrieben. Wissen wir doch, daß der Bernhard damit einen Teil seines Zweckes erfüllt sieht. Von seinem Blatt ist wieder einmal die Rede, die Melame ist gelungen. Aber wir hielten es doch einmal für notwendig, zu zeigen, wie es um das Wissen dieses Menschen bestellt ist, der sich so gern als Lehrmeister aufspielen möchte.

Spotten ihrer selbst! . . .

Die „R. h. Westf. Ztg.“, nebst der „Tägl. Rundschau“ die fanatischste Flottenkretzerin unter der ganzen bürgerlichen Presse, druckt eine Notiz der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen über den deutsch-englischen Handelswettbewerb ab, der ihre ganze Flottenagitation ad absurdum führt. Denn die Begründung des Wettstreits mit England besteht doch einzig in der Darstellung, als ob England Ursache hätte, auf Deutschlands Handelsentwicklung eifersüchtig zu werden. Zum Schutze des deutschen Handels soll angeblich unser Marinewettbewerb dienen. Dieser Handel bedarf aber keines Schutzes gegen England, weil England dabei selbst profitiert! Das weist die „R. h. Westf. Ztg.“ wie folgt selbst nach:

Auf die großartige Entwicklung der englischen Ausfuhr gerade in letzter Zeit ist bereits öfter Bezug genommen worden, um zu beweisen, daß der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands sich keineswegs, wie drüben befürchtet wird, auf Kosten Englands vollzieht. Bemerkenswertes neues Weltmaterial hierfür liefert ein kürzlich veröffentlichtes indisches Glaubuch über den indischen Außenhandel im Jahre 1906/07. Von allen englischen Kolonien hat Britisch-Indien heute die größte Bedeutung für die deutsche Ausfuhr. Unsere Ausfuhr nach dort belief sich im Jahre 1906 auf 101,9 Millionen Mark und ist seit 1900 um 81 Proz. gestiegen. Der indische Markt nahm 1900 1,2, 1906 dagegen 1,6 Proz. der deutschen Gesamtausfuhr auf. Die amtlichen Berechnungen des vorerwähnten Glaubuches kommen jedoch zu einem Ergebnis, mit dem sich England vollständig zufrieden erklären kann. England hat trotz des deutschen Wettbewerbes seine überragende Stellung auf dem indischen Markt nicht nur behauptet, sondern wesentlich verstärkt. Von der indischen Gesamtausfuhr entfielen auf die Einfuhr aus England im Jahre 1903/4: 64,9, 1904/5: 65,2, 1905/6: 68,7, 1906/7: 68,8 Proz. Die Ausfuhr eines Landes kann zwar seinen absoluten Zahlen nach wachsen und doch relativ, was seine prozentuale Beteiligung am Gesamtverkehr anbelangt, zurückgehen. Um so mehr Beachtung verdienen die amtlichen Zahlen des indischen Glaubuches, die bartun, daß der deutsche Erfolg die überragende Stellung Englands auf seinem bedeutendsten kolonialen Markte völlig unberührt gelassen hat.

Wir wollen die Ziffern noch vervollständigen durch andere, nicht minder interessante Zahlen. Denn es kommt nicht nur die trotz Deutschlands Wettbewerb gesteigerte Einfuhr Englands nach Britisch-Indien in Betracht, sondern auch Britisch-Indiens Ausfuhr nach Deutschland. Diese aber hob sich von 230 Millionen im Jahre 1899 auf 357 Millionen im Jahre 1906! Ferner wuchs die Ausfuhr der anderen englischen Kolonien nach Deutschland folgendermaßen:

	1899	1906
Australien	121	180
Ägypten	82	65
Britisch-Westafrika	26	56
Südafrika	39	36
Kanada	5	9
	228	346 Millionen Mark.

Also auch hier steigerte sich die Einfuhr der englischen Kolonien um 123 Millionen Mark!

Man sieht: England würde sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn es Deutschland aus handelspolitischen Gründen betrogen wollte!

Wenn dies Argument aber wegfällt, welcher Grund bleibt dann für den Argwohn bestehen, daß England Deutschland übelwolle? Kein anderer als Deutschlands Flottenrüstungen! Dies Flottenrüsten in geradezu aberwitzigem Tempo fordert aber gerade die „R. h. Westf. Ztg.“!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November 1907.

Aus dem Haushaltsetat für 1908

teilt die „Nordd. Allg. Ztg.“ u. a. folgende Zahlen mit: Der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei erfordert bei einer Einnahme von 1313 M. an fortbauenden Ausgaben 308 300 M. (gegen das Vorjahr + 3030 M.).

Das auswärtige Amt erfordert bei einer Einnahme von 1 379 700 M. (+ 198 030 M.) an fortbauenden ordentlichen Ausgaben 17 569 032 M. (+ 694 550 M.), an einmaligen Ausgaben 360 950 M. (- 400 400 M.).

Im Etat für die Reichsjustizverwaltung belaufen sich die hauptsächlich aus den Gerichtskosten beim Reichsgerichte bestehenden Einnahmen auf 863 755 M. (+ 60 000 M.), die fortbauenden Ausgaben auf 2 483 990 M. (+ 46 240 M.). Hervorzuheben ist die beabsichtigte Erhöhung des Dienstpersonals des Reichsgerichts von 30 000 auf 30 000 M. und die Fortsetzung einer fünften Reichsanwaltschaft. An einmaligen Ausgaben werden 35 000 M. zu größeren Instandsetzungsarbeiten im Reichsgerichtsgebäude gefordert.

Der Etat für das Reichs-Kolonialamt führt an ordentlichen Einnahmen 260 985 M. (- 2670 M.) auf, darunter 256 585 M. (- 5670 M.) an Zinsen von dem Reichsdarlehen an Togo, als außerordentliche Einnahme 168 000 M. (+ 6000 M.) als vierte Tilgungsrate dieses Darlehens. Die fortbauenden Ausgaben belaufen sich auf 1 899 147 M. (+ 250 119 M.).

Im Etat der Reichsdruckerei werden die Einnahmen auf 10 929 800 M. (+ 1 197 800 M.), die fortbauenden Ausgaben auf 7 434 565 M. (+ 1 141 250 M.) veranschlagt, bei den einmaligen Ausgaben werden wiederum 87 084 M. als neunte Rate für die Kosten der Grundstückserweiterung gefordert. Es verbleibt ein Ueberschuß von 3 408 151 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 58 550 M.

Die Staatsausstellung ist der inzwischen geänderten Buchführung der Reichsdruckerei angepaßt worden.

Bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen stellen sich die Einnahmen im ordentlichen Etat auf 125 585 000 M. (+ 7 657 500 M.), im außerordentlichen Etat auf 870 910 M. (+ 12 540 M.). Die fortbauenden Ausgaben belaufen sich auf 95 148 000 M. (+ 6 151 210 M.), die einmaligen auf 6 832 570 M. (+ 448 750 M.). Bei einer Gesamtausgabe des ordentlichen Etats von 101 980 570 Mark verbleibt also ein Ueberschuß von 23 551 130 M. (+ 1 027 040 Mark). Im außerordentlichen Etat werden 19 736 500 M. (- 17 902 000 M.) verlangt.

Der Haushaltsetat der Schutzgebiete schließt in Einnahme und Ausgabe mit 84 022 647 M. (- 20 222 362 M.) ab. Es entfallen auf Ostafrika 11 477 000 M. (+ 1 572 238 M.), Kamerun 6 610 239 M. (+ 452 185 M.), Togo 2 070 000 M. (- 8280 M.), Südwestafrika 48 751 357 M. (- 19 936 024 M.), Neu-Guinea 1 523 409 M. (+ 8244 M.), Karolinen usw. 538 540 M. (+ 31 099 M.), Samoa 704 582 M. (- 31 012 M.), Kiautschou 12 327 400 M. (- 950 800 M.). Der Reichsausfuhr für die Schutzgebiete beläuft sich auf insgesamt 63 448 733 M. (- 28 801 962 M.). Davon kommen auf Ostafrika 4 739 368 M. (- 1 131 541 M.), Kamerun 2 780 139 M. (- 124 215 M.), Togo nichts, Südwestafrika 43 663 271 M. (- 21 407 600 M.), Neu-Guinea 1 141 569 M. (- 12 386 M.), Karolinen usw. 388 360 M. (+ 43 069 M.), Samoa 144 452 M. (- 35 359 M.), Kiautschou 10 601 600 M. (- 1 133 900 M.).

Freisinnstaktik.

Daß der „Freisinn“ in der Wahlrechtsfrage nichts anderes als leere Worte machen will, wird jetzt von der „Völk. und blod-offiziösen“ „Frankfurter Zeitung“ mit größter Offenheit zugegeben. Die eigentliche liberale Wahlrechtsbewegung soll erst bei den Wahlen zum preussischen Landtag einsehen; die Wahlparole wird dann die Hauptparole sein und von dem Ausfall dieser Wahlen (der Wahlen unter dem Dreiklassenwahlrecht!) wird es abhängen, in welchem Umfange eine Reform durchzuführen ist. Für jetzt aber bleibt nur übrig — eine allgemeine Aussprache über den die Gesamtforderungen enthaltenden freisinnigen Wahlreformantrag herbeizuführen“. Mit anderen Worten: der Freisinn wird genau die Taktik befolgen, die ihm Herr v. Jeddlich unter Zustimmung der „Deutschen Tageszeitung“ anbefohlen hat. Die Möglichkeit dieser Taktik für die Konfessionsparteien ist ja auch klar. Und von dieser Taktik hat ja auch Raumann mit Recht gesagt, sie lasse sich nicht in Volksversammlungen feststellen, denn diese Taktik des Prinzipienerrats ist auch der freisinnigen Wählerschaft nicht gerade angenehm. Die läßt sich nur in Klondike und sorgsam arrangierten Festvorstellungen durchführen.

Die Schraube ohne Ende.

Auf dem Festmahle der Londoner Handelskammer am Mittwoch ein Brief des Sekretärs der Admiralität, Robertson, zur Verlesung, in welchem angekündigt wird, daß die Admiralität infolge des Ergebnisses der Haager Konferenz und der Enttäuschung der Hoffnungen, die sich an sie knüpften, beschlossen habe, mit dem Bau von Schlachtschiffen fortzufahren.

Die „Freis. Ztg.“ meint, daß dieser Brief einen „kleinen Nihilismus in den Festtrübel“ gebracht habe. Als ob die Dissonanz nicht vielmehr aus der deutschen Flottenpresse in den Festtrübel hineingeschrien sei! Wenn Deutschland immer stärker rüstet und dabei immer Vergleiche mit der englischen Flotte anstellt, versteht es sich ganz von selbst, daß England ebenfalls neue Schlachtschiffe baut. Das betrübt unsere Panzerplattenpatrioten auch ganz und gar nicht! Im Gegenteil: je mehr England durch Deutschlands Flottenvermehrung zum Weiterrüsten veranlaßt wird, desto besser für sie, denn sie können ja dann von neuem den Lantam für eine abermalige deutsche Flottenvermehrung schlagen!

Scharfmacherpolitik des preussischen Eisenbahnministers.

Der preussische Eisenbahnminister hat vor kurzem an die mittleren Eisenbahntechniker eine Verfügung erlassen, in der er bestimmt, daß alle Urlaubsanträge zum Zwecke des Besuchs einer Beamtenversammlung außerhalb des Direktionsbezirktes erst der Genehmigung des Direktionspräsidenten bedürfen. In diesem Gesetze müssen der Zweck der Reise und die Veratzungsgegenstände genannt werden.

Diese Verfügung bedeutet geradezu einen Hohn auf das sozialpolitische Wohlwollen, von dem solange geredet wird, als man die Stimmen der Beamten für die politische Wahlmacht braucht. Nachher zeigt sich erst der wahre Charakter dieses Wohlwollens. Es werden sich unter den gegebenen Verhältnissen die Beamten schwer hüten, ein solches Urlaubsgebet einzureichen, sollte z. B. eine Versammlung zur Besprechung einer Beschwerde oder einer Petition an den Landtag stattfinden. Wenn auch die Koalitionsfreiheit rein äußerlich gewahrt ist, so hat man sie in Wirklichkeit auf eine ganz raffinierte Weise ausgeschaltet. Welches sind nun die Folgen eines solchen Vorgehens? Der Verbitterung der Geister wird dadurch nicht Einhalt getan, das gerade Gegenteil vielmehr erreicht. Auf der anderen Seite erzieht man damit nur Quäler und Streiber, Angeber und Gefinnungsgeschwätzer!

Zinsgarantie und Gütensteuer.

Einem Berliner Blatte wird von „unterrichteter Seite“ mitgeteilt, daß Demburgs Bahnpolizeistelle für Ostafrika zwar infolge ihrer Ausdehnung bis zum Victoria-Nyanga und Tanganjika-See sehr kostspielig sein würden, allein sie hätten doch auch großen strategischen Wert. Falls es nämlich in dem überaus dicht bevölkerten westlichen Gebiet der Banjamwest einmal zu einem Aufstand kommen sollte, wären dessen Folgen für die Kolonie überhaupt nicht abzusehen, wenn nicht eine schnelle Truppenkonzentration durch eine Bahn möglich ist. Da ferner in diesem Gebiet überhaupt noch keine Gütensteuer bisher erhoben ist, nehme man an, daß bei der Dichtigkeit der Bevölkerung allein durch diese Steuer eine Zinsgarantie für die Bahn zu erreichen sei.

Das ist ja eine echt Dernburgsche Kalkulation! Weil man einen Auffstand der Banjanawest fürchtet, dessen Folgen... nicht abzusehen wären, will man die Bahn bauen. Und um die Bahn verginzen zu können, will man es darauf ankommen lassen, die Banjanawest durch die Einführung der Pflanzsteuer in den Auffstand zu treiben! Da könnte und die Verginzung der Bahn teurer zu stehen kommen als die ganze Bahnanlage!

Dieser Überwitz liegt aber im Wesen unserer ganzen Kolonialpolitik!

Arach im frommen Trier.

Der Führer der christlichen Arbeiter in Trier, Peter Holz, der auch Stadtverordneter war, ist vom Wahlkomitee der Zentrumspartei nicht wieder aufgestellt worden. Bei der vorigen Stadtverordnetenwahl haben nämlich die katholischen Arbeiter in Trier die Auffstellung einer weiteren Arbeiterkandidatur verlangt und, als das Zentrum diesem Verlangen nicht nachkam, einen Gegenkandidaten aufgestellt. Für diesen war auch Herr Holz eingetreten, seine Partei sah das als eine Disziplinlosigkeit an, für die er zu bestrafen sei und deshalb wurde Herr Holz, dessen Amtsperiode als Stadtverordneter abläuft, nicht wieder aufgestellt; an seine Stelle hat das Wahlkomitee der Zentrumspartei einen Pader und Wirt aufgestellt, dessen Kandidatur dann von einer Wählerversammlung, allerdings unter erheblichem Widerspruch, genehmigt wurde.

Die katholischen Arbeiter in Trier haben aber an Herrn Holz festgehalten und ihn wieder aufgestellt. Holz hat eine beträchtliche Anzahl Stimmen erhalten, ist aber nicht durchgekommen. In einer Zentrumerversammlung am Dienstag hat nun der Stadtverordnete Dr. Piro, der für die Wiederaufstellung des Herrn Holz war, die Angelegenheit nochmals zur Sprache gebracht. Er sagte, daß im Falle Holz die Zentrumspartei einen großen Fehler gemacht habe. Das Wahlkomitee habe die Bedeutung des Mannes nicht erkannt, weil es aus jungen unerfahrenen Leuten bestehe. Stets habe das Zentrum den Arbeitern und Handwerkern eine Vertretung eingeräumt und dieser Grundgedanke habe die Partei groß gemacht. Herr Holz sei ein Stein, ein Fels im Zentrumsturm, wenn man jetzt neben diesem „Turm“ ein „Türmchen“ errichten wolle, werde die Partei es erleben, daß das „Türmchen“ in Trümmer gehe.

Dann plauderte Dr. Piro eine Begebenheit aus, die so recht geeignet ist, das Zentrum in seiner ganzen Hinterhältigkeit zu zeigen. Danach hat ein Mitglied des Wahlkomitees der Zentrumspartei vor kurzem den Vorsitzenden des liberalen Wahlkomitees aufgesucht, um die Hälfte der Liberalen zur Befestigung des Herrn Holz aus dem Gemeinderat zu erbitten; als Preis forderte der ultramonianische Unterhändler für seine Partei einen Sitz in der zweiten Abteilung; an dieser Forderung gerschlugen sich die Verhandlungen. Diese Mitteilung brachte die Versammlung in einen wahren Aufruhr — aber nicht gegen das Zentrumswahlkomitee, sondern gegen Dr. Piro, der, als er sich weigerte, Rameu zu nennen, gezwungen wurde, die Versammlung zu verlassen.

Nun sprang Peter Holz für Dr. Piro ein. Er erklärte, daß der Vorsitzende des Wahlkomitees, Herr Hartmann, das Mandat gemacht und die Unterhandlungen mit den Liberalen gepflogen habe. Der also Beschuldigte mußte nichts zu erwidern, als daß er nie „offiziell“ mit den Liberalen verhandelt, sondern sich mit der Gegenseite nur privat über die Wahlen unterhalten habe. Das genügte der Versammlung, um auf den Vorsitzenden des Wahlkomitees ein Hoch auszubringen und begeistert Beifall zu klopfen, als der Herr Vorsitzende verkündete: „Die Herren Holz und Dr. Piro gehören nicht mehr zur Zentrumspartei, ich werde sofort nach Köln der Provinzialleitung berichten und wir werden die Herren aus der Zentrumspartei hinausschicken.“

Die nationalliberale „Trierer Zeitung“ schreibt: „Den 12. November wird die hiesige Zentrumspartei rot im Kalender anstreichen, einen solchen Tag hat sie selbst in der stürmischen Wahlzeit von 1898 nicht erlebt. Der Punkt, der so lange unter der Asche glimmte, hat sich zur Flamme entwickelt, die, um mit Dr. Piro zu reden, dem „Trierer Zentrumstürmchen“ mit Beendigung droht. Gewiß, in den turbulenten Szenen von gestern Abend hat die Parteileitung den Sieg davongetragen, aber es war ein Verhängnis. Zufällig fehlten gestern Abend die Arbeiter fast gänzlich — auf dem Programm stand ja nur „Aufstellung der Kandidaten für die zweite Klasse“ — wären sie anwesend gewesen, dann wäre die Entscheidung vielleicht anders ausgefallen.“

Wir meinen nun zwar, daß die Hoffnung des liberalen Blattes auf die Wirkungen des Trierer Zentrumstürmchens zu weit geht; immerhin sind die Vorgänge nicht ohne Bedeutung. Sie zeigen die Interessengegensätze im Zentrum auch da, wo die Partei gefestigter und unbefugbarer als irgendwo erscheint. Zielen doch in Trier bei der letzten Reichstagswahl von 21 943 Stimmen 18 784 auf das Zentrum!

Ein zeitgemäßes Gesetz.

In der Sitzung der Hamburger Bürgerschaft vom Mittwochabend stand ein Initiativentwurf der Vereinigten Liberalen zur Beratung, der den Ersatz des bei dem Betriebe von Eisenbahnen oder Kraftfahrzeugen entstandenen Schadens verlangt. Der Antrag lautet: 1. Wird bei dem Betriebe eines Kraftfahrzeuges eine Person getötet oder körperlich verletzt, so haftet der Betriebsunternehmer für den dadurch entstandenen Schaden ebenso wie der Betriebsunternehmer einer Eisenbahn gemäß dem Reichsgesetz vom 7. Juni 1871 haftet. 2. Wird bei dem Betriebe einer Eisenbahn oder eines Kraftfahrzeuges eine fremde Sache beschädigt, so haftet der Betriebsunternehmer dem Eigentümer der Sache für den Schaden, wenn nicht der Unfall durch höhere Gewalt oder durch Verschulden des Eigentümers oder des Inhabers der Sache verursacht ist. Die weiteren Bestimmungen betreffen, daß eine Haftung des Betriebsunternehmers gemäß der Vorschriften 1 und 2 nicht eintritt, wenn die getötete oder verletzte Person als Fahrgast oder Betriebsangestellter von dem Unfall betroffen ist, und wenn die beschädigten Sachen Frachtpakete oder von Fahrgästen oder Betriebsangestellten mitgeführt werden. Ein Redner wünschte zwar die reichsgesetzliche Automobilschuldhaftigkeit, aber ihm wurde erwidert, daß diese noch in weiter Ferne stehe. Bis dahin könne ein hamburgisches Gesetz noch recht segensreich wirken.

Der Gesetzentwurf wurde an einen Ausschuss verwiesen.

Militärjustiz.

Wilde Richter sind der Hauptmann des 20. Infanterieregiments Edward Jamin in Augsburg beim Kriegsgericht der 2. bayerischen Division. Der Herr Hauptmann war vom Kriegsgericht in Augsburg wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, wegen 60 Bergchen der Beleidigung, sowie wegen erschwerter Mordtatverletzung vor versammelter Mannschaft zu — 24 Tagen Studienarrest verurteilt worden. Wegen dieses Urteils legte er Berufung ein. Der Sachverhalt ist folgender: Im Sommer d. J. lief beim Kommandeur des 20. Infanterieregiments in Lindau ein anonymes Schreiben ein, das mit „Mehrere Unteroffiziere“ unterzeichnet war. Auf Grund dieses Schreibens wurde nicht etwa gegen den Hauptmann Jamin, sondern das Verfahren gegen Unbekannt“ eingeleitet. Dieses ergab gegen den Hauptmann eine Reihe von schweren militärischen Bergchen, die die Militärbehörde veranlaßten, gegen den Hauptmann Anklage zu erheben. Ihm wurde zur Last gelegt, während der letzten zwei Jahre seine Untergebenen mit Ausdrücken wie „Dumme, Diebe, Sauhund, Pederl“ usw. beleidigt zu haben.

Weiter ist er beschuldigt, einem Soldaten, der hat, austreten zu dürfen, da er sich einen Finger verletzt hatte und dem deshalb übel wurde, erwidert zu haben: „Heiß dein, bis du verreckst!“ Anderen Soldaten, die austreten wollten, gab er die Antwort: „Schön wieder so ein verroffener Kerl, dein bleibt, lieber verreckst, als du austrittst!“ Einem um Urlaub nachsichenden Soldaten erwiderte der Hauptmann: „Für solche Lumpen gibt es keinen Urlaub usw.“ Ein anderer war Hauptmann Jamin seinen blanken Säbel in die auf dem Kasernenhof aufgestellte Kompanie hinein, wodurch ein Soldat getroffen wurde und eine blutende Verletzung erlitt. Gelegentlich einer Übung auf dem Schießplatz gab der Bataillonskommandeur den Befehl, die Kompanie durch eine Schöpfung hindurch mit der Richtung auf das rote Kreuz vorzurücken. Ueber diesen Befehl war der Hauptmann ungehalten und erwiderte den Befehl des Majors auf gut bayerische Art mit einer Einladung a la Cöy von Verlesungen. Darin erblieke die Anklage eine Beleidigung und ein Vergehen des Ungehorsams vor versammelter Mannschaft. In der Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht gab Hauptmann Jamin die ihm zur Last gelegten Thaten im allgemeinen zu, doch bestritt er die gegen den Bataillonskommandeur gemachte Bemerkung. Hauptmann Jamin ist wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt schon dreimal disziplinar bestraft. Das Kriegsgericht hob das erstinstanzliche Urteil aus rechtlichen Gründen auf, sprach den Angeklagten wegen erschwerter Ungehorsams vor versammelter Mannschaft unter Gewehr schuldig und verurteilte ihn übrigen die Berufung. 24 Tage Studienarrest für all diese Dinge hielt auch das Oberkriegsgericht für „angemessen“.

Wie man den Arbeitern das Wählen unmöglich macht.

Der liberale Gemeinderat in Hobergmeier bei Nehl (Baden) hat für die Gemeinderatswahl die Wahlzeit der dritten Klasse auf 8—9 Uhr früh festgesetzt. Infolgedessen mußten die in Nehl und Straßburg arbeitenden Wähler, wenn sie abstimmen wollten, einen halben Taglohn opfern. Diese Wahlzeit ist ungeschicklich, aber — liberal.

Der Staatsanwalt kann auch anders.

Fälle, in denen ein preussischer Staatsanwalt die Interessen eines — Angeklagten mit Eifer vertritt, sind so selten, daß sie aufsehenerregend genannt werden dürfen. In Breslau hat soeben die Anklagebehörde diese Fälle um einen vermehrt, und zwar einen, der einen pilantzen Beigeschmack hat.

Wie wir mitgeteilt, hat Genosse Albert von der „Volksmacht“ den Breslauer Polizeipräsidenten Dr. Wienko wegen Beleidigung verklagt. Auf Befehl der Regierung, die prompt den Konflikt erhob, hat jedoch das Amtsgericht das Verfahren vorläufig eingestellt. (Jetzt schwebt es beim Oberverwaltungsgericht.) Erst lange nach diesem Beschlusse wurde dem Verteidiger Alberts, Rechtsanwalt Genossen Simon, ein Schreiben des Ersten Staatsanwalts übermittelt, das sich lebhaft für den Angeklagten ins Zeug legt und vom Amtsgericht die völlige Niederlegung der unangenehmen Affäre fordert. Aber damit noch nicht genug! Der Staatsanwalt leitet sich ein Hebriges und weist in scharfsinnig sein sollenden Deduktionen nach, daß der Angeklagte beleidigende Äußerungen gegen Albert unter § 193 Str.-G.-B. Wahrnehmung berechtigter Interessen, fallen. Unwillkürlich erinnert das an die sonstige Gepflogenheit des selben Staatsanwalts, Sozialdemokraten mit den genau entgegengesetzten Argumenten von den Wohlthaten des § 193 auszuschließen!

Damit ist aber der Eifer des Staatsanwalts noch nicht erschöpft. Er versucht weiter, dem Gericht klarzumachen, daß die ganze Geschichte längst — verjährt sei. Wienko habe die Äußerungen am 1. Mai 1906 getan, und es sei nicht anzunehmen, daß der „gerichtsnotorisch als Sozialdemokrat bekannte Verteidiger Alberts“ diesem damals keine Kenntnis davon gegeben habe. Nun hat aber gerade mit diesem schwersten Trumpf der Beschüßer des hochstehenden Angeklagten doch: Genosse Albert hat tatsächlich erst im Juli 1907, nämlich als er sich von seinem Verteidiger die Akten aushändigen ließ, das beleidigende Schriftstück entdeckt. Da dies auch der Verteidiger in seinem Antwoortschreiben an den Staatsanwalt bestätigt hat, so wird sich der Herr mit der Tatsache abzufinden haben, so peinlich ihm das auch sein mag. Jedenfalls ist es hochinteressant, zu beobachten, mit welchem Eifer und Scharfsinn sich ein Vertreter einer preussischen Anklagebehörde auch einmal eines Angeklagten annimmt. Daß dieser Angeklagte nämlich preussischer Polizeipräsident der Haupt- und Residenzstadt Breslau ist, ist natürlich purer Zufall. Aber er treibt oft ein nettsches Spiel, dieser Zufall....

Frankreich.

Spionendienste hat der französische Bährich Ulmo dem deutschen Marine-Attache, Konteradmiral Siegel, angeboten. Ulmo's Geständnis liegt jetzt vor — an der Tatsache selber kann also kein Zweifel mehr sein. Dagegen läßt sich gar viel einwenden gegen die einseitige pharisäische Bewertung, die — ihrer Eigenart getreu — die reaktionäre Presse, Dr. Dertels liebliche „Deutsche Tageszeitung“ an der Spitze, der „Affäre“ zuteil werden läßt.

Gewißlich kann einen Spion vom Schlage Ulmo's auch der Umstand, daß er ein armer Teufel ist und durch seinen Verrat zu Geld kommen wollte, nicht gerade sympathisch machen. Wer aber — wie die „Deutsche Tageszeitung“ und Konforten — den Juden Ulmo begeistert, der sollte mindestens nicht achlos an der Tatsache vorübersehen, daß auch die Staaten, deren Vertreter, im gegebenen Falle Admiral Siegel, auf Spionage-Angebote mit freundlichster Bereitwilligkeit eingehen, nicht im bengalischen Dichte ungeschuldiger Engelkreinbeit dastehen. Herr Siegel wies den Ulmo an eine Mittelsperson, und es fand auch bald eine Zusammenkunft mit einem deutschen Unterhändler in Brüssel statt! Der habgierige Bährich verlangte als Preis für die militärischen Geheimnisse, die er an Deutschland verschachern wollte, nicht weniger als 950 000 Fr., beinahe eine Million! In der Höhe der Forderung scheiterte das Geschäft, und die Beziehungen wurden abgebrochen.

Wenn Ulmo bescheidener gewesen wäre, so läge, was er zu verkaufen hatte vermutlich längst in bester Verwahrung beim deutschen Generalkonsul. Und gab's dann eines Tages etwa Krieg mit Frankreich, so würde Ulmo's Verrat gerade der Klasse bestens zum Wohle gediehen sein, deren journalistische Klopffedter a la Vertel, Kronsbein usw. heute die Schale ihrer Verachtung über den täppischen Bährich ergießen. Vielleicht nur deswegen, weil er so täppisch war, sich lassen zu lassen, weil an seiner hohen Forderung der Verrat scheiterte, aus dem Preußens Junkerschaft unter Umständen gegen den „Erbsind“ so wacker hätte Kapital schlagen können? —

Schon verlautet, daß Verfahren gegen Ulmo solle mit möglichster Schonung Deutschlands betrieben werden. Das heißt: man will es vermeiden, die Öffentlichkeit allzu tief in die schmierigen Karten der internationalen Spionage schauen zu lassen. Denn fürwahr! Die guten Leuten, die eben erst die unsäglich komische Saager Posse aufführten, sie alle, haben ja Dreck am Stecken. Während sie in ihren Parlamenten, auf ihren Banketten, bei ihren gegenseitigen Beisuchen einander Sonig ums Maul schmierern und Beispruch

um den Kopf wirbeln, rüsten sie ihre Heere, ihre Flotten, unterhandeln sie mit verächtlichen Spionen, denen doch — gerade nach den Auffassungen der „Kavaliers“-Chre — ein Fußtritt gebührt und nicht der Vorzug, mit hohen Herren um den Preis eines schurkischen Verrats feilschen zu dürfen.

Dem Volke wird die Mitwirkung an der äußeren Politik nicht verstatet: es verleiht ja doch nichts von der „hohen“ Diplomatie! Die Völker können stolz darauf sein, daß ihnen die „Diplomatie“, zu deren Rüstzeug Bestechung und Spionage gehören, daß ihnen diese niedere Diplomatie zu — hoch ist. —

Schweiz.

Einführung der unentgeltlichen Beerdigung.

Basel, 13. November. (Fig. Ver.) Unsere Kantonsregierung hat dem Großen Rat den Entwurf zu einem Gesetz, betreffend die unentgeltliche Beerdigung, vorgelegt. Danach soll alles, was die Leichenbehandlung erfordert, ebenso wie in den anderen Kantonen, die diese demokratische Einrichtung bereits eingeführt haben, unentgeltlich geleistet werden, also: die amtliche Leichenschau, die amtliche Befanntmachung in der Presse oder durch Aufschlag, die Befestigung des Grabes, die Einfargung der Leiche, die Verbringung der Leiche ins Grab, das Glockengeläute, die Aushebung und Befestigung des Grabes, die Anbringung eines Grabzeichens mit den Personalien, der Unterhalt des Grabes während 10 Jahren.

In 15 Gemeinden unseres Kantons besteht die unentgeltliche Beerdigung bereits. Weitere 75 von den 287 Gemeinden insgesamt liefern das eine oder das andere für die Beerdigung unentgeltlich. Der Entwurf will denn auch ohne jede Quantität der Staatskasse die Kosten der unentgeltlichen Beerdigung ausschließlich den Gemeinden auferlegen, im Gegensahe zu anderen Kantonen, die bis zur Hälfte der Gesamtausgaben Staatsbeiträge leisten.

Dänemark.

Der Justizminister läßt nicht.

Daß er nicht läßt, will der dänische Justizminister nun durch Gerichtsurteil feststellen lassen. Unter den vielen Artikeln, in denen „Socialdemokraten“ die groben Amtsmißbräuche des Justizministers aufdeckte und seine Ablehnungsversuche widerlegte, war auch einer, mit dem Namen des Verfassers Simon Koch unterzeichnet, der die Heberdrift trug: „Herr Alberti läßt!“ Gegen den Verfasser erhebt nun der Justizminister Anklage wegen Beleidigung. In dem inframinierten Artikel wurde dem Justizminister vorgeworfen, daß er gelogen habe, als er im Folkething erklärte, er habe an den Tischlermeister Adolphsen keinen einzigen Bauerstein verkauft. Diesem Tischlermeister hat der Minister nämlich eigenmächtig die Erlaubnis erteilt, auf seinen Bauten Mofetts ohne direktes Tageslicht anzubringen, obwohl die hierfür allein maßgebende Gesundheitskommission — wie stets in solchen Fällen — ihre Zustimmung verweigerte, einem Grundgesetz entsprechend, den der Justizminister selbst im Jahre 1902 als maßgebend anerkannt hatte! Diesen Streich mit Alberti wollten schon vier Mitglieder der Gesundheitskommission gerichtlich entscheiden lassen, aber das fünfte Mitglied, der Polizeidirektor, also ein dem Justizminister untergeordneter Beamter, war dagegen, und so unterließ der Schritt....

Die Bauersteine, aus denen jenseit, vom Minister geschicklich konzeptionierten Bauten aufgeführt wurden, stammten größtenteils aus dem Ziegelwerk eben dieses Ministers. Alberti war allerdings wohl vorsichtig genug, sie nicht auf direktem Wege an den Bauherren Adolphsen zu verkaufen. Entscheidet nun das Gericht die Frage, ob Alberti gelogen hat, ganz formell, so wird er wohl Recht behalten mit der Behauptung, an Adolphsen keinen Stein verkauft zu haben, womit selbstverständlich nicht bewiesen ist, daß er die lautere Wahrheit sagt. —

Eine zweite Anklage hat Alberti gegen den Redakteur Cading von „Politiken“, der größten radikal-liberalen Zeitung Dänemarks, erhoben wegen eines Artikels, in welchem dem Minister „positive Unwahrheit“ vorgeworfen wird. Es handelt sich hier um Äußerungen Albertis im Folkething über sein Verhältnis zu „Riddagsposten“, dem Blatt, dessen Redakteur seine vier Monate Gefängnis nicht abzustehen braucht, solange er nicht durch unliebsame Artikel oder Notizen das Wohlwollen des Justizgenaltigen einbüßt.

Uebrigens häufen sich die Beschuldigungen gegen Alberti von Tag zu Tag. In der Sitzung des Folkethings am 8. d. M. warf der radikale Dr. med. Rørdam dem Justizminister vor, daß er mit Umgehung älterer und anerkannt tüchtigerer Referentien die Distriktsärzstellen sowie den Titel „Professor“ mit Vorliebe an Hausärzte der Minister vergibt! So hat er seinen eigenen Zahnarzt entgegen allem Brauch zum „Professor“ gemacht. Was Alberti an tatsächlichen Behauptungen gegen diese Vorwürfe vorbrachte, stempelte Rørdam wiederholt mit den Worten: „Das ist nicht wahr!“

Amerika.

Hungernde Indianer. Die Indianer, die der Abhut der Regierung unterstellt sind, haben unter der Willkür und Habgucht der sogenannten Indianer-Agenten viel zu leiden. Diese Agenten sind Bundesbeamte, die in bestimmten Distrikten die Indianer mit Subsistenzmitteln zu versehen und über die Wohlthat der Indianerfamilien, insbesondere der Kinder, zu wachen haben. Anstatt nun aber den Indianern ein freundlicher Berater zu sein, ist der Agent meist ihr Tyrann. Häufig bereichern sich die Agenten und lassen die Indianer leiden. So belangen sich gegenwärtig die Ute-Indianer in Süd-Dakota, daß man ihnen, entgegen von kontraktlichen Abmachungen, nur halbe Rationen verabreibe und sie mit Frauen und Kindern hungern lasse. Der Aeltestenrat des Stammes ist ferner aufgebrocht über die Behandlung, die den Kindern zuteil wird; diese sollen nämlich eine Schule besuchen, die viele Meilen weit von der Niederlassung ihrer Eltern entfernt ist, so daß die Eltern gezwungen wären, sich von ihren Kindern zu trennen. — Die Regierung hat eine Untersuchung eingeleitet.

Australien.

In Neuseeland hat der Arbeitsminister dem Parlament ein Gesetz vorgelegt, durch das die Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern auf dem Wege neuer Schiedsgerichte und durch „Versöhnungskommissionen“ beigelegt werden sollen. Die Arbeiter sind von der Tätigkeit der Schiedsgerichte durchaus nicht erbauet, und die Gewerkschaften haben auch dem neuen Gesetze die schärfste Opposition angekündigt.

Die Landarbeiter von Neuseeland haben sich organisiert und einen Verband gegründet, dem 1500 Mitglieder angehören. Ein Verband der Farmer von Neuseeland, der die Zwischenhändler ausschalten will, macht gute Fortschritte. Die so verbundenen Farmer haben im letzten Jahre 20 000 Pfund Eier, die sonst den Zwischenhändlern zugefloßen wären, in die eigene Tasche gesteckt!

Die russische Revolution.

Der Dumapräsident bei Nikolau.

Sankt-Petersburg, 13. November. Der Kaiser hat heute den Präsidenten der Reichsduma Chomjajoff in Audienz empfangen. Diese Nachricht ist um deswillen von Belang, weil nach den Bestimmungen über die Funktionen des russischen Parlaments die Reichsduma die Verhandlungen nicht aufnehmen darf, ehe ihr Präsident vor dem Zaren seine Dienerehen gemacht hat.

Repressalien gegen die sozialdemokratische Fraktion der dritten Duma?

Petersburg, 13. November. (Fig. Ber.)

Das Schicksal der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma ist bekannt: sie mußte in die Kasematten wandern, in denen die größte Zahl sich jetzt noch befindet. Gegenwärtig ist ihnen die Anklageschrift zugegangen, in der die früheren Abgeordneten beschuldigt werden, unter dem Namen „sozialdemokratische Fraktion“ eine „verbrecherische Vereinigung“ gegründet zu haben mit dem Zweck: die bestehende „Ordnung“ in Rußland durch einen bewaffneten Aufstand zu stürzen und an ihre Stelle die demokratische Republik zu setzen. Zur Erreichung dieses Zieles hat, so heißt es in der Anklageschrift, die verbrecherische Vereinigung „sozialdemokratische Fraktion“ Aufrufe erlassen und Kundschreiben an die Wähler gerichtet, in denen die Bevölkerung gegen die Regierung, gegen die Beamten und Großgrundbesitzer aufgereizt wird. . . .

Die Einhandlung der Anklageschrift an die verhafteten sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma am Vorabend des Zusammentritts der dritten Duma, die ebenfalls eine „sozialdemokratische Fraktion“ haben wird, scheint nicht ganz Sache des Zufalls zu sein! Man neigt allgemein der Anschauung zu, daß die Regierung mit der Veröffentlichung der Anklageschrift im gegenwärtigen Moment der sozialdemokratischen Fraktion der dritten Duma drohen will. Es ist jedenfalls kein Zufall, daß zur selbigen Zeit die Reptilpresse, wie die „Nowoje Wremja“, gegen die sozialdemokratische Fraktion der dritten Duma eine heftige Kampagne beginnt. In einem längeren Leitartikel bereitet sie gewissermaßen die Polizeiaktion vor. Die Anwesenheit sozialdemokratischer Abgeordneter in einem Staatsinstitut wie die Duma verstoße, so sagt das reaktionäre Blatt, gegen die Grundlagen des Staates überhaupt. Wie das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei in seiner Mitte einen Kruschewan nicht dulden würde, ebensowenig könne der Staat es dulden, daß in der gesetzgebenden Körperschaft ein Sozialdemokrat sitze!

Die „Moral“ von der Geschichte ist klar: Entweder sollen die Sozialdemokraten freiwillig gehen, oder sie werden wieder polizeilich entfernt! Auf der rechten Seite, wo Jurischewitsch „thront“, will man ebenfalls die Frage bald gelöst wissen, und es braucht wohl nicht gesagt zu werden, in welchem Sinne. Sollte die Regierung gegen die sozialdemokratische Fraktion nicht vorgehen, dann will die Rechte mit einer Interpellation eingreifen und bei der Regierung „anfragen“, ob sie es verantworten könne, daß auf den Vätern der Gesetzgeber Revolutionäre sitzen, besonders, da die Unterjochung gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma doch bewiesen hätte, daß die Sozialdemokraten sich auch gegen die Person des Monarchen verschworen haben. Daran ist natürlich kein wahres Wort, was tut's aber? Die „Estrussen“ haben jetzt die Duma in ihrer Hand, und es ist deshalb nur eine Frage der Zeit, wann die sozialdemokratische Fraktion auch der dritten Duma in die Keller der Peter-Paul-Festung gesteckt wird.

Auch sonst sind die sozialdemokratischen Abgeordneten tagtäglich Ueberraschungen ausgesetzt. So hat die Polizei sich von dem in Riga gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Bredkals einen Revers unterzeichnen lassen, daß er Riga nicht verlassen werde! Nun sollte aber der Abgeordnete am 14. November, zur Duma-Eröffnung, doch in Petersburg sein! Das kimmert aber die Polizei wenig. Ist es bei solchen Verhältnissen denkbar, daß die dritte Duma das Land auch nur um eine Fingerbreite geordneten Zuständen näher bringen kann? —

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Von den Gas- und Wasserwerken.

Im Jahre 1906 sind 181 neue Gas- und Wasserwerke in Betrieb genommen worden, so daß nach dem Bericht der Versicherungsanstalt jetzt insgesamt 2420 Betriebe dieser Art versichert sind. Die Zahl der versicherten Arbeiter ist um 3486 auf 63 528 gestiegen. Interessant ist es, daß die Stadt Leipzig ihr von einer Aktiengesellschaft übernommenes Elektrizitätswerk als einen Nebenbetrieb ihrer Gaswerke betrachten wollte und bei der Versicherungsanstalt der Feinmechanik Antrag auf Ueberweisung an die Versicherungsanstalt für Gas- und Wasserwerke stellte. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, da das Elektrizitätswerk kein Nebenbetrieb der städtischen Gasanstalten sei. Wichtig ist auch eine im Bericht erwähnte Entscheidung betreffs der Versicherungspflicht „der zur Beschäftigung in Gas- und Wasserwerken kommandierten Soldaten“. Am den Streiks der Gasarbeiter zu begegnen — „kommandiert“ man ja heute schon massenhaft Soldaten in diese Werke, die dann im Vorbereitungsdienste für Beamtenstellen informativ oder probeweise beschäftigt werden“ und trotzdem noch dem „Militärverbände“ angehören. Die Versicherungspflicht dieser Leute wurde vom Reichsversicherungsamt bejaht!

Der Versicherungsbestand zeigt uns: 1133 Steinkohlengaswerke, 18 Oelgaswerke, 94 Acetolengaswerke, 26 Luftgaswerke, 5 Wassergaswerke, 1069 Wasserwerke, 80 Kanalisationswerke.

Von diesen Betrieben wurden im Berichtsjahre 287 durch die Vertrauensmänner der Versicherungsanstalt revidiert. In Ordnung befunden wurden davon 50, in 187 wurden Mängel und Verstöße gegen die Unfallversicherungsbestimmungen festgestellt, heißt es im Bericht. Da ist es kein Wunder, wenn die Zahl der Unfälle sich wiederum vermehrt hat. Bei einer Steigerung der Gesamtzahl der Verletzten um 5,72 Proz. gegen das Vorjahr „ist die Gesamtzahl aller gemeldeten Unfälle von 3984 auf 4486 im Berichtsjahre, also um 12,60 Proz. gestiegen“!

Auf 1000 Verletzte entfielen durchschnittlich 70,6 Unfälle gegen 69,8 im Jahre 1905. Entschädigungspflichtig wurden 396 Unfälle. Für die Fürsorge der Verletzten innerhalb der Wartezeit, der ersten 13 Wochen des Unfalls, hat die Versicherungsanstalt ganze 110 M. „geopfert“. Sparsamer kann man doch gewiß nicht sein!

Als Folge der entschädigten Unfälle bezeichnet der Bericht: 20 Todesfälle, in 6 Fällen völlige, 114 teilweise und 247 Fälle vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Diese Verletzten waren sämtlich Erwachsene männlichen Geschlechts. Frauen und Kinder sind also nicht verletzt oder entschädigt worden. Es erhielten im Jahre 1906 Renten ausgezahlt: 2048 Verletzte, 359 Witwen, 267 Kinder und 8 Verwandte.

Im Berichtsjahre hatte die Versicherungsanstalt 1224 Rentenbescheide erlassen, von denen die Mehrzahl die Herabsetzung oder Einstellung der Renten betrafen. Trotzdem wagten es nur 271 Verletzte, Berufung an die Schiedsgerichte einzulegen. Diese Berufungen hatten nur in 52 Fällen Erfolg! 197 Berufungen wurden zurückgewiesen!

69 Verletzte wagten noch den Rekurs an das Reichsversicherungsamt und hatten nur 11 Erfolge zu verzeichnen.

Der Unfallbeitrag betrug im Jahre 1906 für je 1000 M. Röhne nur 11,88 M. und ist gegen das Jahr 1905 um 34 Pfennige zurückgegangen! Berechnet man die Zahl der Verletzten in die gezahlten Arbeitslöhne von 73½ Millionen Mark, so ergibt

sich, daß der Durchschnittslohn eines Arbeiters pro Jahr 1157,00 M. betrug! Die ganze Ausgabe der Unternehmer an Unfallbeiträgen betrug also pro Arbeiter im Jahre kaum 13 M. Und da schreit man über die „hohen und schweren“ Lasten, die unsere Unternehmer „ganz allein“ zu tragen haben!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wer verschuldet die Gewerkschaftszersplitterung?

In einer öffentlichen Versammlung der Graveure Berlins, die am Donnerstag in den ehemaligen „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, tagte, haben — Vertreter des christlich-nationalen Metallarbeiterverbandes diese Frage aufgeworfen und sie auch beantwortet. Schuld daran, daß es in Deutschland eine einige Gewerkschaftsbewegung noch nicht gibt, sind nach ihrer Meinung natürlich die freien Gewerkschaften, und wenn diese Behauptung von einem Christlich-Nationalen aufgestellt wird, dann muß sie wahr sein, obwohl doch gerade die Entstehungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften beweist, wie diese zu dem ausschließlichen Zweck der Zersplitterung der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung ins Leben gerufen wurden. Die Tatsache, daß diese Versammlung, anknüpfend an die jüngst erfolgte Verschmelzung des Verbandes der Graveure mit dem Metallarbeiterverband, über den Wert des Zusammenschlusses der Kräfte beraten sollte, hält die Herren vom christlich-nationalen Metallarbeiterverband natürlich nicht davon ab, selbst das zu tun, was sie den freien Gewerkschaften in echt christlich-nationaler Verdrehungskunst zum Vorwurf machen. Im Augenblick, wo der Gedanke des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses so lebendig und mächtig die Mitglieder der freien Gewerkschaften befeuert, charakterisiert sich das Vorgehen der christlich-nationalen Herren Winter, Neumann und Kluge von selbst; sie bemühten sich daher ganz vergeblich, ihre Verdrehungen an den Mann zu bringen.

Zweck der Versammlung war, die Einigkeit der Graveurgehilfen in der neuen Organisation zu festigen, die Organisationsarbeit und Agitation zu beleben, um auf diesem Wege zu einer stärkeren und erfolgreicherer Wahrung der allgemeinen Arbeiterinteressen und der Berufsinteressen im besonderen zu gelangen. Die Erreichung dieses Zweckes zu vereiteln, war der allerdings vergeblich beabsichtigte Versuch der Christlich-Nationalen.

Genosse Eduard Bernstein zeigte in seinem Referat über den Wert des Zusammenschlusses, wie sich analog der wirtschaftlichen und der Entwicklung der Industrie auch der engere Zusammenschluß des um seine Lebensbedingungen kämpfenden Proletariats gebieterisch notwendig macht. Im Jahre 1882 zählte man 6179 verschiedene Berufsbezeichnungen, 13 Jahre später deren über 10 000 und bis 1905 hat sich diese Zahl auf mindestens 15 000 erhöht. Damit ist eine Verengerung der gewerblichen Grenzen verbunden. Die gewerblichen Grenzen fallen zwar nicht vollständig, aber die Beruf von Beruf trennenden Mauern werden dünner. Dieses industrielle Aneinanderkommen stellt an die Arbeiter ebenfalls die Forderung des Zusammenschlusses ihrer Kräfte, so sehr auch ursprünglich die Gewerkschaft Sache der Spezialisierung war, dem das Verlangen nach einer Vertretung der besonderen Fachinteressen entsprach.

Bei den in England urwüchsig mit der Industrie entstandenen Gewerkschaften war das Bestreben nach der Zusammenfassung der Kräfte nicht merkbar. Nach der Erhebung vom Jahre 1904 gab es damals in England noch 11 048 selbständige Gewerksvereine mit — nach oben abgerundet — 1 900 000 Mitgliedern. Seit Jahren macht sich bei den Gewerkschaften Englands eine Stagnation bemerkbar. Sie, die früher auch von uns weit überschätzt wurden, umfassen kaum 25 Proz. aller Arbeiter; sie bleiben auf diesem Prosentafel stehen und sind von den Gewerkschaften anderer Länder überholt. Zurückzuführen ist diese Stagnation zum großen Teil auf die Zersplitterung der Kräfte.

Wie sich die Unternehmer in den Kartellen und Trusts große Versicherungseinrichtungen schaffen, haben sich ebenfalls die Gewerkschaften enger aneinander zu schließen. Daher ist auch der Anschluß der Graveure an den sehr leistungsfähigen Metallarbeiterverband zu begrüßen.

In seinem Schlußwort widerlegte Bernstein die Einwürfe der Christlich-Nationalen. Nicht um die christliche Weltanschauung handelt es sich im gewerkschaftlichen Kampfe, sondern um die Wahrung der Arbeiter- und Klasseninteressen. Kostlos müsse in der neuen Organisation gearbeitet werden, nicht Zersplitterung, sondern Zusammenfassung ist das Ziel!

Der letzte Streik der Löffelträger verursachte dem Verbands eine Ausgabe von 6011,80 M., wie Kridow in einer Versammlung am Donnerstagabend bei Wohlfahrt, Rosenthalerstraße, berichtete. An Unterstützungen sind 4007,30 M. ausgezahlt worden. Für Sozialmiete wurden 25 M. und an Sitzungsgeldern 29,50 M. ausgegeben. Am 9. November waren noch 19 Mitglieder ohne Arbeit, die aber zum größten Teil seitdem in Stellung getreten sind. — Die neuen Lohnsätze lagen gedruckt vor und gelangten zur Verteilung an die Mitglieder.

Gelegentlich des Zandorf-Bohloits fand bekanntlich eine Versammlung der Warenhausbefitzer statt, in der sich die mit der Frage eines Gegenanschlags in Form eines „Vorwärts“-Bohloits befaßten. Unter den Rednern, die in jener Versammlung sprachen, zählten wir in unserem Bericht auch Herrn Joseph Kridow auf. Dies ist mehrfach in Kridow'scher Arbeiterversammlungen zur Sprache gebracht worden. Die Firma Joseph Kridow und deshalb um die Mitteilung, daß unser Verleumdungsartikel offenbar das Opfer eines Mißverständnisses geworden sei. Die Firma war in jener Versammlung nur durch ihren Prokuristen vertreten und hat auch einem „Vorwärts“-Bohloit nicht das Wort geredet.

Deutsches Reich.

Die Leipziger Buchhandlungsgehilfen werden nächstens, nachdem die Buchhandlungsarbeitnehmer sich durch den neuen Tarif ihre Lage verbessert haben, in eine Lohnbewegung unter Führung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen eintreten. Die Bewegung im Frühjahr 1906 war durch die Quertreiberei der bürgerlichen Verbände in den Stumpf geführt worden. In einer Resolution erkannten die Buchhandlungsgehilfen mit circa 250 gegen 7 Stimmen die Notwendigkeit einer strammen, energischen Organisation an.

Ausland.

Konferenz der Zentralverbände der schweizerischen Gewerkschaftsverbände.

In Olten fand am Sonntag eine vom Bundeskomitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes einberufene Konferenz statt, zu der sich 40 Vertreter von 18 Verbänden eingefunden hatten. Es

handelte sich dabei in der Hauptsache um die Stellungnahme der Gewerkschaften gegenüber der vom sozialdemokratischen Parteitag in St. Gallen beschlossenen Forderung nach Errichtung von staatlichen Einigungsämtern durch die Bundesgesetzgebung. Die Konferenz lehnte nach stundenlangem Debatten dem Antrag des Bundeskomitees gemäß die staatlichen Einigungsämtern ab, um dagegen folgende Forderungen aufzustellen: Anerkennung der Gewerkschaftsorganisationen durch die Unternehmerorganisationen, Abschluß von Tarifverträgen mit paritätischen Einigungsämtern und Schiedsgerichten, Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes der Arbeiter. Abgelehnt wurde auch die projektirte Schaffung von Arbeiterkommissionen durch die Gesetzgebung und schließlich wurde protestiert gegen die perfid-demagogische Verquickung von Antistreibgesetzen mit Einigungsämtern, wie es die Vorlage der Berner Regierung tut. Als wirksames Mittel zur Einschränkung des Streiks erklärte die Konferenz die Ausdehnung des Arbeiterlohnes und der Arbeiterversicherung.

Weiter behandelte die Konferenz die Frage der Eintragung der Verbände ins Handelsregister, wozu jedoch abgesehen wurde. Die Grenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Verbänden sollen nach dem Grundsatz erledigt werden, daß für den Verbandsantritt die Verursacher der Mehrzahl der Arbeiter maßgebend sein soll. Für das Freireisgewerbe wird eine Kontrollkarte eingeführt.

Kohlengräberfreil in Australien.

In Neu-Südwaales liegen 25 Kohlenbergwerke still. Die Kohlengräber (12 000 Mann) sind im ganzen Staate in den Streik getreten, sie verlangen höhere Löhne. Die Bergwerksbesitzer haben eine Lohnerhöhung zugesagt, die mit Anfang nächsten Jahres in Kraft treten soll, aber darauf wollen die Streikenden nicht eingehen. Der Hafen von Newcastle liegt voller Schiffe, die alle auf Kohlenladungen warten. Das Staatsministerium beschäftigt sich mit der Streikfrage und versucht, zwischen den Parteien zu vermitteln, aber die Bergwerksbesitzer verhalten sich ablehnend.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der internationale Kapitalismus.

Düsseldorf, 15. November. (B. L. V.) Verbände von Glasfabriken, Fabrikanten von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Oesterreich, Schweden und Norwegen haben heute hier in einer Versammlung einen europäischen Verband der Glasfabriken G. m. b. H. gegründet mit einem Kapital von einer Million Mark unter gleichzeitiger Erhöhung desselben auf sechs Millionen Mark, um Patente zu erwerben, und zwar für den ganzen Erdball mit Ausnahme von wenigen Ländern. Der Aufsichtsrat besteht aus Vertretern aller beteiligten Länder. Der Sitz der Gesellschaft ist Berlin. Die Versammlung wählte zum Vorsitzenden Hermann Hege Gerresheim.

Eisenbahnzusammenstoß.

Hamburg, 15. November. (B. L. V.) Infolge dichten Nebels stießen auf der elektrischen Kleinbahn zwischen Volkstorf und Wohlfahrt im Orte Weisdorf ein Personenzug und ein Güterzug zusammen. Ein Zugführer wurde schwer, fünf Fahrgäste wurden leicht verletzt.

Ein dringendes Bedürfnis.

Bielefeld, 15. November. (B. L. V.) Wie die Blätter melden, beläuft sich die Kostenberechnung für die geplante Automobilrennbahn im Taunus von Lengshahn nach der Saalburg auf 3 100 000 M.

Brückeneinsturz.

Diedenhofen, 15. November. (B. L. V.) Heute nachmittag stürzte während der Erweiterungsbauten an der Moselbrücke ein Brückeneisen ein. Acht Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen, von denen sechs mehr oder weniger schwer verletzt gerettet werden konnten, während zwei unter Betonmassen im Fluß begraben liegen. Bis sechs Uhr abends konnten die Leichen noch nicht geborgen werden.

Wer pumpt?

Brüssel, 15. November. (B. L. V.) Durch Vermittlung ihres Pariser Anwalts hat die Prinzessin Louise von Belgien ihren Gläubigern eine Summe von 200 000 Frank angeboten, damit der Verkauf der Juwelen der verstorbenen Königin rückgängig gemacht würde. Zwischen den Gläubigern kam jedoch eine Verständigung nicht zustande, da mehrere derselben die Juwelen nicht frei geben wollen, so lange nicht die Summe von 240 000 Frank, der Wert der Juwelen, aufgebracht worden sei. Die Prinzessin bemüht sich, die fehlende Summe bis zum 22. November zusammen zu bringen.

Unsere liberalen Blockbrüder in Stambuch.

London, 15. November. (B. L. V.) Dem Premierminister wurde heute eine von 136 liberalen Mitgliedern des Unterhauses unterzeichnete Denkschrift überreicht, worin Herabsetzung der Ausgaben für Heer und Flotte angeregt wird. Die Denkschrift erklärt, daß das Land sich in geringerer Gefahr von seiten irgend einer Macht befinde, als das während der letzten 25 Jahre der Fall war, dank den freundschaftlichen Uebereinkommen mit Rußland und Frankreich und den verbesserten Beziehungen zu Deutschland. Es wird deshalb beantragt, daß das Armee- und Marinebudget für 1908 wesentlich herabgesetzt werde. Dem Volke müsse Gelegenheit gegeben werden, die Früchte des Friedens zu ernten.

Zusammenstoß mit dem Expreßzug.

Ottawa, 15. November. (B. L. V.) Bei einem heute morgen auf der Canadian Pacific-Eisenbahn in der Nähe von Pembroke (Ontario) zwischen einem Zuge des Coast-Expreß und einem Güterzuge erfolgte Zusammenstoß sind sieben Personen getötet und vollständig verbrannt. Acht Personen sind außerdem verletzt.

Wirkungen des australischen Kohlenarbeiterstreiks.

Sydney, 15. November. (B. L. V.) Der Zustand der Grubenarbeiter in Neu-Südwaales hat den australischen Handel vollständig lahmgelegt. Die Kohlenvorräte der Eisenbahn sind nur für sechs Wochen ausreichend, für die Industrie reichen die Kohlenvorräte bis Ende des Monats; infolgedessen sind in England, den Vereinigten Staaten und in Neuseeland telegraphisch bedeutende Kohlenbestellungen gemacht worden, und man hofft, daß diese Kohlen noch rechtzeitig eintreffen werden.

Neue „Reformvorschläge“ der Scharfmacher zur Krankenversicherung.

Seitdem Kirdorff und Konforten sich bereit erklärten, lieber die Hälfte der Beiträge zur Krankenversicherung aus eigener Tasche, die ja von ihren Arbeitern immer wieder reichlich gefüllt wird, zu zahlen, ist das Organ der Eblen von Reichwig ganz außer sich geraten. Jede Nummer der sogenannten „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ bringt neue Vorschläge, die natürlich alle darin gipfeln, das Selbstverwaltungsrecht den Ortskrankenkassen zu rauben. Daß die Betriebs- und Innungskrankenkassen von den Unternehmern geleitet werden, finden diese Scharfmacher ganz in Ordnung, denn nur die verhassten Ortskrankenkassen sollen aus den Händen der Arbeiter „gerettet“ werden. In Nr. 44 des Scharfmacherblatts las man wieder unter dem Titel: „Die Reform der Krankenversicherung“, daß künftig der ganze Vorstand der Ortskrankenkasse: „aus den von der Gemeinde zu ernennenden Beamten zu bestehen hat“.

Wenn sich diesmal kein „sinnstörender Druckfehler“ wieder eingeschlichen hat, so ist der Sinn dieses Geschreibsels, daß die Zweidrittelmehrheit der Versicherten bestehen bleiben, dagegen denselben das wichtige Recht der Anstellung der Kassen- und Rechnungsführer entzogen werden soll. Die Begründung dieses Vorschlags ist noch konfus, doch nicht original. Man will „ja nur“, daß die Rechnungs- und Kassenführung durch einen von der Gemeinde zu bestellenden Beamten wahrzunehmen ist, und zwar unter Verantwortlichkeit der Gemeinde, aber auf Kosten der an der Ortskrankenkasse beteiligten Arbeitgeber.

Die Grundzüge sind vorüber und trotzdem diese „Vorschläge“! Während Vater Kirdorff die Halbierung der Kassenbeiträge empfohlen hatte, will Reichwig diese Belastung der Unternehmer nicht, sondern die Beitragsleistung der Arbeitgeber unverändert lassen, dafür ihnen aber die ganzen Kosten der Rechnungs- und Kassenführung aufladen! Also, eine „Extraumlage“ für Deckung der Verwaltungskosten! Und warum? Es sei vorausgesehen, daß die beherrschende Verwaltung der Ortskrankenkassen sich immerhin um ein bedeutendes kostspieliger gestalten dürfte als die bisherige Verwaltung. „Aha! Des „schändlichen Rammons“ wegen sei dieser lächerliche Vorschlag nicht gemacht, sondern weil „einer Meinung des feindseligen Gegenstandes zwischen Arbeitern und den Arbeitgebern vorzubeugen sei! Die reinsten „Friedensengel“! Sehr interessant ist nun folgende Bemerkung: „Wir möchten jeden Anlaß zu der Behauptung aus dem Wege räumen, es sei dem Unternehmer nicht darum zu tun, die offensichtlichen Mißstände innerhalb der Ortskrankenkassen zu beseitigen, sondern sie wollten die Mißstände in den Ortskrankenkassen dazu benutzen, um die Arbeiter in den Betriebskrankenkassen mundtot zu machen.“ Natürlich! Was wollen denn die Scharfmacher sonst? Heute wird doch jede Betriebskrankenkasse „gegründet“, um Beiträge für den Unternehmer auf Kosten der armen Kranken zu sparen, die Versicherten tatsächlich mundtot zu machen. Die Vorschläge der Kirdorff und Konforten würden diesen unheilvollen Zustand nur noch vermehren, da die Halbierung der Beiträge sofort eine riesige Anzahl solcher neuen Wasserläschen entstehen lassen, eine größere Zersplitterung des ganzen Versicherungswesens zur Folge habe. Daß dies unsere Regierungschleute nicht einsehen können, ist auch nicht verwunderlich. Reichwig gibt das offen zu und meint: „denn wenn der Betriebsunternehmer nicht allein die Rechnungs- und Kassenführung durch einen von ihm zu bestellenden Beamten wahrzunehmen hat, sondern wenn er auch noch über die Hälfte der Stimmen im Vorstand seiner Betriebskrankenkasse verfügt, so kann er mit dieser so ziemlich machen was er will.“ Sehr gut! Ein gutes Geständnis, da ja heute die Herzen der Betriebskrankenkassen so „ziemlich machen können, was sie wollen“. Deshalb empfiehlt das Blatt auch, daß die derzeitige Rechte bestehenden Verhältnisse bei den Betriebskrankenkassen erhalten bleiben und daß sie unter entsprechender Modifikation bei den Ortskrankenkassen zur Einführung gelangen.“ Punktum! Weil die scharfe Kritik der sozialdemokratischen Presse bereits eingeleitet habe, glaubt das Blatt, daß es mit seinen Vorschlägen auf dem rechten Wege sei, zumal es der Sozialdemokratie „eben nur darauf ankomme, ihren Kreaturen die Verwaltungskosten der Ortskrankenkassen offen zu halten“ und sie aus den Betriebskrankenkassen „nichts zu ihren Gunsten herauszuschlagen konnte“. Deshalb diese konfuse Vorschläge, die jetzt mit besonderer Energie vertreten werden sollen. Im zweiten Artikel des Blattes schreibt der „schämliche Arbeiter“, ein langjähriger Kassenarzt, über das traurige Thema: „Kassenärzte, freie Ärzte und allerlei Anderes.“ Es ist auch „allerlei Anderes“. Festgestellt sei, daß „Kassenmitglieder für jeden Dreck“, wie der landläufige Ausdruck in nicht eben klaffendem Deutsch lautet, zum Arzt laufen“. Dieses müsse verhindert werden. Deshalb sind die Vorschläge des „langjährigen Kassenarztes“ auch „klaffend“. Hebertriebene Inanspruchnahme des Arztes sei die Wurzel alles Übels. Nur dann, wenn ein Kassenmitglied „ernstlich unwohl“ sei, soll es ohne Scheu den Arzt requirieren können. „Aber der Umstand, daß jemand gegen Krankheit versichert ist, soll ihm doch ebensowenig ein Anlaß werden, krank und hilflosbedürftig zu sein, wie der Feuerversicherte nun unbedingt Feuer und der Unfallversicherte einen Unfall haben muß.“ Der Arzt, der sich rühmt, „vielfältige Erfahrung“ zu haben, erlaubt sich zu schreiben: „Heute ist es, und es ist ganz unnütz so, daß vom Standpunkte der Versorgung mit ärztlicher Hilfe es geradezu ein Privileg ist, Arbeiter mit einem Einkommen von unter 2000 M. zu sein.“ „Privileg“ ist gut! Nicht einmal das Gesch selbst kennt der „vielfältig erfahrene“ Arzt, wenn er die Versicherungspflicht der Arbeiter mit einem Einkommen von unter 2000 M. annimmt. Viele Kassenmitglieder, meint er, laufen heute wegen Beschwerden zum Arzt, „welche Leute schmerzhaften Befehs ruhig ertragen würden“. Ja, die Befehden „ertragen“ alles, sie lernen leiden, ohne zu klagen“ und machen es nicht wie die vielen Kassenmitglieder, die „wie der Abonnent einer Leihbibliothek oder eines Konzertgartens, der am Ende seines Subscriptionsjahres die frühe Begegnung haben will, sein Abonnement gründlich ausgenutzt zu haben“! Von der freien Arztwahl will der Eble ebenso wenig wissen, als seine Kollegen im Bezirk Essen. Von dort wird bekanntlich gemeldet: Der Verein der Badu- und Kassenärzte im Bezirk der Eisenbahndirektion Essen hat durch Rundschreiben seine Mitglieder um Verantwortung der Frage erlucht, ob sie für gesetzliche Einführung der freien Arzt-

wahl seien. Wie der Verband rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen mitteilt, haben sich von den eingegangenen 137 Antworten 104 gegen und nur 33 für die Einführung erklärt.

Der Hunger nach Medizin würde ja nur gesteigert werden, die „einige Medizinerei die Leute mager und nervenkrank“ machen. Die „meisten Schmerzen“ könnten dagegen „bei etwas Enthaltensamkeit im Essen und Trinken“ beseitigt werden! Die Arbeiter essen daher heute zu viel und Fleischgenuß — macht nervenkrank, sagten auch die Agrarier, als sie das Fleisch auch noch verteuert haben. Deshalb der „klaffende“ Vorschlag: „um es kurz zu sagen: Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß die Kassenmitglieder nicht mehr den Arzt in Anspruch nehmen als die finanziell besser-situierten Privatpatienten. Und ein solches, sicher effektvolles Mittel würde es sein, daß der Patient selbst immer noch einen Teil der Kosten der ärztlichen Hilfe zu tragen hat.“ Donnerwetter! Heute zahlt die Krankenkasse statt 1 M. Minimalbetrag der Tage nur 40 Pf. und sollte zum Ausgleich „verordnet werden“, daß jeder Patient die Differenz, nämlich 60 Pf., persönlich und jedes-mal dem Arzt zu entrichten habe“. Das könnte den Herren passen! Der Versicherte ist natürlich nicht geschädigt, denn er hat ja „immer noch freie Medizin und Krankengeld im Falle der Erwerbsunfähigkeit.“ Er habe auch dann eine „Ermäßigung der Arztkosten“, die Krankenkassen würden entlastet, die Ärzte höhere Einnahmen erzielen! Letzteres ist sicher der Fall. Und die Arbeiter könnten mehr zahlen!

Als „langjähriger Mitarbeiter“ eines Scharfmacherorgans orakelt der Arzt wie folgt: „Oder will etwa jemand sagen, der Arbeiter verdiene nur eben soviel, daß er zu leben habe, er verbiene nur das Existenzminimum und könne davon keine Rücklagen machen? Für die große Masse der heute in die Krankenversicherung Eingeschlossenen gilt das sicherlich nicht und für die Kinderzahl, nämlich diejenigen, welche nicht instande gewesen sind, sich der Hungerlöhne zu erwehren, müßte eben im Falle der Not die Gemeinde, also die Armenbehörde, ebenso eintreten, wie für diejenigen, welche durch Unglück verarmt oder verhindert worden sind, Rücklagen zu machen.“ Die große Masse hat also „Rücklagen“ gemacht. Deshalb heraus mit diesen Spargroschen, damit sie auf dem Altar der Ärzte geopfert werden können. Ein Lump, der keine „Rücklagen“ in diesen teuren Zeiten machen kann. Könnte er es trotzdem nicht, so soll er Armenunterstützung beziehen! Liebes-voll sorgt auch der „Arzt“ für diese Armen, denn „die Inanspruchnahme des Armenrechts (!) aber sollte mit dem Verlust gewisser bürgerlicher Rechte verknüpft sein, nicht so sehr, um die Armen zu „strafen“, für welche diese Rechte ohnehin wenig zu bedeuten haben, als vielmehr, um die Arbeitenden anzuspornen, ihr Recht zu erhalten oder vielmehr es sich täglich neu zu erwerben.“ Deutlicher kann man doch wahrlich nicht werden, mehr wahrlich nicht verlangen! Das Selbstverwaltungsrecht soll den Arbeitern in den Krankenkassen geraubt werden, die Beiträge erhöht, und noch Extrazahlung für die Ärzte, oder eventuell Verlust „gewisser bürgerlicher Rechte“, die für die Vermehrten doch „ohnehin wenig zu bedeuten haben“. Fürwahr, „herrlichen Zeiten“ gehen wir entgegen, wenn sich das arbeitende Volk nicht aufrafft!!

Die Scharfmacher wollen zunächst den Hilfskassen durch die Hilfskassenverbände die Selbstverwaltung rauben, sodann soll es an die Vernichtung des letzten Restes der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen gehen. Daß das Ziel auf Vernichtung der Selbstverwaltung geht, hat Rugdan ja im Reichstag durch seine bekannten oeden Kargemacht. Noch unerschütterter tun das eine Reihe Scharfmacherorgane. Es sei folgende Stelle aus der „Täglichen Rundschau“ vom Donnerstag zitiert:

„Wer eine Reform der Arbeiterversicherung verlangt und gleichzeitig die Forderung erhebt, daß an der bisherigen Selbstverwaltung der Träger der Versicherung nicht gerüttelt werde, widerspricht sich selbst und verlangt etwas von der Regierung, was überhaupt unausführbar ist. — Hebrigens wird dieser Standpunkt auch von einem so weit linksstehenden Sozialpolitiker, wie Dr. Freund, geteilt!“

Der liberal-konfervative Block zielt darauf ab, die Selbstverwaltung den Arbeitern zu nehmen. Und daß das Zentrum gewillt ist, den Block in diesem Streben zu unterstützen, läßt leider das lebhaft Eintreten seiner Vertreter für die Hilfskassenverbände, den ersten Schritt zu diesem Ziele, außer Zweifel. Vielleicht schon die kommende Session wird statt einer Reform der Krankenversicherung durch Ausdehnung des Kreises der Versicherten und Erhöhung der Leistungen eine Krankenkassenverbände bringen, die die Arbeiter in ähnlicher Weise wie in Betriebskrankenkassen entzweigt.

Aus der Partei. Gemeinderatswahlen.

In Eibersfeld ergab die sozialdemokratische Liste bei den Stadtverordnetenwahlen der 3. Klasse 4508—4022 Stimmen, die des ultramontan-konfervativ-nationalliberal-freistimmigen Kartells 6200—6316 Stimmen.

Gegen die Hauptwahl von 1905 hat die Sozialdemokratie eine Zunahme der Stimmen um 501, gegen die damalige Stichwahl eine Zunahme von 184 Stimmen zu verzeichnen. Die Gegner erlangten 949 Stimmen mehr als 1905 in der Hauptwahl und 816 mehr als in der damaligen Stichwahl.

Eine Stichwahl haben sie diesmal durch völliges Aufgehen in einen Drei vermieden.

Im Bezirk Altstadt-Eppenhäuser der Stadt Hagen gelangte der Kandidat der Sozialdemokratie mit dem Kandidaten der vereinigten Christlichsozialen und Ultramontanen in die Stichwahl; er erhielt 716, der Gegner 824, ein freistimmiger Kandidat 506 und ein dritter bürgerlicher Kandidat 43 Stimmen.

In Gevelsberg (Kreis Hagen) siegten die drei Kandidaten der Sozialdemokratie über die des bürgerlichen Wahlsystems mit 467—479 gegen 317—354 Stimmen.

In Hanau wurden die sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl gedrängt. Das Resultat lautete: Sozialdemokraten: 1873 (1905: 1838 Stimmen). Bürgerliche: 1806 (1905: 1718 Stimmen). Eine zweite bürgerliche Liste erhielt 105 Stimmen. Unsere Genossen hatten bisher sämtliche Sitze der 3. Abteilung inne.

Im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen sind einige besonders gute Erfolge zu verzeichnen. In Arnstadt errangen unsere Genossen einen Sitz. In Altenfeld erhielt unser Genosse 58 von 63 Stimmen. In Langewiesen wurde der Sozialdemokrat in der 3. Abteilung gewählt. In Großbreitenbach erhielt unser Genosse 129 von 173 Stimmen. In Geiswenda besteht der Gemeinderat aus 7 Sozialdemokraten und 5 Bürgerlichen. In der 2. und 3. Abteilung siegten bei den diesjährigen Wahlen unsere Genossen.

In der weimarschen Gemeinde Bürgel wurde ein Sitz verloren. In Lichtenhain wurden zwei Genossen in der 3. Abteilung zum ersten Mal gewählt.

In Jendebach (Sachsen-Weiningen) errang die sozialdemokratische Liste einen vollen Sieg.

Zu unserer telegraphischen Meldung über den Sieg der Sozialdemokratie bei den Stadtverordnetenwahlen der 3. Abteilung

in Bielefeld, wobei infolge verfrümmelter Depesche ein Teil der Meldung irrtümlich nach Essen verlegt wurde, ist nachzutragen, daß die Sozialdemokratie 9 Sitze der 3. Abteilung innehatte. Zwei davon waren bei diesen Wahlen zu verteidigen und wurden behauptet, außerdem noch die übrigen vier zur Wahl stehenden erobert, so daß die Sozialdemokratie jetzt alle Mandate der 3. Abteilung besitzt.

Marg beim Tode Robert Blums.

Der „Rheinischen Zeitung“, unserem Parteiorgan zu Köln hat Genosse Friedrich Lehner zu London folgende Erinnerung mitgeteilt: Am Abend des 9. November 1848 fand im Eiferschen Saale zu Köln eine demokratische Versammlung statt. Witten in den Verhandlungen begab sich Karl Marx mit einer telegraphischen Depesche auf die Tribüne und gab die schreckenerregende Nachricht von der Hinrichtung Robert Blums in Wien bekannt. Die ungeheure Aufregung, die sich der Versammlung bemächtigte, kann hier unmöglich geschildert werden. . .

Unsere Toten. In Leipzig starb der Genosse Schneidermeister Friedrich Krüger. Er war einer von den Alten und hat mehr als zwei Jahrzehnte für die Arbeiterbewegung gewirkt. Noch in den letzten Tagen vor seinem Tode war er in der Agitation tätig.

Zeugnisse der Internationale. Der lothringischen Parteikonferenz, die am Sonntag in Metz die Gründung eines gemeinsamen Parteiblattes für Lothringen und Saarrevier beschloß, wohnten auch Delegierte der französischen Sozialdemokratie aus Nancy bei. Die Organisation des Departements Neuchâtel-Moselle hatte diese Delegation gleichzeitig beauftragt, am Grabe des verstorbenen Genossen Schleicher einen mit roten Schleifen geschmückten Kranz niederzulegen. Während der Mittagspause erfüllten die französischen Genossen den Auftrag. Sämtliche Delegierte begleiteten sie. An der letzten Ruhestätte Antoine Schleichers widmete ihm Genosse Lejeun noch einen warm empfundenen Nachruf.

Personalien. Das Bochumer „Volksblatt“ (Schreibz) Eine Aenderung in unserer Redaktionsverhältnisse wird demnächst eintreten. Genosse Leimpeters geht auf dringenden Wunsch der Genossen des Saarreviers wieder nach Saarbrücken, um die Redaktion der „Saarwacht“ zu übernehmen. In seiner Stelle tritt der bisherige Arbeitersekretär Genosse Paul Wolf in die Redaktion ein, für den die Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats infolgedessen Erlass zu beschaffen sucht durch Ausschreiben der Stelle. Der Wechsel in unserer Redaktion dürfte sich voraussichtlich am 1. Dezember vollziehen.

Die Kreisdeputationskommission des Duisburg-Ruhrheimer Wahlkreises wählte an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Heise den Genossen August Sösch, Oberhausen, zum Lokalredakteur der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“.

Vom Herrenpalast zum Arbeiterheim. Unser Prager Parteiblatt, das „Pravo Lidu“, teilt mit, daß am 2. d. M. der Kaufvertrag abgeschlossen wurde, durch den das Palais des Grafen Kinsky in der Hybernergasse in Prag in den Besitz der sozialdemokratischen Partei übergeht. Als Käufer fungiert die Arbeiterzeitungs- und Baugenossenschaft in Prag. Das Haus, das im Zentrum von Prag steht, hat einen Umfang von 8020,97 Quadratmetern. Seine Stützweite in der Hybernergasse ist 71,67 Meter lang; nach rückwärts dehnt es sich über 100 Meter lang. In ihm gehören drei Höfe und zwei Gärten. Der Kaufpreis betrug 1071392 Kronen, wovon ein Teil sofort gezahlt wurde und ein Teil als Hypothek auf dem Hause verbleibt. In dem neuen Arbeiterpalast werden außer dem „Pravo Lidu“ auch die größten Parteioorganisationen ihren Sitz haben.

Sozialdemokratische Wahlsiege in der Schweiz. In dem Industrieort Arbon am Bodensee sind am Sonntag bei den Gemeindevahlen zwei Sozialdemokraten, unsere Genossen Korschach und Senn in die Ortsbehörde (Mogistrat) gewählt worden.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Straffsaks der Presse. Aus Halle a. S. berichtet man und unterm 14. November: Schon wieder beschäftigt man sich heute in der Strafkammer mit dem Halleischen „Volksblatt“. Der Genosse Fröhlich, der gegenwärtig drei Monate Gefängnis verbüßt, die ungenügenden Hallen am 19. November verläßt, soll durch Veröffentlichung eines Artikels die halberner Polizei beleidigt haben. Die Mitteilung beruht auf einem Irrtum des halberner Genossenmannes. Das Obergericht hatte dafür eine Gefängnisstrafe von nicht weniger als zwei Monaten ausgeworfen. Der Staatsanwalt verlangte aber in der Berufungsinstanz die Strafe auf fünf Monate zu erhöhen. Das Gericht verwarf jedoch die Berufung.

Aus Industrie und Handel.

Die Viehverzorgung Deutschlands.

Im Mai d. J. hat die preussische Regierung an die Agrarier Aufrufe verbreitet, in welchen sie den Hüchtern und Wästern nahelegte, alle Kräfte anzuspannen, damit die Produktion an Schweinen nicht zurückgehe, weil nur auf diese Weise einer Katastrophe vorgebeugt werden könne. Wie wenig sich die Agrarier der Mahnung an Herzen nahmen, zeigt die Erfahrung. Auf vielen Märkten fehlt es an Schweinen, namentlich solchen von 1—1½ Jahren, die um so weniger entbehrt werden können, als sie das Material zur Dauerware (Schinken, Würst usw.) liefern. Höchstwahrscheinlich halten Mäiter und Jüdter ihre Ware zurück, um sie später zu hohen Preisen auf den Markt zu bringen.

Die Folge dieser Politik, die ja seit langem von den Agrariern zum System erhoben und befolgt wird, dürfte die Schweinepreise bald wieder kräftig anziehen lassen. Und einen Vorwand für die Teuerungspolitik haben die Agrarier immer parat: im Sommer muß die Schweinemast wegen der ungenügenden Futterverhältnisse, insbesondere wegen des Mangels an Kartoffeln und des durch die Hitze erhöhten Mistes einschränkt; im Herbst und Winter aber ist wieder die gesteigerte Nachfrage, die die Preise in die Höhe treibt.

Was von den Schweinen gilt, gilt auch von den Kündern, Kälbern, Hammeln: das Angebot wird künstlich eingeschränkt. Das ist auch der Grund, weshalb man nicht die Kartoffeln ausgiebiger zur Viehmast benutzt. Zwar hat der Verein der Spiritusfabrikanten zurecht unter den Landwirten eine lebhaftige Agitation für die Errichtung von Kartoffelverwertungsanlagen entfaltet, und in den verschiedenen Teilen des Reiches sollen schon über 80 solcher Anlagen bestehen. Auch hat sich im Vorjahr ein Verband der Kartoffelrodner gebildet, der einen eigenen Markt für Trodenkartoffeln schaffen will. Bis jetzt ist aber ein Einfluß auf die Schweinehaltung nicht wahrzunehmen. Wie wenig der Auftrieb von Vieh zum Wachstum der Bevölkerung im Verhältnis stand, das zeigt ein Blick auf den Berliner Viehmarkt, der der größte des Reiches und deshalb der Hauptregulator für den gesamten deutschen Viehmarkt ist. Es wurden in Berlin aufgetrieben:

Table with 5 columns: Year, Cattle (Rinder), Pigs (Schweine), Sheep (Lämmer), Horses (Schafe). Rows for years 1902, 1903, 1904, 1905, 1906.

Also wie bei Kindern und Schafen eine kleine Zunahme, bei Schweinen und Kälbern eine enorme Abnahme des Auftriebs. Bei ersteren fällt der Rinderauftrieb besonders schwer ins Gewicht und da ist er auch am größten: um 11 000 gegenüber dem Jahre 1905, um 50 000 gegenüber dem Jahre 1904!

Am deutlichsten wird der Viehmangel angefaßt der Ergebnisse der Schlachtwich- und Fleischschafstatistik. Danach betrug die Zahl der Schlachtungen

	1905	1906
Ochsen	595 145	618 898
Kühen	463 955	440 211
Rinder (über drei Monate)	1 054 796	1 024 781
Kälber (bis zu drei Monate)	940 970	925 364
Schweine	4 393 473	4 208 248
Schafe	18 578 099	13 842 463
Ziegen	2 437 824	2 295 255
Hunde	430 737	450 833
Hunde	6 142	6 521

Nur bei Ochsen, Ziegen und — Hunden hat also eine Zunahme der Schlachtungen stattgefunden, bei allen übrigen Viehgattungen dagegen ein erheblicher Rückgang und zwar wurden um 72 000 weniger Rinder, um 143 000 weniger Schafe, um 185 000 weniger Kälber und um 235 000 weniger Schweine geschlachtet! Da die Bevölkerung um 800 000 Köpfe zugenommen hat, kann man sich von der Fürsorge der herrschenden Klassen für die Volksernährung eine Vorstellung machen.

Deutlich zeigt sich hier, daß die Viehproduktion eine Sache der Preispolitik der Raster und Hüter ist und daß deren Interesse an der Viehproduktion nur so weit geht, als es ihre Preispolitik erlaubt.

Der Hauptübelstand ist die Beschränkung der Einfuhr, wozu in den letzten Jahren noch die Viehnot in Oesterreich-Ungarn kam, das sonst ein Hauptimportland an Vieh liefert. 1906 betrug der ganze Rinderimport nur 258 288 Stück gegen 320 588 im Jahre 1905, also gleich um 62 270 Stück weniger! Und das gerade die hohen Eingangszölle die Einfuhr beschränken, erhellt aus der Tatsache, daß in den zwei Monaten vor dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge (Januar und Februar 1906) allein 68 369 Rinder, also mehr als ein Viertel des Gesamtimports, über die Grenze gebracht wurden! Trotz dieser enormen Beschränkung und Porrierung der Vieheinfuhr war der Anfall infolge des vorwiegend durch die hohen Zölle erzwungenen Rückganges ein großer und konnte während des ganzen Jahres nicht wieder eingebracht werden. 1904 betrug der Fleischverbrauch pro Kopf 81,44 Pfund, 1905 sank er auf 76,64, 1906 auf 74,08 Pfund. Und da wagt man es noch zu behaupten, daß die industrielle Hochkonjunktur mit ihren besseren Erwerbsverhältnissen die Bevölkerung zu größerem Fleischgenuss verleitet und befähigt habe, und daß deshalb, infolge der gesteigerten Nachfrage, die Fleischpreise gestiegen seien!

Die Vorteile des wirtschaftlichen Aufschwungs kommen fast ausschließlich der Kapitalistenklasse zugute.

Faßt den Dieb!

Der Stahlverband kann die Fiktion, als ob auf dem Halbzeugmarkt noch rosigte Verhältnisse herrschen, nicht aufrecht erhalten. Um aber nicht eingeeilt zu müssen, daß er sich geirrt hat, macht er der Presse den Vorwurf, sie habe durch Bekanntgabe der den reinen Werten legitimen eingeräumten Ermäßigungen ein starkes Nachlassen des Begehrens veranlaßt. So, nun ist der Stahlverband von aller Verantwortung für die Schäden seiner Preispolitik befreit.

Keine Stammkapitalien mit hoher Rentabilität finden sich in der Maschinenindustrie ziemlich häufig, während die großen Kapitalien nicht immer eine entsprechend hohe Rente abwerfen, wie dies z. B. im Bergbau der Fall ist. Unter 87 Aktiengesellschaften der Maschinenindustrie, die ihr Geschäftsjahr mit dem 30. Juni abschließen, zählt die höchste Dividende mit 25 Proz. eine Gesellschaft, deren Aktienkapital nur 210 000 M. beträgt. Danach folgt eine Maschinenfabrik mit 24 Proz. Dividende 1906/07, die mit einem Betriebskapital von 1 850 000 M. arbeitet. Dieses Kapital erscheint relativ auch nur niedrig, wenn man erwägt, daß von den 87 Gesellschaften 15 mit einem weit höheren arbeiten. Die höchste Dividende wird nach den bisherigen Verhältnissen in der Maschinenindustrie von folgenden Gesellschaften gezahlt:

	Aktienkapital in 1000 Mark	Dividende in Proz. 1905/06	1906/07
Maschinen-Fabrik Georg Dorf			
Oberland	210	21	25
Kappel, Chemnitz	1850	18	24
Werkzeugmach.-Fabrik Gullian	508	0	18
Röhrenmaschinen-Fabrik Karlsruhe	1050	17	17

Bei den Gesellschaften mit dem größten Aktienkapital stellt sich die Dividende wie folgt:

	Aktienkapital in 1000 Mark	Dividende in Proz. 1905/06	1906/07
Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik Zimmermann	5400	1 1/2	6
Maschinenbau u. W. G. vorm. Gebr. Klein	4000	6	6
Märkische Maschinenbauanstalt Ludw. Stukenholz	3500	0	8
Wilhelmshütte, K. u. f. Maschinenbau u. Eisengieß., Gula	3300	4 1/2	6

Stillelegung von Drahtwerken.

Der Walzdrahtverband, der längst auf neuer Basis auf fünf Jahre verlängert worden ist, wird der Rheinisch-Westfäl. Zeitung zufolge die Drahtwalzenstrahlen von fünf ihm angehörenden Werken stilllegen. Es sind dies: Wenden u. Schwerte mit 11 250 Tonnen Jahresproduktion, das Roggener Holzwerk mit 8500 Tonnen, Fünfe u. Ebers mit 22 000 Tonnen, die Schwelmer-Röhr Eisenwerke mit 7000 Tonnen und die Düsseldorf-Röhren- und Eisenwalzwerke mit 7000 Tonnen. Die Vergütungen für die Stillelegungen werden von sämtlichen Mitgliedern des Verbandes durch eine gleichmäßige Umlage auf den Gesamtabsatz aufgebracht werden. Die Gesamtbeteiligung des Verbandes, dem 29 Werke angehören, beträgt 1 051 782 Tonnen Fertiggewicht (beim alten Verbands 880 927 Tonnen) und erhöht sich vom 1. Mai 1908 auf 1 052 995 Tonnen.

Industriekrise.

Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt schreibt der „Promonger“ nach einer Londoner Privatbesprechung: Die Nachfrage hat vollständig aufgehört, Hochöfen werden ausgedient, Preise sind matt und 50 Cents bis 1 1/2 Dollar niedriger. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß die Nachfrage sich beleben wird, die finanzielle Kollage verdammt die Industrie zur Untätigkeit.

Soziales.

Sum Achtstundentag.

In einer kleinen Schrift von G. P r o m o n g e r: „Une expérience industrielle de réduction de la journée de travail“ (Eine industrielle Erfahrung über die Verkürzung des Arbeitstages) finden sich interessante Mitteilungen über die Wirkungen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit in einer mit Gewinnbeteiligung arbeitenden chemischen Fabrik in Engis (Belgien) gehabt hat. In dieser Fabrik war früher, bedingt durch die eigenartige Produktionsmethoden — Herstellung von Schwefelstein aus schwefelhaltigem Zink in sogenannten Freiburger Öfen — die 24stündige Arbeitszeit üblich.

Diese wurde unterbrochen durch eine große Pause von 3 Stunden und eine Anzahl kleinerer in der Gesamtdauer von circa 3 bis 4 Stunden, die die Arbeiter durch Regulierung des Ofens einigermaßen nach Gutdünken bestimmen konnten. Obgleich der Arbeiter jeden zweiten Tag vollkommen frei hatte, so daß seine durchschnittliche Gesamtarbeitsdauer pro Tag gar nicht übermäßig lang war, wirkte doch das ganze System geradezu mörderisch auf den gesundheitlichen und auch auf den moralischen Zustand der Arbeiter, die sich an dem freien Tage dem Wirtschaftsbetrieb und auch während ihrer endlosen Arbeitszeit als Aufpreisungsmittel häufig dem Alkoholkonsum hingaben.

Die Einführung einer neuen Produktionsmethode mit anderen Öfen, die höhere Anforderungen an die Aufmerksamkeit und Kraft der Arbeiter stellten, hatte die Einführung von zwei je 12stündigen Arbeitsschichten zur Folge, die sich durch Pausen auf tatsächlich 10 Stunden verkürzten. Die Arbeiter jedoch, an den alten Schichtdauern gewöhnt, konnten sich mit dem neuen System nicht befreunden; es trat eine allgemeine Arbeitsflucht ein, die als Ersatz gewonnenen Arbeiter häufig von minderwertiger Konstitution waren der furchtbaren Anstrengung, der Hitze usw. nicht gewachsen. Fast schien es, als ob die gesundheitlichen und sonstigen Verhältnisse noch schlechter würden als unter dem alten System. Da entschloß sich die Fabrikleitung zu einem weiteren Schritt: zur Einführung von drei 8stündigen Arbeitsschichten, d. h. einer tatsächlichen Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden. Sie tat dies gegen den Willen der Arbeiter, die glaubten, an ihrem Verdienst einzubüßen, mit Streik drohten und schließlich absichtlich eine schlechtere Arbeit lieferten. Aber schon im Laufe von sechs Monaten hatte sich das Bild vollkommen geändert. Hatte die Fabrik erwartet, daß der einzelne Arbeiter in einer um 25 Proz. reduzierten Arbeitszeit infolge größerer Frische ein vielleicht nur um 15—20 Proz. reduziertes Produkt liefern würde, so zeigte sich nun das doch überraschende Ergebnis, daß die Arbeiter in 7 1/2 Stunden genau so viel fertig brachten, wie vorher in 10 Stunden. Zugleich hatte sich ihr Gesundheitszustand bedeutend gebessert, wobei die Abrechnungen der Krankenkassen, die vordem immer mit Höchstbeträgen gearbeitet hatten, Zeugnis ablegten. Auch das allgemeine Kulturniveau der Arbeiter war gestiegen. Der geheime Alkoholkonsum verfiel aus der Fabrik, die Sparziergasse wurde angelegt. Noch eine Reihe weiterer Momente führt der Verfasser an, die die geradezu erstaunliche Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeiter veranschaulichen.

Auch die Fabrik war unter diesen Verhältnissen natürlich nicht schlecht gefahren. Da gewisse Ankosten dieselben blieben, das gesamte Arbeitsprodukt sich aber gewaltig vermehrt hatte, so war auch ihr Reingewinn erheblich gestiegen.

Schadenersatzpflicht des Geschäftsinhabers wegen eines mangelhaften Leiters.

Die Verkäuferin Gröber zu Duisburg war am 30. November 1905 im Warenhaus Altkhoff zu Duisburg durch einen Sturz von einer mangelhaften Leiter zu Schaden gekommen und hatte sich dabei schwer verletzt. Als ihr die Geschäftsfirma am 17. Mai 1904 auf Ende Mai kündigte, verlangte sie im Klagewege Schadenersatz für Monat Juni in Höhe von 140 M., da ihr nur für den Ablauf dieses Monats hätte gekündigt werden können. Sodann machte sie, gestützt auf das Verschulden der Beklagten Firma an dem Unfall, erhebliche Schadenersatzansprüche geltend. Sie behauptete, zurzeit völlig erwerbsunfähig zu sein, und verlangte außer 35 M. Auslagen pro Vierteljahr 420 M. für den Gehaltsausfall, sowie auch Ersatz des für spätere Zeiten eintretenden Schadens wegen dauernder Erwerbsbeeinträchtigung. Zum Schadenersatz sei die Firma verpflichtet, weil § 618 B. G. B. vorschreibt: „Der Dienstberechtigte hat Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten, daß der Dienstpflichtige gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet.“ Dieser für alle Arbeiter gültige Grundsatz ist im § 62 des Handelsgesetzbuchs für Handlungsgesellen, im § 120a und 120b der Gewerbeordnung für Gewerbegehilfen wiederholt und dahin spezifiziert, daß die Einrichtungen usw. so zu treffen sind, daß der Arbeiter, soweit die Natur des Betriebes es gestattet, gegen eine Gefährdung seiner Gesundheit geschützt ist. Diese Schutzvorschrift sei durch die Inbetriebsetzung der schadhaften Leiter verletzt. Nichtin liege dem Chef volle Schadenersatzpflicht ob. Wenn auch die Firma einen Vertreter bestellt habe, so sei sie doch nach § 278 B. G. B. für die Verschulden dieser Vertreter haftbar.

Das Landgericht Duisburg sah den mangelhaften Zustand der Leiter und das Verschulden der Geschäftsinhabers für erwiesen an und verurteilte die Beklagte zur Zahlung von 140 und 35 M. und erkannte den übrigen Schadenersatzanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt an. Die von der Beklagten gegen das landgerichtliche Urteil eingelegte Berufung wurde vom Oberlandesgericht Hamm als unbegründet zurückgewiesen. Auf die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision hin wurde das Urteil soweit es die 140 M. Juniabgabe wegen der verspäteten Kündigung betraf, vom Reichsgericht bestätigt, im übrigen aber aufgehoben und die Sache zur weiteren Feststellung über den Zustand der Leiter und das daraus eventuell abzuleitende Verschulden der Vertreter der Beklagten an das Berufungsgericht zurückverwiesen. In der erneuten Verhandlung entschied das Oberlandesgericht abermals vollständig zugunsten der Klägerin. Dies Urteil ist jetzt vom III. Zivilsenat des Reichsgerichts bestätigt.

Dieselben Grundsätze, die hier das Reichsgericht für die Haftung des Chefs einer Handlungsgesellschaft gegenüber zur Anwendung gebracht hat, gelten für die Haftung aller Arten Arbeitgeber (Gewerbeunternehmer, Handlungsbesitzer, Dienstverpflichteter u. so weiter), sofern die Arbeiter nicht der reichsgesetzlichen Unfallversicherungspflicht unterliegen und die Arbeitgeber dadurch von einer persönlichen Haftung befreit sind.

Handel mit Menschenfleisch.

Die Verletzung von Streikbrechern scheint sich zu einem fixen Handelsgewerbe auszubilden zu wollen. In Nürnberg haben sich schon wiederholt Angelegenheiten bemerkt gemacht, daß das Bauunternehmertum für nächstes Jahr einen großen Schlag gegen die Arbeiter plant, um die Errungenschaften der letzten Jahre wieder illusorisch zu machen. Dieses Vorhaben ist auch schon bis zu auswärtigen Streikbrecherleitetanten gedrungen, wie aus einem Schreiben hervorgeht, das an Nürnberger Bauunternehmer gelangte. Dieses bedeutungsvolle Dokument lautet:

„Verktm. Datum des Poststempels, Erdenerstraße 30.“

Bei bevorstehenden Streiks bin ich in der Lage, Ihnen in kurzer Zeit für Ihren Betrieb Arbeitswillige in großer Menge zu beschaffen. Als Mitglied des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und Umgebung habe ich im Sommer 1907 viele Arbeitswillige herbeigezogen, so daß wir einen Sieg davongetragen haben.

Sollten Sie gewillt sein, mir die Beschaffung von Arbeitswilligen für Ihr Streikgebiet zu übertragen, so senden Sie mir bitte alle Informationen und Aufträge. Auch empfehle Ihnen Affordmaurer und Zimmerer zu kulantem Bedingungen. Ich beanspreche für meine Tätigkeit pro Mann 5 M. und freie Reise. Sie müssen, da Sie mindestens vier Wochen früher wissen, wann die Willigen bzw. Arbeiter in den Streik treten wollen, mir dies mitteilen. Jedoch müssen Sie das Fahrgehalt bzw. Ankosten vorher einschicken, auch muß für sichere und ordentliche Quartiere gesorgt werden.

Ergebnis

Otto Wendt, Maurermeister Mitglied des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und Umgebung.

Der Streikbrecher wird also zu einem richtigen Handelsartikel, dessen Engrosvetrieb gleich dem jeder anderen Ware organisiert, und der um den Preis von 5 M. pro Stück nach jedem beliebigen Orte verschifft wird.

Aus der Frauenbewegung.

Das Reichsvereinsgesetz.

In einer öffentlichen Frauenversammlung im Dresdener Kasino, die zum Donnerstag von der sozialdemokratischen Vertrauensperson eiderufen war, erörterte Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine nach einer allgemeinen Einleitung über die vereinsrechtlichen Zustände in den deutschen Bundesstaaten die Frage, welche Stellung zu der bevorstehenden Einführung eines Reichsvereinsgesetzes einzunehmen sei. Unter anderem führte er aus: Vor allem hätten wir einzutreten für unser Prinzip der absolut unbefchränkten Freiheit des Vereins- und Versammlungswesens. Aber wir hätten noch weiteres zu tun. Gewiß werde die Regierungsvorlage neben dem Schlechten, was nach den bisherigen Verlautbarungen zu befürchten sei, gewisse Erleichterungen bringen. Daß sie ausgebeutet würden, wie irgend erreichbar, müsse unsere Sorge sein. Zweitens müßten wir dem vorzudeuten trachten, daß gesetzliche Rechte nicht nachträglich durch die Praxis von Verwaltung und Justiz beseitigt würden. Wir müßten ja vom Koalitionsrecht, das 1869 im weitesten Maße gegeben wurde, wie es durch Polizei- und Verwaltungsprozedur im Verein mit der Justiz eingezogen worden sei, so daß kaum mehr der bloße Name bestesse. Als Vorkarbeit dienen zwei Dinge: erstens der von den Sozialdemokraten in jedem Jahre eingebrachte freiheitliche Entwurf und dann die Beschlüsse der Kommission, die 1895/96 tagte, um den sozialdemokratischen und einen freisinnigen Entwurf zu beraten. Die Beschlüsse der Kommission seien im wesentlichen von einer Wehrheit aus Zentrumslisten, Sozialdemokraten und Freisinnigen getragen worden. Bei den bevorstehenden Beratungen im Reichstag werde man dem Zentrum und dem Freisinn vorkommen müssen, was sie damals mit beschlossen hätten, und daß sie zum mindesten nicht dahinter zurückgeben dürften. Allerdings wäre es leicht möglich, daß alle Vorhaltungen, die wir diesen Herren machten, an ihrem Rhinogradell abprallten. Trotzdem, es müsse versucht werden. — Den Einzelbetrachtungen sei vorauszuschicken, daß alle Beschränkungen, die etwa das Vereinsrecht der Frauen treffen sollten, ohne weiteres von uns abgelehnt würden. Wie die Dinge lägen, sei für die Frauen weniger zu befürchten; sie würden wahrscheinlich Vorteile erlangen. Aber im übrigen werde viel zu tun sein, das Gesetz, über das Regierung und Volk jedenfalls schon einen Vorkurs zu ziemlich abgeschlossenen hätten, einigermaßen anszugestalten. — Redner verweist nun auf die bekannte Judikatur, die sich herausgebildet hat mit Bezug auf § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, betreffend die sogenannten politischen Vereine, und mit Bezug auf § 2, der Vereine behandelt, welche auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wollen. In den Vereinen, die in Versammlungspolitische Gegenstände erörtern (§ 8), rechnet man unsere Wahlvereine. Man könne es aber auch anders. Eine ganze Reihe von Jahren durch seien Gewerkschaften polizeilich und nachher gerichtliche geschlossen worden, weil sie politische Gegenstände in Versammlungen erörterten. (Damals galt noch das Verbot des Inverbindungsretens politischer Vereine.) Oder es seien andere Schikanierungen unter Verletzung auf das Gesetz auf diesem Grunde geübt worden. Nach unserer Rechtsprechung sei politisch, was den Staat oder seine Organe und Befehle betreffe sowie jede Bestrebung, die auf die Gesetzgebung oder Verwaltung des Staats einwirken wolle. Das könnten tatsächlich Verwaltung und Justiz, wenn sie wollten, auch auf die Gewerkschaften beziehen. Darum gelte es, wenn entgegen unserem Willen politische Vereine überhaupt wieder einer Beschränkung unterworfen würden, vor allem einzusetzen: ausgeschlossen sind die Gewerkschaften. Von den Bestimmungen über politische Vereine müssen aber auch ausgeschlossen werden die Bildungsvereine, sowie die Vereine und Zusammenkünfte, die die körperliche Ausbildung und Pflege der Menschen betreffen. Redner verweist auf die Schikanierung der freien Turnvereine, die Überwachung und Bevormundung von Bildungsvereinen usw. Es gelte klare und deutliche Bestimmungen zu treffen, die für die Zukunft den Unruh ausschließen, daß die freien Turnvereine für politische Vereine erklärt und den entsprechenden Beschränkungen unterworfen würden. — Den vereinsrechtlichen Bestimmungen gänzlich zu entziehen seien solche Organisationen kleinerer Art, wie wir sie vielfach hätten (Kommissionen, Ausschüsse, Delegationen, Gewerkschaftskomitees). Hier und dort würden sie nicht als Vereine behandelt, wo anders aber doch. Eine Fülle von Schwereiten auf diesem Gebiete vermöchte Redner aus seiner Anwaltspraxis anzuführen. Velenbergs lag der Fall der dreiköpfigen Frauenagitationskommission in Rheinland, der für einen Verein erklärt wurde, der bezwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern, nämlich in von ihr einberufenen Versammlungen. Nach Heines Meinung wäre zu bestimmen, daß „Vereine“ nur seien: auf die Dauer berechnete organisierte Gemeinschaften einer größeren Anzahl von Personen, welche ohne Auftrag Dritter zusammentreten, um durch ihre Organisation gemeinsame Zwecke zu erreichen. Und wenn überhaupt, dann wären nur solche Vereine irgend welchen Pflichten zu unterwerfen, welche bezwecken, auf den Staat und seine Befehle einzuwirken durch öffentliche Erörterungen in Volksversammlungen. — Ins grenzenlose geht auch die Begriffsbestimmung, was Versammlungen seien in Preußen bei Anwendung des § 1 des Gesetzes, der die Anmeldung von Versammlungen vorschreibt, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen. In der Provinz würden immer noch Verfassungskonferenzen als solche angesehen und in einer Stadt Potsdam sei sogar die Sprechstunde des Arbeiterssekretärs, die er in seinem Bureau abhielt, als solche Versammlung angesehen worden. Hier sei auch die Erinnerung an den Fall eines sozialistischen Frankfurter Arztes angebracht. Man behandelte einfach gesetzliche Zusammenkünfte in seiner Wohnung zur sozialwissenschaftlichen Zeit als Versammlungen. Es sei eine bessere Definition des Begriffs der Versammlung zu finden, als sie heute Kammergericht und Reichsgericht mit ihrer: „Nicht zu kleinen Zahl von Personen, die usw.“ ausstellten. Es müsse besonders bestimmt werden, daß alle derartigen Zusammenkünfte in engeren Kreisen und an Orten privater Natur keine Versammlungen seien. Man sei ja keinen Augenblick sicher, daß mancher Unruh wieder und mancher hinzukomme. Seit zwei Jahrzehnten habe er beobachtet können, wie die Woden in der Verhandlung des Vereins- und Versammlungswesens durch Verwaltung und Justiz wuchsen. Es ging dem Staat und seinen Organen wie einem kranken Menschen, der sich bald hier kratzt, bald dort, bald wieder wo anders. Das sei immer ein Beweis gründlicher Faulheit der Justiz. — Alle Beschränkungen von Versammlungen unter freiem Himmel müßten fallen, und eine Beschränkung des Versammlungswesens auf öffentlichen Straßen und Plätzen, die dem öffentlichen Verkehr dienen, dürfte höchstens gestattet sein, wenn dadurch der öffentliche Verkehr in einer das Gemeinwohl hemmenden Weise gehindert werden würde. Diese Einschränkung der Versammlung würde nicht ganz helfen, aber doch gegen gewisse Mißbräuche. Man denke daran, wie heute z. B. Streikposten selbst auf bedeutend menschenleeren Straßen zu Verkehrshindernissen gestempelt würden. — Die Anmeldung von bestimmten Vereinen und die Einreichung von Statuten solle scheinbar beibehalten werden. Die vielen Schikanierungen, die heraus bisher entsprangen und von denen Redner einige anführt, könnten verhindert werden durch eine Bestimmung, daß die Anmeldung des Vereins lediglich am Tage des Zentralvorstandes zu erfolgen habe. — Einen brennenden Streit werde das beabsichtigte mehr oder minder direkte Verbot der Benutzung fremder Sprachen in Versammlungen entfechten, wodurch der größte Teil der polnischen Arbeiterschaft um sein Versammlungs- und Koalitionsrecht gebracht werden würde. In dieser Beziehung sei dem Freisinn nicht die Spur zu trauen; er werde voraussichtlich die ständelose Bestimmung apportieren. — Es müßte versucht werden, eine Anzahl Bestimmungen in das Vereinsgesetz hineinzubringen, die eigentlich nicht hinein gehörten. Redner unterzog einer ägenden Kritik die Beschränkungen des Vereins- und Versammlungswesens mit Hilfe der Polizeistunde, der

Schankperren und der Polizeiverordnungen über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage. Es sei notwendig, auch hierdurch einen Strich zu machen, indem zweckmäßige Bestimmungen geschaffen würden. Wie der Fall Kagenstein zeige, greife jetzt auch die Schulbureaukratie in das Vereins- und Versammlungsrecht ein. Die Schulbureaukratie nehme neuerdings in Anspruch, auch den an Grobgebirge erteilten Unterricht einer Konzession zu unterwerfen, wenn er die Gegenstände des höheren Unterrichts, die bei staatlichen Prüfungen gefordert werden, betrifft. Da nun jeder wissenschaftliche Vortrag mehr oder weniger solche Gegenstände betreffe, sei zu befürchten, daß die Schulbehörde jede solche Versammlung als Unterricht erklären und eine Konzession dazu verlangen könnte, die natürlich Sozialdemokraten nie erteilt werden würde. Die Schulbehörde könne kolossale Geld- und Gefängnisstrafen im Verwaltungsweg, administrative Gefängnisstrafen festsetzen, gegen die es nicht einmal einen Rekurs an die Verwaltungsgerichte gebe. Es gelte eine gelegentliche Bestimmung zu schaffen, die dem ebenfalls einen Niegel vorspiele. — Bessere Gesetze machten es ja allein nicht, da es auch auf die Anwendung ankomme. Trotzdem sei es unsere Aufgabe, unsere Erfahrungen zur Verbesserung der Gesetze zu verwenden. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — Nachdem Genosin Fahrenwald eine glänzende Ansprache an die Frauen gerichtet hatte, schloß die Versammlung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Groß-Richterfeld und Umgegend. Montag, den 18. November, und Montag, den 19. Dezember, fällt der Lesabend aus.
Friedrichshagen. Montag, den 18. November, 8 1/2 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof: Vortrag, Genosin Jeepe.

Gerichts-Zeitung.

Ein Heiratsvermittler auf der Anklagebank.

Der wegen Heiratsannoncenschwindel vom Nizdorfer Schöffengericht, wie wir am 7. September mitteilten, zu drei Monaten Gefängnis verurteilte „Privatdetektiv“ Ernst Rodrian, in dessen Viertelmillionen-Heiratsbuch nach der schöffengerichtlichen Feststellung über 1800 Dumme gefangen wurden, stand gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II als Verurteilten. Verurteilung war von der Staatsanwaltschaft und von dem Angeklagten eingeleitet. Der gestrige Termin verlief nach längerer Verhandlung der Vertagung, damit die kommissarisch vernommenen Zeugen persönlich vor Gerichtsstelle im neuen Termin erscheinen.

Am 12. September konstatierten wir, daß u. a. folgende Zeitungen das hohnhebbende Betrugsinfanat, aber keine Zeile über die Beurteilung ihres Inzerenten gebracht haben:

„Völsdamer Tageszeitung“, „Münchener Allgemeine Zeitung“, „Berliner Fremdenblatt“, „Leipziger Neue Nachrichten“, „Dresdener Neueste Nachrichten“, „Greifswalder Zeitung“, „Magdeburgerische Zeitung“, „Kostener Zeitung“, „Berliner Zeitung“ (Sächsische).

Eine Reimwächung der von uns zitierten Zeitungen hat inzwischen die „Literarische Praxis“ versucht. Ihr Versuch kennzeichnet trefflich den Charakter der bürgerlichen Zeitungen als reiner Erwerbsgeschäfte. Die „Literarische Praxis“ ist über unsere Bemerkung entrüstet, „da doch die große Mehrzahl der Redaktionen keinen Einfluss auf die Bestattung des Annoncenscheitens“ usw. Na, nach der „Literarischen Praxis“ soll unsere Feststellung, daß die Blätter, die die offensichtliche Schwindelannoncen

„Eine Waife mit 250 000 M. Vermögen möchte sich bald verheiraten“ ausnahmen und durch ihren redaktionellen Teil redlich bemüht sind, die Dummheit ihrer Leser eiträgt zu stärken, wenn auch nicht im strafrechtlichen Sinne ebenso schuldig wie der Angeklagte seien, gereicht sein, „das Ansehen der Presse zu untergraben“. Die „Literarische Praxis“ nennt sich offizielles Organ des „Deutschen Schriftstellerverbandes“, des „Deutschen Schriftstellerinnenverbandes“, des „Deutschen Lehrer-Schriftstellerbundes“, des „Berliner Journalisten- und Schriftstellervereins (Arbeiterklub)“, des „Vereins Berliner Journalisten“, des „Hannoverschen Journalisten- und Schriftstellervereins“, des „Leipziger Schriftstellervereins“, des „Württembergischen Journalisten- und Schriftstellervereins“, der „Freien Vereinigung Magdeburger Redakteure“, des Vereins „Hüringer Presse“, des „Journalisten- und Schriftstellervereins Würzburg“, des „Vereins Münchener Berufsjournalisten“, des „Journalisten- und Schriftstellervereins zu Leipzig“, der „Leipziger Journalisten- und Schriftsteller-Krankenkasse“, des „Deutschen Journalisten-Vereins für die österreichischen Alpenländer“ usw. usw. Demnach hält also das offizielle Organ der bürgerlichen Zeitungen und bürgerlichen Schriftsteller es für durchaus richtig, daß offensichtliche Schwindelannoncen in bürgerlichen Zeitungen Platz finden, da ja die Zeitung für die bürgerlichen Parteien und erst recht für die bürgerlichen Verleger nur ein Geschäft ist. Vielleicht bemüht sich die „Literarische Praxis“ nachträglich, sich die Kenntnis anzueignen, daß offensichtliche Schwindelannoncen in sozialdemokratischen Blättern nicht aufgenommen werden. Wenn sie ihren Einfluss dazu verwenden würde, daß die von ihr vertretenen Vereine dahin wirken, daß behaltes auch in bürgerlichen Zeitungen Platz greift, so würde sie weniger „das Ansehen der Presse untergraben“, als durch ihre völlig verfehlten Anstrengungen des „Vorwärts“.

Zur Erinnerung an meine Dienstzeit.

Unter dieser patriotischen Flagge segelte seit mehreren Jahren der „Kriegsinvalide“ Gustav Adolf Woog, Linienstr. 69 in Berlin wohnhaft. Die Eigenartigkeit seines Geschäftsbetriebes führte ihn kürzlich vor das Schöffengericht Berlin unter der Anklage des mehrfachen Betruges.

Der Angeklagte Woog betrieb seit einer Reihe von Jahren unter der obigen Firmenbezeichnung: Zur Erinnerung an meine Dienstzeit“ den Verkauf von Militärdenkmal-Erinnerungsandenken. Bald firmierte er Gustav Woog, dann wieder A. Woog, auch Woog u. Comp. oder Woog u. Sohn. Vor etwa drei Jahren kam ihm der Einfall, statt der einfachen Erinnerungsandenken, deren Vertrieb immer mühseliger und schwieriger geworden, nunmehr gleich fertige Fabrikationsgeschäfte für diese Dienst-Erinnerungsartikel zu verkaufen. — Um diesen Geschäften nun einen Wert zu geben und um den Ansehen zu erweiden, als handle es sich um wertvolle Kunstwerke, meldete Woog die bislang von anderer Seite bezogenen, und längst bekannten Dienst-Erinnerungsandenken zum Musterkauf an. Da den seitherigen Fabrikanten dieser Artikel die Woogische Musteranmeldung wohl nicht bekannt geworden, und somit ein Einpruch gegen diese Anmeldung nicht erhoben worden war, so war Woog auch der Musterkauf erteilt worden. Nun konnte Woog seine Geschäfte, die als Inventar nur eine Anzahl billig erstandener Geschosse und einige sonstige Zutaten, Handwerkszeug usw. enthielten, als Goldgruben und Millionengeschäfte anpreisen. Er selbst nannte sich: „Alleiniger Fabrikant in Deutschland dieser Branche“. Auf diese Weise war es dann Woog gelungen, innerhalb zwei Jahren sein Geschäft mit Firma und mit Musterkauf mehrmals hintereinander zu verkaufen. Damit seine unwahren Angaben in bezug auf Abgang von Militärandenken den betreffenden Käufern glaubhafter erschienen, versprach Woog für den neuen Käufer und „zukünftigen alleinigen Fabrikanten dieser Branche“ zu reisen und verpflichtet sich ferner, ein größeres Quantum Ware auf seine Rechnung und gegen bar zu kaufen. — War dann aber von dem Käufer kein Geld abfließen, sondern nur seine Opfer sitzen, und da der Abgang dieser Artikel infolge allgemeinen Verbotes eines Verkaufens in der Kaiserzeit sehr schwierig war, so gab der erste bezog. zweite Käufer des Woogischen Millionengeschäfts die Fabrikation bald wieder auf. Darauf aber hatte Woog andauernd nur gewartet; flugs war er bei der Hand an irgend einer anderen Stelle in Berlin wiederum ein Geschäft mit hülfem Geschäftsmaterial usw. und einigen Mustern eingerichtet, seine wertlosen Musterstücke als unbezahlbar

werblich hinzustellen, und schon wieder gelang es ihm unter goldigen Versprechungen, einen Käufer zu finden, der denn auch bald, aber leider zu spät, bemerken mußte, daß er das Opfer eines Betruges geworden.

Der Staatsanwalt bezichtigte das Treiben des Kriegsinvaliden Woog als von recht niedriger Gesinnung zeugend und beantragte gegen den mehrfach vorbestraften (auch wegen Betrugs mit zwei Jahren Gefängnis) eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren und drei Jahre Ehrverlust.

Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Wegen Beleidigung der Berliner Schymannschaft

mußte sich gestern der Hauseigentümer und Rentier Paul Schneider vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Eine in der Erregung gemachte unvorsichtige Äußerung führte den Angeklagten vor den Strafrichter. Der Angeklagte ist Besitzer eines größeren Mietshauses im Südwesten der Stadt. Durch veraltete Anzeigen und Beschwerden, die bei der Polizeibehörde eingingingen, wurde diese veranlaßt, das Haus zu observieren. In dem Hause des Angeklagten wohnten einige Mädchen, die des Nachts in der Friedrichstraße spazieren gingen und selten ohne Begleiter nach Hause kamen. Ueber die Observation des Hauses beschwerte sich ein der Mädchen bei dem Hauswirt. Als eines Nachts wieder ein Schymann in der Nähe des Hauses auf und ab patrouillierte, äußerte der Angeklagte zu einer Mieterin: „Wenn Sie dem eine Karte geben, ist es gut und er drückt beide Augen zu!“ Diese Äußerung wurde weiterfortgeleitet und gelangte schließlich zur Kenntnis der Polizei. Für den Angeklagten hatte diese unvorsichtige Äußerung ein sehr unangenehmes Nachspiel. Denn seitens des Polizeipräsidenten wurde gegen ihn Strafanklage wegen Beleidigung der Berliner Schymannschaft gestellt. Das Schöffengericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf die hohe Strafe von drei Wochen Gefängnis.

„Aufruhr!“

Die Revision in dem bekannten Waidauer Aufruhrprozess ist am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen worden. Ein Polizeistandort war es wieder einmal, der die Veranlassung zu der Staatsaktion gab, die acht unserer Genossen ins Gefängnis brachte. Im Juli vorigen Jahres war der Maurer Spigner mit dem Transporteur einer Truppe Streifbrecher, dem Schymanne Geipel, in Konflikt gekommen und hatte von dem Polizisten „aus Versehen“ eine Ohrfeige bekommen. Das „Sächsische Volksblatt“ in Waidau hatte die Behörde zum Einschreiten aufgefordert, doch wurde das Verfahren gegen Geipel „mangels Beweises“ eingestellt. Zehn Tage darauf hatten nunmehr mehrere Former einen Ausflug gemacht und waren auf dem Rückwege im „Feldschlößchen“ in Köhlau eingeleitet, wo Maurer Spigner den Langordner machte. Später kam der Schymanne Geipel als Schankhausdiener dorthin, und nun soll Spigner von Tisch zu Tisch gegangen sein und gesagt haben, daß sei der, der ihm die Ohrfeige gegeben habe. Das sei das Signal zum Standal gegeben. Die Angeklagten hätten Geipel geschubst, beleidigt und so eingeschlossen, daß er sich „nicht rühren“ konnte und ganz wehrlos gewesen sei. Das habe sich dann fortgesetzt, als Wachmeister Rumpelt gekommen sei. Besonders wird den Angeklagten noch zur Last gelegt, daß Brüdner den Geipel vor die Brust gestoßen, Solbach ihn mit dem Stock über den Kopf geschlagen haben soll; Geigener hätte ihm das Seitengewehr entreißen wollen, während Rai dem Wachmeister den Kopf zerrissen hätte, und anderes mehr.

Diese angeblichen Tüchlichkeiten sind indessen nur Mutmaßungen, Kombinationen der beiden Beamten. Beweise sind nicht zu erbringen gewesen. Wohl habe man den Schymanne gefesselt, auch sei am Duffel Gebränge gewesen, aber nicht mehr als gewöhnlich. Die Beamten hatten früher ganz abweichende Angaben gemacht und erst nach und nach hatte sich die Anklage bis zum Aufruhr entwickelt.

Die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiterinnen in der Wäscherei und Plätterei.

Wegen Gewerbevergehen ist am 10. Juni vom Landgerichte Hagen der Wäschereibesitzer Wilhelm Wortmann zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er seine jugendlichen Arbeiterinnen Sonnabends noch nach 5 1/2 Uhr in der Plätterei beschäftigt hat. Das Gericht hat den Wäscherei- und Plättereibetrieb als einen einzigen Fabrikbetrieb angesehen, obwohl nur in der Wäscherei ein Motor verwendet wird, die Plätterei aber für sich einen reinen Handvertrieb bildet. — In seiner Revision verwies der Angeklagte darauf, daß beide Betriebe insofern ganz unabhängig von einander seien, als manche Leute bereits gewaschene Kleidungsstücke nur zum Plätten bringen. Der Reichsanwalt erklärte die Feststellung, daß es sich um einen einheitlichen Betrieb handle, für um so mehr zutreffend, als die im vorigen Jahre erhobene Statistik ergeben habe, daß von sämtlichen Wäschereien nur 1/3 Proz. nicht zugleich Plättereien sind. Trotzdem müsse das Urteil aufgehoben werden, weil die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter nicht berücksichtigt worden sind. Darin werde bestimmt, daß in Werkstätten mit weniger als 10 Arbeiterinnen über 16 Jahre — um eine solche handelte es sich hier — an 40 Tagen im Jahre bis 10 Uhr abends beschäftigt werden dürfe. Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, Verzeichnisse anzulegen und die betr. Tage in diese einzutragen, und sie sind verpflichtet, diese Verzeichnisse der Polizei vorzulegen. Ueber alles dies sagt aber das Urteil nichts. — Das Reichsgericht hob am Dienstag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Versammlungen.

Volksarbeiterverband. Der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung der Passivisten Berlin lag der Kostenbericht für das 3. Quartal vor. Derselbe zeigt für die Hauptkasse eine Einnahme von 137 572,60 M., eine Ausgabe von 157 719,02 M. Davon kommen auf Unterhaltungen an Arbeitslose auf der Reife 2064 M., am Orte 37 679 M., an Streikende 9335 M., an Kranke 6122 M., an Gemahregelte 2111 M., in Sterbefällen 1940 M., bei Unglücken 1489 M., bei Reisenden 35 M., für Rechtschutz 2157 M. Die Sozialkasse zeigt eine Einnahme von 317 451,32 M., eine Ausgabe von 218 111,08 M., davon entfallen auf Unterhaltungen für Auswahrgelerte 90 M., für Streikende 7225 M., für Gemahregelte 802 M., für Arbeitslose 18 036 M., für Kranke 38 449 M., für Rechtschutz und Geldstrafen 3042 M., Extraausstattung 393 M. — Der Kassierer Riefe führte aus, das 3. Quartal gebe kein befriedigendes Bild. Die Beiträge seien nicht so zahlreich eingegangen wie sonst und die Arbeitslosenunterstützung habe erheblich größere Ausgaben verursacht, als in derselben Zeit des Vorjahres erforderlich waren. Während sonst im 3. Quartal immer reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden war, mochte sich im 3. Quartal dieses Jahres eine starke Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Aussperrung erforderte eine Gesamtausgabe von 2 312 379 M.

Glode erstattete den Vorstandsbericht. Am 8. Quartal wurden abgehalten 1 Generalversammlung, 2 Gesamtertrauensmännerversammlungen, 106 Bezirks- und Branchenvertrauensmännerversammlungen, 13 Verwaltungssitzungen, 1 Sitzung mit den Obmännern. Die Verwaltung beschäftigte sich in den Sitzungen 62mal mit Streits und Differenzen; 35 Kollegen wurden als gemahregelt anerkannt, 40 erhielten Vorlesen und Unterhaltungen, 75 Kollegen erhielten Rechtschutz, davon betrafen 31 Fälle Streilvergehen. — Die Zeichen der plötzlich hereingebrochenen Krise machen sich in verschiedener Weise bemerkbar. Unter anderem auch darin, daß eine große Zahl von Differenzen zu erledigen waren wegen der vertragsmäßig zu gewährenden Lohnerrhöhung von 5 Proz. Viele Kleinmeister erklärten, es sei ihnen nicht möglich, die 5 Proz. zu zahlen. Es bedurfte oft langer Verhandlungen und Untersuchungen, ehe die Differenzen dieser Art beseitigt werden konnten. Auch in Werkstätten, die nicht unter den Vertrag fallen,

lagen eine Reihe von Differenzen vor. Mit den Kräftebesitzern wurde ein Vertrag abgeschlossen. — Die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie ist gegenwärtig außerordentlich groß. Das gebe jedoch keinen Grund zu pessimistischen Anschauungen. Immerhin sei in der Zeit der Krise eine gewisse Vorsicht bei Differenzen und Konflikten geboten. Natürlich dürfe niemand in der Agitation für den Verband erlahmen, damit die Organisation auch während der Krise stark und leistungsfähig bleibe.

Gült erstattet den Bericht über den partiellen Arbeitsnachweis. Wie immer im 3. Quartal, so war auch diesmal die Nachfrage nach Arbeitskräften ziemlich lebhaft, aber doch erheblich geringer wie sonst um diese Zeit. Die Zahl der Arbeitslosen war um 2-300 höher wie im 3. Quartal des Vorjahres. Trotzdem konnten nicht alle eingelaufenen Adressen besetzt werden. Namentlich in der Bauindustrie herrscht eine recht schlechte Konjunktur. Hier ist die Arbeitslosigkeit etwa dreimal so stark wie im vorigen Jahre. Im ganzen waren aus dem Arbeitsnachweis 10 697 Arbeitssuchende eingeschrieben. 7990 Adressen gingen ein, davon wurden 5924 besetzt. Die höchste Zahl der Arbeitslosen, 1328, war am 2. Juni, die niedrigste Zahl, 821, am 8. September zu verzeichnen. Seit Anfang Oktober steigt die Zahl der Arbeitslosen von Woche zu Woche. In dieser Woche betrug sie 2034.

Späthe gab den Bericht vom Arbeitsnachweis des Verbandes, 578 Adressen gingen ein, 311 Stellen wurden besetzt.

Maas gab den Bericht über Streits und Differenzen. Gestreift wurde in 21 Betrieben mit 884 Arbeitern. 19 Streits hatten Erfolg, 2 verliefen erfolglos. In 38 Betrieben mit 708 Arbeitern wurden Forderungen ohne Streit durchgesetzt. — In der Schlichtungskommission sind 115 Anträge eingegangen. Ein Teil derselben betraf die 5prozente Lohnerrhöhung. In 8 Sitzungen wurden Berufsdifferenzen erledigt, eine Sitzung beschäftigte sich mit der Angelegenheit der Bautischler, 4 Sitzungen mit dem Tarif der Bautischler und Einseher und 5 Sitzungen verhandelt über den Tarif der Stodarbeiter. Mit der Angelegenheit der Bautischler beschäftigte sich auch das Einigungsamt. Die endgültige Entscheidung steht noch bevor. Wegen des mit einigen Unternehmern verlangten Wochenschlusses am Freitag ist das Einigungsamt angerufen worden, es hat den Parteien empfohlen, sich über diesen Punkt zu verständigen, im übrigen aber erklärt, daß die Arbeitgeber nach dem Vertrage nicht berechtigt sind, mit betraglichen neuen Wünschen hervorzutreten.

Die Kontrollkommission zählte im 3. Quartal 450 Mitglieder und hielt 252 geschäftliche und 1917 Werkstättungen ab. 2329 Werkstätten mit 85 636 Kollegen, von denen 21 882 erschienen, nahmen an diesen Sitzungen teil.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Verwaltungsstelle II hielt am 14. November im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende Werner einige Mitteilungen über Angelegenheiten der Organisation gemacht hatte, wurde der Kassenbericht vom 3. Quartal vorgelegt. Die Einnahmen samt dem alten Kassenbestande beliefen sich auf 113 677,39 M., die Ausgaben, darunter 60 406,75 M., die an die Hauptkasse abgeliefert wurden, auf 87 002,22 M., so daß der Kassenbestand am Quartalschluß 25 685,17 M. betrug. Mitglieder hatte die Verwaltungsstelle zur selben Zeit 21 601. — Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer Steinke einstimmig Decharge. Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, Geschäftsbericht, wurden u. a. einige Beschwerden über den Arbeitsnachweis laut, die aber, wie die Debatte ergab, wohl ihre eigentliche Ursache darin hatten, daß bei der außerordentlich großen Zahl von über 500 Arbeitslosen sich leicht einmal ein Kollege bei der Arbeitsvermittlung benachteiligt glaubt, obwohl gewissenhaft verfahren wird. — Zum Schluß der Versammlung bemerkte der Vorsitzende, daß die kürzlich beschlossene Beitragserhöhung von 40 auf 50 Pf. keineswegs einen Rückgang der Mitgliederzahl zur Folge gehabt hat, man vielmehr für die Zukunft mit einer Steigerung der Mitgliederzahl rechnen kann. Man müsse auch, sagte der Redner, jetzt, wo die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ungünstig liegen, um so mehr dafür sorgen, daß die Organisation stark dastehet, die Einigkeit hochgehalten wird. So werde man am besten die Zeit der Krise überwinden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektion (Großhandel) Sachgemäß la 88 70 pr 100 Wb., la 88 67, Ma 56 55, Bullenfleisch la 65-70, Ma 53-62, Röhre, feil 50-52, da mager 40-48, freier 54-62, Bullen, dünne 54-67, Raubfleisch, Doppellender 110-125, Raubfleisch la 85 95, Ma 73-82, Räder ger. gen. 56-71, da. hell. 48-54, da. 0,00, Hammelfleisch Marktmetter 76-78, Hammel la 68-72, Ma 62-67, ungar. 0,00, Schafe 47-60, Schweinefleisch 53-61, Rehwild la per Hund 0,60-0,75, Ma 0,45-0,58, Rotwild la per Hund 0,40-0,55, da. Ma 0,00, da. Räder 0,45-0,50, Damwild 0,40-0,50, Räder 0,55-0,70, Wildschwein per Wb. 0,35-0,50, Ferkel 0,60-0,80, Kaninchen, groß per Stück 0,70-1,00, da. klein 0,00, Hahn, groß per Stück 3,50-3,80, da. mittel u. klein Stück 1,50-3,80, Waidenten per Stück 1,50-1,75, Rebhühner, junge per Stück 0,90-1,35, da. alte 0,60-0,90, Fasanenbänne la, junge 2,50-2,75, da. Ma und alte 1,00-2,10, Fasanenbänne 1,00-1,90, Beschaffene 0,00, Waldschneepfen per Stück 2,00-2,50, da. Ma 0,50-1,50, Dohner, alte, per Stück 1,50-2,10, da. Ma 0,95-1,25, dito junge 0,50-1,25, Tauben 0,20-0,50, da. hal. 0,85-0,90, Enten 1,20-2,50, dito Hamburger per Stück 2,60-3,10, Gänse per Hund 0,50-0,62, also per Stück 2,50-4,00, da. Hamburger per Hund 0,65-0,75, da. Dindkräuter per Wb. 0,35-0,62, Waisel per Stück 0,90-1,10, Deutsche Boullarden per Wb. 0,00, Dreite per 100 Wb. 74-85, da. matt 0,00, da. groß 0,55 da. klein 0,00, da. mittel 0,00, Famber 0,00, da. klein 103, matt 0,00, Schelle, unsortiert 0,00, da. groß 112-120, da. klein 103-110, hals, groß 0,00, da. klein und mittel 75, da. mittel 68-84, da. klein 70, da. groß-mittel 0,00, Weiß 0,00, Büßeln 50, Korbmann 0,00, Karpen, 60 er 64-86, da. 50 er 63-85, da. Spiegel, 25 er 0,00, da. 50 er 0,00, Bunte Fische 0,00, da. klein 0,00, Barje 61-75, Raubfische 78, Hele, matt 25-33, da. 47, Klans 42-50, Raup 0,00, Quappen 0,00, Weißfische 0,00, Winter-Ahminlaas 0,00, Amerik. Hech la neuer, per 100 Wb. 110-130, da. Ma neuer 90-100, Seelachs 10-20, Blumens, Aelzer, Stiege la 2-6, mittel Stiege 1-2, Gamb. Stiege 4-6, halbe Stiege 2-3, pomm. la Schod 0,00, Ma 0,00, Bärlinge, Aelzer per Waal 2-3,00, Straußener 0,00, engl. per Waal 2,00-2,50, Eprotten, Danziger, Risse 0,90, da. Ragenwader, Risse 0,80, Hais, groß per Hund 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe per Schod 5,00-9,00, Schellfische, Risse 3,00-4,00, 1/2 Risse 1,75-2,50, Sardellen, 1902 er per Kasser 95, 1904 er 95, 1905 er 98, 1906 er 90-95, Schattische Vollheringe 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, mod. 33-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Rattes, der 1/2, 50-120, Sardinen, russ. Hag 1,50-1,60, Brauteringe Hag 1,30-1,40, da. Schiffe (4 Liter) 1,40-1,70, Kammungen, Schodsch 11, da. kleine 5-8, da. kleine 14, Krebse per Schod 0,00, große 0,00, da. mittelgroße 0,00, da. kleine 10-11 cm 0,00, da. unsortiert 0,00, Gattiger, groß 0,00, da. unsortiert 0,00, Eier, Land, unsortiert per Schod 5,30-5,80, da. große 6,00-6,50, Butter per 100 Wb. la 125-130, Ma 115-122, Ma 110-116, ablaufende 90-95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Pfeffergurken 4,00, Kartoffeln per 100 Wb. Daberje 2,75-3,25, weiche runde 2,50-2,75, mag. bon. 2,75-3,25, Porree, per Schod 0,75-1,50, Meerrettich, Schod 4-12, Spinat per 100 Wb. 4-10, Sellerie, per Schod 5-6, da. pomm. 6-8, Zwiebeln per 100 Wb. 2,00-2,50, da. Berl. 40,00-100,00, Salat 40,00-100,00, Petersilie, grün, Schodsch 1,00-1,25, Rübchen Schod 0,50-1,00, Rettich, kugelförmig, Schod 0,05-0,10, hieriger Schod 2,50-3,50, Kohlraben, 100 Wb. 2,00 bis 3,00, Karotten, hiesige, Schodsch 2,00-3,00, Wringtobl per Schod 3-7, Rotfisch, Schod 4-8, Weißfisch per 100 Wb. 1,00-2,00, Blumenfisch, hiesiger 100 Schod 0,00, da. Ernter 0,00, Rosenfisch, per 100 Wb. 18-20, Grünfisch 3,00-3,00, Röhrlinsen, Schod 3,00-4,00, Petersilienwurzel, per 100 Wb. 5-8, Schodsch 3-4, Schmittlaas, Lappe Duhend 4,00 bis 4,50, Pfefferlinge per 100 Wb. 0,00, Radieschen per Schodsch 1,25-1,50, Salat per Schod 2,50-3,00, Bohnen, grüne, 100 Wb. 0,00, Tomaten, italienische, per 100 Wb. 18-25, rote Rüben, per 100 Wb. 2,50-3,00, Rübchen, Berliner, per 100 Wb. 4-8, da. Zeltower 16-18, Kürbis per 100 Wb. 4-8, Galarol per Schod 5-6, Indivien per Schod 3-6, Bienen per 100 Wb. 1,00-2,00, hiesige Rost 0,00, Röhrlinsen 5-8, Tafelbienen la 18-25, da. Ma 10-17, Kerbel, per 100 Wb. 1,00-1,25, da. Ma 12-18, Rost, hiesige, 3-5, Rost, 5-10, Zedersch 15-20, da. Ma 10-12, Amerikaner, per Hag 27-30, Maßener, 10/6, 100 Wb. 9-12, Balaunje, per Schod 0,00, da. klein 0,40-0,50, da. französische 0,00, rumänische 27-30, Paranaise 52-60, Quetschfleisch, lange, 100 Wb. 45-50, da. runde 35, Preiselbeeren, hiesige, 100 Wb. 0,00, Weintrauben, italienische, per 100 Wb. 30-40, Amerika per Hag 13-17, türkische per 100 Wb. 0,00, Ananas I per Wb. 0,70-1,00, da. II 0,40-0,50, Bananen, gelb, per 100 Wb. 18-22, Kofosnaffe per 100 Wb. 30-35, Maronen, hal., 100 Wb. 14-22,

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancesstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Sonnabend, soweit Vorrat.

Lebensmittel

Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Cervelatwurst in Rinddarm, Pfd. 1.20	ff. Leberwurst Pfund 95 Pf.	Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund 90 Pf.
Salamiwurst in Rinddarm Pfund 1.20	Zwiebelleberwurst Pfund 45 Pf.	Knoblauchwurst Pfund 1.10
Schinkenwurst Pfund 1.20	Rotwurst I Pfund 75 Pf.	Schinkenspeck Pfund 95 Pf.
Landleberwurst Pfund 85 Pf.	Rotwurst II Pfund 45 Pf.	Mauss-Schinken Pfund 1.20
Stangenspargel extra prima $\frac{1}{2}$ Dose 1.45 $\frac{1}{4}$ Dose 78 Pf.	Abschnittspargel $\frac{1}{2}$ Dose 45 $\frac{1}{4}$ Dose 28 Pf.	Saure Kirschen ohne Kerne $\frac{1}{2}$ Dose 90 $\frac{1}{4}$ Dose 50 Pf.
Stangenspargel I 1.15 63 Pf.	Schoten feinste 85 48 Pf.	Mirabellen 65 38 Pf.
Stangenspargel II 1.05 58 Pf.	Schoten 36 23 Pf.	Birnen 65 38 Pf.
Bruchspargel prima 90 50 Pf.	Pilzsuppe 40 —	Pfefferlinge 40 —
Bruchspargel ohne Köpfe 55 33 Pf.	Karotten in Streifen 23 —	Gem. Gemüse II 58 34 Pf.
Fett-Gänse Pfund 63 Pf.	Kassler Rippespeer Pfund 70 Pf.	Ananas Pfund 70 Pf.

heute

bei Einkäufen die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Möbel

Fabrik Richard Fuhrmann

am Winterfeldt-Platz
Gleditschstraße 47/48

Tischlermeister

empfehlen komplette Wohnungseinrichtungen, von einfachsten bis zu den elegantesten, billigste Fabrikpreise. 1 Zimmer und Küche 295 M.
Großes Lager in Herren- und Speisekammern. Nur den „Vorwärts“-Lesern gewähre bei Barzahlung 3 Prozent Rabatt.
Sonntags geöffnet von 8-10, 12-2 Uhr.

Langjährige Garantie.

Auf Kredit!



Anzüge
Paletots

Kostüme • Blusen
Röcke • Pelzstolae

Riesen-Auswahl, nur Neuheiten

Anzahl 3 M. an, pro Woche 1 M.

M. Landau

am Heinrichsplatz Oranien-Str. 193 am Heinrichsplatz

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert selbstspielende
Musikwerke u. Sprechmaschinen
Gratis! Zu jeder Maschine zwei La Platten und 200 Nadeln Gratis!

Julius Fabian, Grosse Frankfurterstr. 37, II

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante, fertige
Herren-Moden.

Erstanz für Mass.
Mass-Anfertigung
feinste Verarbeitung.
Garantie tadelloser Sitz.

J. Kurzberg,
Hauptgeschäft: Rosenthalerstr. 40/41,
am Hackeschen Markt.
1. Geschäft:
A. A. Jannowitzbrücke 1, 1.

Kein Waren-Kreditbank

Garderoben

für

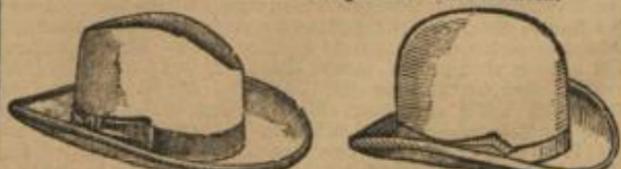
Herren, Damen u. Kinder

Wochenrate
nur **1 Mk.**

M. Beiser, Lothringerstr. 67 I.

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.
(Kein Laden) am Oranienplatz.

Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00 Steife Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Hüten, Mützen und Pelzwaren.

Pa. Pa. Gänse!!

von 10 bis 25 Pfund schwer, täglich frisch und in großer Auswahl, sowie
sämtliche Gänse-Artikel zum billigsten Tagespreise!

Gänsefleisch, Seiten mit Rücken, a Pfund 70 Pf.

Gänsefleisch, ohne Seiten, a Pfund 40 Pf. u. 50 Pf.

Pa. Gänsefleisch, frisch u. gepöfelt, a Pfund 1.20 M., empfiehlt
und versendet

Hermann Leibner

Berlin C., Klosterstr. 95
Gebäude Kaiser Wilhelmstr. 11.

15/00 **Bei Bezugnahme auf dieses Inserat!!! 5% Rabatt!** 206/12*

Ausverkauf!

wegen Aufgabe
meines seit 37 Jahren
bestehenden

Herren-Anzüge von 12⁵⁰ bis 36⁰⁰
Winter-Paletots von 12⁵⁰ bis 42⁰⁰
Hosen von 2⁰⁰ an
Joppen von 5⁰⁰ an

S. Meyerstein
Prinzenstr. 81 (a. Moritzplatz)

Herren-Konfektions-Geschäftes

S. Meyerstein
Prinzenstr. 81 (a. Moritzplatz)

Zur Aufhebung des Jandorf-Boykotts.

Soweit die Mitteilungen bezüglich der Aufhebung des über die Firma A. Jandorf u. Co. beschlossenen Boykotts vorliegen, hat sich der überwiegende Teil der Parteigenossen Groß-Berlins für Aufhebung des Boykotts entschieden.

Der Block in Aktion!

Ueber das Ergebnis der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen frohlockte die „Freisinnige Zeitung“, in den Wahlbezirken dritter Abteilung sei „die Zahl der freisinnigen Stimmen zum Teil ganz enorm gewachsen“.

Am „enormsten“ erscheint sein Gewinn im 9. Wahlbezirk, der zur Tempelhofer Vorstadt gehört. Dort ist von 1901 zu 1907 die Zahl der Freisinnstimmten von 287 auf 1148, also um 861, gestiegen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. In Gr.-Lichterfelde steht das Lokal von Aug. Reifen, Familien-Restaurant, Chausseestr. 104, der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung.

Folgende Lokale stehen uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: Neu-Dahlemer (T. V.): Biele, Restaurant, und W. Haaker, Wald- und Seesalof. Die Lokalkommission.

Wahlverein Reinickendorf-West. Am Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn N. Gördes (Waldschloßchen), Eichhorn- und Waldstraßen-Ecke, die Mitgliederversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Die Massenflucht aus der Kirche wird voraussichtlich weiter zunehmen. Wir erfahren, daß an den Stellen, wo Formulare für die Austrittserklärungen verabsichtigt werden, die Nachfrage nach diesen Formularen sich in letzter Zeit wieder sehr gesteigert hat.

berg 11 Uhr 10 Minuten nachts an von der Badstraße nicht durch die Schwedenstraße zu führen, sondern durch die Eggertstraße, die Reinickendorfer- und die Raxstraße umzuleiten.

8000 Einwohner und kein Postamt. Abgelehnt hat die Oberpostdirektion Berlin eine Petition des Grundbesitzervereins Rantwitzer Billenbezirk, in der die Errichtung eines eigenen Postamtes für Rantwitz gewünscht wurde.

Die „Räckische Volks-Zeitung“, bekanntlich heute ein von dem verstorbenen Kaplan und Reichstagsabgeordneten Dasbach gegründeter Ableger der „Germania“, bringt in ihrer Nr. 268 vom 14. November d. J. einen spaltenlangen Vereinsbericht, der an Titelblüten das Menschennögliche leistet und sich nebenbei eine niedliche Blasphemie auf den Namen Gottes gestattet.

Verordnung betreffend Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe. Auf Grund der §§ 105b Absatz 2, 105c und 41a der Reichsgewerbeordnung und in Gemäßheit der Biffern 133, 134, 136 und 137 der Ausführungsanweisung zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Mai 1904 wird für den Landespolizeibezirk Berlin folgendes bestimmt:

dom 1. März 1907 (Amtsblatt S. 102) und vom 7. Juni 1907 (Amtsblatt S. 286) in Geltung.

Demnach ist die Beschäftigung von Geschülften, Lehrlingen und Arbeitern im Betriebe des Handels mit Blumen am ersten Weihnachtstage

A. in Berlin, Charlottenburg, Deutsch-Wilmersdorf und Nixdorf während der Zeit von 9 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags, B. in Schöneberg während der Zeit von 8½ bis 9½ Uhr vormittags und von 12 bis 2 Uhr nachmittags gestattet.

Bemerkte wird, daß am ersten Weihnachtstage in dem Gewerbebetriebe der Holzereien und Bierbrauereien die Verfertigung der Kundschaft mit Milch begn. Hier während derselben Stunden gestattet ist, während der ein Handel mit diesen Produkten in offenen Verkaufsstellen zugelassen ist.

Für die Verfertigung der Kundschaft mit Rohreis gelten an dem genannten Tage die Bestimmungen der §§ 2 bis 4 der Verordnung vom 18. Mai 1906 (Amtsblatt S. 175) und des § 1 Ziffer 2 der Verordnung vom 7. Juni 1907 (Amtsblatt S. 286).

3. Am 28. Dezember, dem zweiten Weihnachtstage, gelten die allgemeinen Vorschriften über die Beschäftigung von Geschülften, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen.

4. Am 29. Dezember 1907 dürfen im Papierhandel Geschülften, Lehrlinge und Arbeiter

A. in Berlin, Charlottenburg, Deutsch-Wilmersdorf und Nixdorf während der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags und von 12 bis 7 Uhr nachmittags,

B. in Schöneberg während der Zeit von 7 bis 9½ Uhr vormittags und von 11½ bis 7 Uhr nachmittags beschäftigt werden.

Ueber den schweren Verfall der Kutscher erzählt uns der Polizeibericht: Zwischen einem Arbeitswagen und einem Straßenbahnwagen der Linie R erfolgte nachmittags auf der Kreuzung der Schill- und Wichmannstraße ein Zusammenstoß. Vor dem Hause Schillstr. 3 war das Handpferd (s. e. u.) geworden, als ihm der Jungstrang zwischen die Hinterbeine geriet. Der Kutscher verlor die Gewalt über die Pferde und beide gingen durch. Auf der genannten Straßenkreuzung wurde der Arbeitswagen mit so furchtbarer Gewalt gegen den Anhänger geschleudert, daß dieser aus den Schienen gehoben und seine linke Seite zertrümmert wurde. An dem Arbeitswagen wurde der Langbaum zerbrochen, das Handpferd trug Verletzungen an beiden Hinterbeinen davon. Der 20 Jahre alte Kutscher Georg Sump aus Treptow stürzte vom Wok und zog sich eine Quetschung des rechten Unterschenkels zu. — Vor dem Hause Dreßdenerstr. 8 wurde morgens der 37 Jahre alte Arbeiter Richard Simon aus Nixdorf von einem Kohlenwagen überfahren. S. wollte den Wagen, welchem er als Abträger beigegeben war, während der Fahrt besteigen, glitt dabei aus und geriet mit dem linken Fuß unter das rechte Vorderrad. In einer Drohsche schaffte man den Berunglückten nach dem Krankenhaus am Urban, wo der Arzt eine schwere Quetschung des linken Fußes konstatierte und ihn aufnahm.

Niedergerannt sind in vergangener Nacht die Wirtschaftsgedäude des vielen Berliner Ausflüglers bekannten Restaurants „Spreeaterasse“ in Hangelberg. Das Restaurant ist Eigentum des Bauunternehmers Weder in Berlin und an den Gastwirt Nixdorf verpachtet, der die Wirtschaft schon seit einigen Jahren betreibt. In der Nacht entstand im Aussichtsturm ein Brand, der sich mit unheimlicher Geschwindigkeit ausbreitete und, als er entdeckt wurde, bereits das für Sommergäste bestimmte Wohnhaus ergriffen hatte. Da Hangelberg keine Spritze besitzt, verging einige Zeit, bevor mit den Löscharbeiten begonnen werden konnte. In der Zwischenzeit brach der Aussichtsturm zusammen und die Trümmer stürzten zum Teil auf das Restaurationsgebäude, welches ebenfalls von den Flammen ergriffen wurde. Obwohl die Spritzen das Wasser aus der dicht vorbeifließenden Spree genommen und gewaltige Wassergarben in die Glut gegossen werden konnten, gelang es nicht, die Wirtschaftsgedäude zu retten. Sie brannten sämtlich bis auf den Grund nieder. Nur der Langsaal ist erhalten geblieben, in welchem ein Teil der gereinigten Gegenstände untergebracht werden konnte. Eine in dem Restaurationsgebäude wohnende Familie Brünning konnte nur mit Mühe gerettet werden. Sie sowohl als auch der Restaurateur Nixdorf sind durch den Brand empfindlich geschädigt worden, weil das Mobiliar und die Wäsche nicht versichert war. Die Entstehung des Feuers dürfte auf Brandstiftung zurückzuführen sein, denn der Turm, in welchem der Brand entstand, ist schon seit drei Wochen geschlossen und seit dieser Zeit ist niemand in denselben hineingekommen.

Ein wilderredenes Gesändnis. Der Buchdrucker Paul Winow, der durch seine Selbstbeziehung, die Kindermorde begangen zu haben, die traurige Karriere vor einigen Tagen wieder wachgerufen hat, hat sein Gesändnis widerrufen. Dadurch ist er aber keineswegs von dem Verdachte, der Täter zu sein, entlastet. Die Untersuchung wird weitergeführt.

In Sachen des Opernsängers Frank, der beschuldigt ist, gegen den Generalintendanten der königlichen Schauspiele, v. Hülken, mit einem Erpressungsversuch vorgegangen zu sein, ist die Voruntersuchung nunmehr geschlossen. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Grunow, hat die Akten dem Ersten Staatsanwalt überhandt, welcher sich jetzt über die Erhebung der Anklage schlüssig zu machen hat. In der Voruntersuchung sind auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Wah n viele Zeugen, darunter Frau Göthe, Baptist Hoffmann, Direktor Berg und Redigmalrat Dr. Söder, die Kerge Dr. Müller und Dr. Mammert, die sich der Voruntersuchung bemerkt haben, von Frank infolge seiner Amnestie durch seine Entlassung aus dem Verbands des königlichen Opernhauses derartig aufgeregt war, daß er bei Begehung der Tat sich der Konsequenzen derselben nicht bewußt war. Frank selbst hat stets entschieden bestritten, geisteskrank zu sein, er füllt auch jetzt noch mehrere Stellungen als Sänger aus.

Ein Zusammenstoß eines Geschichtsautomobils mit einem Arbeitswagen fand gestern morgen auf der Grünauer Chaussee in der Nähe von Glienicke statt. Der von Berlin kommende Kraftwagen fuhr gegen ¼ 7 Uhr mit ziemlich bedeutender Fahrgeschwindigkeit die Chaussee entlang, als ihm der Lastwagen entgegenkam. Der Chauffeur bemerkte den letzteren erst, als sich das Automobil kaum einen Meter vor dem schnell fahrenden Wagen befand, und vermochte infolgedessen nicht mehr auszuweichen. Das Gespann des Arbeitswagens wurde niedergedrückt, der Kutscher von dem Wok geschleudert, während das Automobil in Trümmer ging. Der Kutscher des Arbeitsfuhrwerks hatte so erhebliche Verletzungen erlitten, daß er nach einem Berliner Krankenhaus geschafft werden mußte. Auch das eine Pferd war bei dem Zusammenprall verwundet worden.

Die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Schneider und Schneiderinnen finden morgen, Sonntag, den 17. November, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Restaurant „Lebensquelle“ (alte „Arminhallen“), Kommandantenstraße 20, statt. An die wahlberechtigten Mitglieder, vor allem aber an die Frauen und Töchter der Parteigenossen, die Mitglieder der Kasse sind, ergeht die dringende Aufforderung, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Liste des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen abzugeben. Diese Liste fängt an mit dem Namen Albrecht und endigt mit dem Namen Bühlke. Nur diese eine Liste ist abzugeben. Mitgliedsbuch und Legitimationskarte sind mitzubringen. Personen unter 21 Jahren sind nicht wahlberechtigt.

Ueber die Wichtigkeit dieser Wahlen kann kein Mitglied im Zweifel sein. Wer es unterläßt, sein Wahlrecht im Sinne der Verbandsliste auszuüben, macht sich mitschuldig, wenn die früheren Standeslisten wiederkehren, wie sie unter der Herrschaft der Epigonen des Reichslügenverbandes, der Herren Broda und Genossen, im Schleppe waren. Noch ist unvergessen die Luderwirt-

schaft der Reichsverbändler, die jetzt sogar die Aufsichtsbehörde voranlatzte, den damaligen Vorstand der Ortskrankenkasse seines Amtes zu entheben. Unvergessen sind auch die Wahlprügungen, die diese Leute sich zuschulden kommen ließen. Diese Zeit darf nicht wiederkehren. Sie wird aber nur dann nicht wiederkehren, wenn die Mitglieder bei der morgigen Wahl auf dem Posten sind und die Liste des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen abgeben.

Der Gesangverein „Nordsee“ (M. d. A. S. B.) veranstaltet am Mittwoch, den 20. November (Vuhag), sein drittes Künstlerkonzert im großen Saale der Germania-Brandsäle, Chausseest. 110. Es wirken u. a. mit: das Sinfonie-Orchester des Herrn G. Vogel, Violinist Herr A. Altmann und Frau Margarete Walfotte. Das ausgewählte Programm garantiert den Besuchern einen genussreichen Abend. Der Anfang des Konzerts ist präzis ¼ 7 Uhr.

Feuerwehrbericht. Vorgestern abend entstand im Vorhänge-Theater in der Belleallianzstraße Feuer. Auf der Bühne war plötzlich durch Einschalten eines zweiten Beleuchtungsständers und dadurch bewirkte Ueberlastung des elektrischen Stromkreises ein Widerstand innerhalb der Kabelleitung entstanden. Der Beleuchtungsstander wurde glühend, wodurch der auf dem Widerstand lagernde Staub verbrannte. Der Brandgeruch machte sich auf der Bühne bemerkbar. Noch bevor das Publikum die Gefahr gewahrt wurde, war sie von der anwesenden Sicherheitswache beseitigt.

In der Leipzigerstraße 6, im Kriegsministerium, brannten auf einem Korridor Ferkelbollen, ein Holzbergschlag, Fenster und Schälbeden. Die Flammen konnten schnell gelöscht werden. — Zur Vermeidung einer Gasexplosion wurde die Feuerwehre nach dem Hinterhause Friedrichstraße 32 alarmiert. Dort war Gas aus einer unrichtigen Leitung ausgetreten. Die Feuerwehr löstete und sperrte dann die Gasleitung ab. — Der Brand eines Wollwarengeschäftes beschäftigte die Wehr am Grünen Weg 2. Die Wehr mußte dort das Gebälk aufreißen, um an den Brand zu gelangen. — Ferner hatte die Wehr in der Frenzlauer Allee, Putzuberstraße 19, Windstraße 7 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein Eifersuchtsdrama, dessen blutiger Ausgang ein Menschenleben in schwere Gefahr gebracht hat, spielte sich Donnerstagsabend in der Kaiser Friedrichstraße in Charlottenburg ab. Die in der Weingroßhandlung von Heinrich Eggers angestellte Verkäuferin Mathilde Wika wurde von ihrem Bräutigam, dem Kaufmann Anton Witznied, der bei seinen Eltern in der Kanonierstr. 9 wohnt, durch einen Revolverbeschuß schwer verletzt. Witznied unterstellt mit Fräulein Wika schon seit längerer Zeit Beziehungen, die zur Eitelkeit führen sollten. In den letzten Tagen glaubte er Grund zur Eifersucht zu haben. Er kaufte sich einen Revolver und kam Donnerstags, um sich mit seiner Braut auseinanderzusetzen, in die Weinhandlung. Als die beiden allein waren, überschüttete er das Mädchen mit Vorwürfen, und gab, durch ihren Widerspruch maßlos zur Wut gebracht, mehrere Schüsse auf sie ab, deren einer über dem Auge in den Schädel eindrang. Blutüberströmt lief die Schwerverletzte in die Wohnung ihres Vaters, wo ihr ärztliche Hilfe zuteil wurde. Später brachte man sie nach dem Krankenhaus Westend; hier wurde eine schwere Zertrümmerung der Schädelknochen konstatiert. Das Befinden des Mädchens war gestern vormittag noch sehr besorgniserregend, wenn auch momentan keine direkte Lebensgefahr besteht. Witznied flüchtete gleich nach der Tat. Gestern früh wurde er von Kriminalbeamten aus dem Bette heraus verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht, von wo aus er dem Untersuchungsrichter zugeführt werden wird.

Ober-Schöneweide.

Gemeindeverretterung. An Stelle des Herrn Hegewaldt, dessen Mandat durch Beschluß der Vertretung für ungültig erklärt wurde, haben die 2 Wähler der 1. Klasse den Fabrikdirektor Engel gewählt. — Die von verschiedenen Seiten erhobenen Einsprüche gegen die Erbauung des Krankenhauses in der Wuhlheide sind für nichtig erklärt und soll mit den Arbeiten nun begonnen werden. — Auf das von der Gemeinde an die Regierung gerichtete Ersuchen, sich zu dem Ausbau der höheren Schule in eine Vollanstalt zu äußern, ist ein autoritativer Bescheid abgelehnt. — Die Vorlage betr. Umgestaltung der Wilhelminenhofstraße zeitigte eine ausgedehnte Debatte. Hindernd für eine würdige Gestaltung dieser Hauptverkehrsstraße ist eine grundbuchmäßige Eintragung, nach welcher die Gesellschaft Berliner Omnibussen Eigentümerin das in der Straße liegenden Gleisplanungs ist, sich aber weigert, dasselbe zu besetzen. Beschlossen wurde im Interesse eines geordneten Verkehrs beide Baumreihen zu besetzen und sowohl den Fahrdamm wie den nördlichen Bürgersteig je ½ Meter zu verbreitern. Der Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken betreffs Straßenbeleuchtung wurde auf 10 Jahre verlängert. Die Hauptstrahlen sollen hinfort Vogensicht erhalten. — Die Anzahl der Gemeindevertreter soll ab 1. April 1908 erhöht werden. Der Antrag unserer Genossen, die Zahl von 12 auf 24 zu erhöhen, wurde abgelehnt, nachdem wir schon früher, die wichtigsten Einwände geltend gemacht wurden. Beschlossen wurde, daß die Vertretung aus 18 Vertretern und 4 Schöffen bestehen solle, von denen einer besoldet werden kann. Letztere Maßnahme macht sich im Hinblick auf das demnächst ins Leben tretende „Kaufmanns- und Gewerbegericht“ notwendig, für dessen Leitung ein von der Gemeinde anzustellender Jurist auszuwählen ist, welcher eventuell auch als besoldeter Schöffe fungiert. — Seitens der Rechnungsprüfungskommission wurde die Art der Vergütung von Gemeindefacharbeitern durch das Bauamt und die Verwahrung einer dem Bauamt verwandten Firma einer kritischen Prüfung unterzogen. Ein gleiches Erfuhr die Angelegenheit des Neubaus der 3. Gemeindefschule. Daß die dabei beteiligten ortsanfässigen Handwerker mit beträchtlichen Forderungen den Unternehmer gegenüber ausfallen konnten, ist lediglich der Verwahrung zuzuschreiben. Beschlossen wurde, diese Forderungen in Höhe von 13800 M. aus der hinterlegten Kaution zu begleichen. Unsere Genossen und einige hiesige Vertreter vertraten den Standpunkt, daß, so lange nicht Forderungen des Unternehmers an die Gemeinde vorhanden sind — die Vertretung im Interesse der übrigen Steuerzahler diesen Schritt nicht tun dürfe. Die Anschaffung eines zweiten Gemeindefrankenzugens wurde beschlossen. Ueber Preis und Zweckmäßigkeit eines Automobils wagens sollen Erhebungen eingezogen werden. Die Niederzahlung von 2500 M. Steuerzinsen wurde gutgeheißen und die festgesetzten Staatsüberschreitungen bemilligt. — Die folgenden Punkte der Tagesordnung wurden wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Nixdorf.

Erhängt hat sich der Gastwirt Jaskindh, Hermannstr. 232. Gerichtsweise verurteilt, daß J. vergiftet worden sei. Dieses Gericht hat sich nach der erfolgten staatsanwaltlichen Untersuchung als gänzlich haltlos erwiesen.

Weißensee.

Gurren! — Die Kurrende ist da. Die Herren Pastoren Krätzel und Burgwitz beabsichtigen die Bildung einer Kurrende nach Berliner Muster, die vorläufig nur während der Adventszeit in Funktion treten soll. Vaterländische und Volkswissen, sowie Lieder der Adventszeit sollen zum Vortrag kommen. Allem Anschein nach will man die Kirchenkasse, in der ja immer Ebbé herrscht, etwas heben und da muß eben die Jugend helfen. Auch glaubt man mit dieser Einführung wahrscheinlich der Kirchenkasse Einhalt gebieten zu können, ein Bestreben, das sicher keinen Erfolg haben wird. Im übrigen ist den Proletarierfrauen jedenfalls bekannt, daß der Löwenanteil der zehrenden Spenden nicht den Kurrendebängern zugute kommt, sondern in den nimmerfatten Magen der Kirche fließt.

Wilhelmsruh.

Kein zugedöpfter, unnahbarer Bureaukrat! In Nr. 257 melden wir eine Affäre, in die der hiesige Amtsvorsteher Schmid verwickelt war. Am Abend des

24. Oktober habe im Restaurant von Wendt, Hauptstr. 43, eine Herrngesellschaft gereicht. Auf Wunsch eines Teilnehmers der Tafelrunde habe der Restaurateur, dem auch das Haus gehört, aus der Wohnung eines Richters W. dessen Richte heruntergeholt. W. und seine Frau waren zu einer Versammlung gegangen, sodaß die Richte allein war. Unten sei, erzählten wir weiter, dem Mädchen der Gast, der nach ihr verlangt habe, als „Dere aus Panlow“ vorgestellt worden, das Mädchen habe aber in ihm den Herrn Amtsvorsteher Schmid von Wilhelmsruh zu erkennen geglaubt. Von einem der Herren seien einige Anerbietungen gemacht worden, doch das Mädchen habe sich dem in Aussicht gestellten Amusement durch die Flucht entzogen. Inzwischen war aber W. mit seiner Frau nach Hause zurückgekehrt und hatte die Richte nicht vorgefunden. Als diese wieder hinaufkam und ihr Abenteuer berichtete, ging W. hinunter, um die Gesellschaft zur Rede zu stellen. Auf der Treppe habe er dann, so fügten wir hinzu, zwei der Herren bemerkt, die seiner Meinung nach im Begriff waren, nach oben zu kommen. Einen der beiden habe er als Herrn Schmid erkannt.

Wir mühten jene Mitteilungen hier im wesentlichen wiederholen, damit die folgenden Ausführungen verstanden werden. Herr Schmid kam schließlich zu uns in unsere Redaktionsräume und hielt uns einen einstündigen Vortrag. Er leugnete nicht, zu jener Gesellschaft heikler Zecher gehört zu haben, aber er bestritt alles ihm Belastende. Wir veröffentlichten in Nr. 258 auch seine Darstellung, die den Vorgang harmloser erscheinen ließ. Das hat aber Herrn Schmid wohl nicht genügt. Des Amtsvorstehers Ehre zu retten, unternimmt jetzt ein Wilhelmbrüder Blättchen, das von dem Journalisten Volber herausgegeben wird und Herrn Schmid dient. Darin wird dem Herrn Amtsvorsteher nachgerühmt, daß er anders sei als jene Vertreter des „Bureaukratismus“, die sich „zugelockt und unnahbar“ zeigen, und kräftig wird geschimpft auf die schlechten Menschen, die diesen nicht „zugelockt“, nicht „unnahbaren“ Amtsvorsteher verderben wollen. Herr Schmid habe am 24. Oktober mit Herrn Wücher aus Wilhelmsruh und Herrn Maurermeister Ludwig aus Panlow den neuen Waffenturm besichtigt, und alle drei seien dann auf dem Heimwege noch bei Wendt eingelehrt. Das muß, nebenbei gesagt, etwa 4 Stunden nach Sonnenuntergang gewesen sein. Auf eine Bemerkung Wüchers, daß er kürzlich auf der Straße von einem Mädchen unzüchtig angesprochen worden sei, habe der Amtsvorsteher erwähnt, ihm sei aus Berlin Nachricht zugegangen, daß in Wendts Hause ein Mädchen wohne, das in Berlin „in einem bescheidenen Absteigequartier bei Ausübung gewerbmäßiger Unzucht“ (so schreibt das Blättchen) von der Polizei erstatzt worden sei“, vielleicht habe dieses Mädchen Wücher angesprochen. Als dann Wendt sagte, das Mädchen sei öfter in seinem Lokal gewesen, hätten einige Herren (das Blättchen sagt hier nicht, wer) vorgeschlagen, er solle es herunterholen. Wücher habe sehen wollen, ob es dieselbe Person sei, die ihn angesprochen hatte. Das Mädchen sei gekommen, habe etwas getrunken (das Blättchen sagt nicht, auf wessen Kosten) und sei dann wieder verschwunden, „wohl weil sie (fügt das Blättchen hinzu) der Geschichte nicht traute und aus den Andeutungen entnommen hatte, daß man ihren Lebenswandel kannte“. Keiner der drei habe Anträge gemacht und nach oben gewollt. Wücher und Schmid seien nur ausgetreten und hätten dabei an der Treppe vorbeigehen müssen.

Zu dieser Darstellung können wir heute in Ergänzung unserer ersten Angaben mitteilen, daß das Mädchen ein Verhältnis mit einem Herrn hat und von ihm in ein Absteigequartier mitgenommen worden war, wo die zufällig residierende Polizei beide antraf und aufschrieb. Von „gewerbmäßiger Unzucht“ kann keine Rede sein, und inzwischen soll auch der „angesprochene“ Herr Wücher erklärt haben, daß nicht dieses Mädchen ihn angesprochen habe. Die ganze Sache geht eigentlich keinen Menschen etwas an. Wir müssen sie aber wiedergeben, weil wir an den Amtsvorsteher Schmid nunmehr die Frage zu richten haben, auf welchem Wege er Kenntnis von der Festnahme im Absteigequartier erhalten hat. Vermutlich hat bei ihm die Berliner Polizei angefragt, ob das Mädchen ihr die richtige Adresse genannt hatte. Dann hätte der Herr Amtsvorsteher nach der eigenen Schilderung jenes Mädchens, das ihm dient und von ihm bedient wird, durch Preisgabe eines Amtsgheimnisses es einer fideles Herrngesellschaft möglich gemacht, das in die Kneipe zitierte Mädchen durch „Andeutungen“ wieder hinauszuschleusen. Dem Blättchen, das durch ihn Gelegenheit erhalten hat, ein wehrloses Mädchen zu brandmarken, glauben wir's gern, daß er kein zugedöpfter, unnahbarer Bureaukrat ist. Indes, ein solches Uebermaß von Aufgekloppligkeit geht und denn doch zu weit. Aber vielleicht wird der Herr Amtsvorsteher in einem nächsten Besuch, dem wir mit Vergnügen entgegensehen, uns dahin belehren, daß sein Kneippgespräch über das Mädchen samt allem, was darauf folgte, eine amtliche Handlung gewesen sei.

Trebbin (Kreis Lestow).

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Stadtverordnetenwahl. Am 22. November von 9 bis 10½ Uhr sollen die Wähler der dritten Abteilung sich entscheiden. Wie jetzt haben die gegnerischen Parteien noch nichts in die Öffentlichkeit dringen lassen. Die Kandidaten sind auch noch nicht bekannt gegeben. In aller Stille entwickeln unsere Gegner, nach bekanntem Reichslügenverhandlungsmuster, eine fieberhafte Tätigkeit. Die Gegner bedenken uns vielleicht mit diesen im geheimen betriebenen Vorbereitungen einen unerbittlichen Schlag verlegen zu können. Es gilt deshalb auf dem Posten zu sein. Alle Genossen, welche mit Wählern unseres Ortes zusammenarbeiten, werden gebeten, darauf zu achten, daß diese Wähler auch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Unsere Kandidaten sind der Zimmerer Heinrich Schönsee, Lagerhalter Konrad Morgenroth und Zigarrenfabrikant Paul Hiesch.

Nowawes.

Den Tod in den Wellen suchte in einem Unfall von Geistesstörung der Arbeiter A. K. Laborierte seit einem Monat an den Folgen eines Unfalles und äußerte oft Selbstmordgedanken. Vorgestern wollte er nun durch Ertrinken seinem Leben ein Ende machen. Er stürzte sich an der Eisenbahn in die Rute, wurde aber von drei Männern gerettet. A. wurde bewußtlos ins Oberlin-Krankenhaus eingeliefert, wo er sich bald erholte, so daß seine Wiederherstellung zu erwarten ist.

Potsdam.

Ein Einbrecherknast ist in letzter Zeit Potsdam heim gesucht worden. Gestern nacht berühten die Gauner im Herzen der Stadt einen Einbruch, bei dem sie sich durch große Geschicklichkeit auszeichneten. Ohne irgend ein Geräusch zu verursachen, drangen die Spezialisten im Hause Waisenstr. 61, Ecke der Brandenburgstraße, mittels Nachschlüssels in das dort befindliche Konfektions- und Manufakturwarengeschäft S. Plehner ein und stahlen Gold- und Silberwaren, dann hielten sie dem Nachbargeschäft, Herren-garderobengeschäft S. Rothe, einen Besuch ab und ließen dort zwei Winterpalätois mitgehen.

Vermischtes.

Eine Ansehen erregende Nachricht kommt aus Essen. Wenige Augenblicke vor der Hinrichtung des zum Tode verurteilten Bergmanns Kurzkopf ist diese telegraphisch inhiert worden. Ueber die Gründe zu diesem aufsehenerregenden Vorfall läßt sich der „Lokal-Anzeiger“ telegraphieren:

Essen, 14. November. Der Verteidiger des Bergmanns Kurzkopf hatte beim Landgericht Dortmund die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Dieser Antrag war vom Landgericht abgelehnt worden. Daraufhin hatte der Verteidiger gestern am späten Abend telegraphisch

beim Oberlandesgericht in Hamm und beim Justizminister Beschwerde eingelegt. Das Oberlandesgericht hat dann in einer in der letzten Nacht abgehaltenen Sitzung die Entscheidung des Landgerichts Dortmund aufgehoben und die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet. Diese Entscheidung ging der Staatsanwaltschaft erst heute früh kurz vor dem festgesetzten Zeitpunkt der Hinrichtung telegraphisch zu. Kurzschnitz war schon vom Gefängnisgefängnis auf seinen Tod vorbereitet worden.

Ist diese Darstellung richtig, so ist es ganz unverständlich, wie die Vollstreckung des Urteils in Aussicht genommen werden konnte, bevor die vom Verteidiger des Verurteilten ergriffenen Rechtsmittel auch formell vollkommen erschöpft waren. Dazu kommt, daß das Urteil unserer Meinung nach ein Fehlurteil ist. Kurzschnitz ist zum Tode verurteilt worden, weil er einen Vorgesetzten, der ihn auf das heftigste gereizt hatte, indem er ihn aus der Arbeit brachte und sonst schikaniert hatte, erschoss. Uns scheinen die Begleitumstände bei Fällung des Urteils überhaupt nicht genügend berücksichtigt worden zu sein, sonst hätte unter seinen Umständen ein Todesurteil gefällt werden können. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens ist schon deshalb dringend am Platze.

Eine weitere Nachricht von gestern besagt: **Dortmund, 15. November.** Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den Bergmann Kurzschnitz, der seinerzeit den Bezirksführer Hahn wegen einer Lohnhöherung erschossen hatte, gründet sich auf ein Gutachten eines medizinischen Sachverständigen, wonach Kurzschnitz bei Begehung der Tat nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gewesen ist. In der Verhandlung gingen die Gutachten in dieser Frage weit auseinander, so daß die Behauptungen der Verteidigung bei den Geschworenen nicht durchdrangen. Am Mittwochabend war die Bestätigung des Urteils beim Gericht eingelaufen und der Staatsanwalt hatte daraufhin die Hinrichtung für Donnerstag früh angeordnet. Alle Vorbereitungen waren bereits getroffen. In dem Akt waren die üblichen Einladungen ergangen; an dreißig Herren: Richter, Geschworene, Vertreter der Staatsanwaltschaft sowie der Bruder des Erschossenen hatten sich eingefunden. Da kam plötzlich die überraschende Meldung: „Die Hinrichtung findet nicht statt.“ Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Braumann, hatte in letzter Stunde eine ärztliche Autorität ins Feld geführt, die sich dahin ausgesprochen, daß Kurzschnitz tatsächlich nicht geistig gesund ist, somit auf Grund des § 51 des Strafgesetzbuches nicht verurteilt werden könne. Ein unglücklicher Zufall wollte es nun, daß der Verteidiger erst um sieben Uhr abends von der bevorstehenden Exekution Kenntnis erhielt. Um sechs Uhr hatte er beim höchsten Landgericht einen erneuten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt unter Nennung des neuen Sachverständigen. Um die neunte Abendstunde wurde ihm mitgeteilt, daß die Strafkammer den Wiederaufnahmeantrag abgelehnt habe. Wegen dieses Beschlusses legte Dr. Braumann sofort telegraphisch Beschwerde beim Oberlandesgericht in Hamm ein, und zwar beim Vorsitzenden des Strafsenats, der noch in derselben Nacht durch eine dringende Depesche die Hinrichtung inhibierte. Um 8 1/2 Uhr sollte das Urteil vollstreckt werden. Die Exekution wurde auf Grund des Telegramms von der Staatsanwaltschaft aufgehoben und auf unbestimmte Zeit verschoben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der ärztliche Sachverständige schon gestern in Hamm vernommen worden ist. Gestern nachmittag hat in dieser Angelegenheit bereits eine Sitzung beim Oberlandesgericht in Hamm stattgefunden, über deren Ergebnis jedoch noch nichts verlautet.

Eine Hinrichtung. Gestern früh 8 Uhr ist in Essen der vom hiesigen Schwurgericht wegen Ermordung und Vererbung der 18-jährigen Wilhelmine Meckmann zum Tode verurteilte Arbeiter Rudel auf dem Gefängnishof hingerichtet worden.

Eisenbahn-Unfälle.

Lübben, 14. November. Der Güterzug 7807, von Nieder-Schönweide nach Rügenau, ist bei der Einfahrt in den Bahnhof Halbe um 6 Uhr 20 Minuten nachmittags infolge falschen Signalauftrags auf den in Gleis 3 bereits haltenden Güterzug 7803 aufgefahren. Zehn Wagen entgleiten, von diesen sind vier Wagen vom Güterzuge 7807 sowie die Lokomotive stark beschädigt. Menschen sind nicht verletzt. Bis zur Wiederaufnahme des zweigleisigen Betriebes um 11 Uhr 20 Minuten nachts wurde zwischen den Stationen Großheßen und Halbe der eingleisige Betrieb durchgeführt.

Stendal, 15. November. Amliche Meldung. Heute nachmittag gegen 12 Uhr 15 Minuten ist der Zug 7647 von Helzen bei seiner Einfahrt infolge falscher Weichenstellung im Gleis 16 mit einem Postwagen zusammengefahren, wodurch die Lokomotive sowie eine andere Lokomotive und insgesamt 25 Wagen entgleist und zum Teil erheblich beschädigt worden sind. Ein Lokomotivführer und drei Bremser sind anscheinend leicht verletzt worden. Der Materialschaden ist bedeutend. Ob und in wie weit vertretbares Verschulden von Bediensteten vorliegt, muß die einleitete Untersuchung ergeben.

Unter den Nördern. Peine, 15. November. Gestern abend liefen und unaufgeklärter Ursache im benachbarten Groß-Vülten vier Grubenarbeiter in einen in Bewegung befindlichen Erdbzug hinein. Drei Mann wurden sofort getötet, der vierte schwer verletzt.

Wirkungen des Nebels. Aus Hamburg wird unterm 15. November berichtet: Der tagüber herrschende Nebel legte den Verkehr auf der Elbe und im Hafen völlig lahm. Seit gestern abend um 10 Uhr bis heute mittag ist weder ein Seeschiff angekommen noch abgegangen. Die Rasterdampfer stellen heute morgen den Verkehr gleichfalls ein. Die Postdampfer und Frachtdampfer von der Unterelbe, denen vielfach die Versorgung der Stadt mit Milch, Gemüse usw. obliegt, sind sämtlich ausgeblieben. Die Nordsee ist ebenfalls in Nebel eingehüllt; der Straßenverkehr ist sehr erschwert.

Verbrannte Kanonenboote. Gestern früh brach, wie aus Petersburg gemeldet wird, in der Baltischen Bucht auf der Delling, wo sich eine Anzahl Kanonenboote im Bau befand, Feuer aus. Der größte Teil der Delling ist zerstört; zwei Kanonenboote sind verbrannt, zwei stark beschädigt, die übrigen sind gerettet. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt. Der Schaden wird auf mehr als eine halbe Million Rubel geschätzt.

Centrale Bibliothek und Zechele zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW., Alexanderstr. 26. Öffnet täglich von 9 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-11 und 3-6 Uhr. In den Zechele liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 17. November, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus (Saal 109): Verammlung mit freireligiöser Vortellung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schulaula, Al. Frankfurterstr. 109:

Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Die wahre Bedeutung des Kreuzes.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter (E. S. 29, Hamburg.) Sitzung haben heute abend 8 1/2 Uhr die Jülieten: Berlin 3 bei Kaiser, Reichensbergerstr. 157. — Berlin 4 bei Werlowski, Androssstr. 26. — Berlin 6 bei Günter, Bernauerstr. 82. — Berlin 9 bei Gumbach, Waldemarstr. 24. — Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde Auber Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Sprechstunde 10 bis 12 Uhr, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Westend 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Wunsch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen erge man in der Sprechstunde vor.

S. 2. 12. Sie könnten es mit einer Beschwerde gegen den Beschlagnahmebeschluß versuchen und beantragen, die beschlagene Summe auf etwa die Hälfte herabzusetzen. Die Aussicht auf Erfolg ist aber eine sehr geringe. — **S. 2. 13.** 1. Sie könnten Neue Friedrichstr. 10 und in der Versicherungsanstalt, Am Köpenicker Park, den Antrag zu Protokoll geben. 2. Sie mühten beide Kassen angeben. — **Saldos.** Ein Bah ist für eine Reise nach Amerika nicht erforderlich, aber als eventuelles Legitimationspapier zweckmäßig. — **S. 27.** Leider heißt Ihnen ein Anspruch nicht zu. — **S. 116.** Wenn die Klameßsche so best. daß ihre Rückfrage einen Teil der Band Jahres Lohnes ausmacht, so können Sie mit Aussicht auf Erfolg die Befreiung im Wege der Klage beim Amtsgericht verlangen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 11.		am 15. 11.		Wasserstand	am 14. 11.		am 15. 11.	
	cm	cm)	cm	cm)		cm	cm)	cm	cm)
Remel, Müst	108	+2	108	+2	Saale, Großh.	68	0	68	0
Vregel, Ansternburg	11	+5	11	+5	Saale, Spandau	88	0	88	0
Beichel, Thorn	24	-2	24	-2	Matthom	111	-1	111	-1
Oder, Matlob	84	0	84	0	Spree, Spremberg	106	0	106	0
Kroffen	69	-2	69	-2	Beetow	135	-1	135	-1
Frankfurt	74	-1	74	-1	Weser, Minden	-107	+2	-107	+2
Wärbic, Schrimm	16	0	16	0	Rhein, Rindem	-36	+2	-36	+2
Landsberg	15	+1	15	+1	Rhein, Ragnitlanfsau	286	0	286	0
Rehe, Borsum	13	+2	13	+2	Kaib	85	+1	85	+1
Elbe, Zeitzmeritz	-67	-1	-67	-1	Kaib	60	0	60	0
Tredben	-182	-1	-182	-1	Kedar, Heilbronn	18	+1	18	+1
Barby	49	+6	49	+6	Rain, Berthelm				
Magdeburg	62	-2	62	-2	Rosel, Trier				

+) bedeutet Hoch, —) Tief, —) Unterpegel.

Witterungsübersicht vom 15. November 1907.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wind stärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wind stärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Stinnewitz	766	SW	2	heiter	8	Daplaranda	770	W	2	bedeckt	-3
Hamburg	769	SW	3	Rebel	1	Petersburg	771	SD	2	wolfig	0
Berlin	767	SW	1	Regen	7	Seitz	771	SW	4	wolfig	11
Frankfurt	770	SW	2	wolfig	5	Aberdeen	769	SW	1	wolfsl.	2
München	770	SW	4	bedeckt	4	Paris	769	SW	2	bedeckt	9
Wien	765	SW	3	Regen	6						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 16. November 1907. Kälter, teils heiter, teils neblig bei mäßigen nordöstlichen Winden keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 16. Novbr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Oberhaus. Uda.
Kgl. Schauspielhaus. Die Frau von Messina.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerstücke. Marquis von Krotz. (Anfang 8 Uhr.)
Lessing. Die natürliche Welt. Die stilkliche Forderung.
Berliner. Faust.
Anfang 8 Uhr.
Theater an der Spree. Am grünen Weg.
Neues Schauspielhaus. Judis.
Nachmittags 3 Uhr: Stein.
Schiller. O. (Schiller-Theater.)
Kellerkassle.
Schiller Charlottenburg. Die Hermannschlacht.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Ariemilids Rache.
Neues. Das Ungeheuer.
Alteines. Die Weibern.
Central. Die Gelfin.
Vortrag. Algotello.
Reidens. Ganz der Papa.
Königliche Oper. Tieland.
Westen. Die lustige Witwe.
Volkstheaterhaus. Unsel Verdick.
Triangon. Fräulein Josette — meine Frau.
Thalia. Die gelbe Gefahr.
Nachmittags 4 Uhr: Eneewitshen.
Lilien. Am Tage des Gerichts.
Nachmittags 4 Uhr: Eneewitshen.
Gerhard Reis. Spree-Alteiner.
Nachmittags 4 Uhr: Dormitshen.
Wierpoy. Das muß man sein.
Nivello. Schloffer Schäffer. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Cafino. Biederleute.
Gebr. Herrnsfeld. Madame Blg.
Wag. Es lebe das Nachleben.
Vahage. Paula Wirth. Spezialitäten.
Prater. Zwischen zwei Herren.
Parodie. Monna Banna. Japfen.
Friedrich. Der Troubadour. Anfang 8 1/2 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Polak. Unsere Aile. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Neckshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tändelstr. 18/19.
Nachmittags 4 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Orlean 8 Uhr: Professor Dr. F. Donath: Die Gleichstrommotoren.
Eternware. Invalidenstr. 57/62.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelstern, Nebelstrecke.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Faust.
Sonntag 8 Uhr: Sherlock Holmes.
Montag: Der Widerspenst. Jähmung.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das Ungeheuer.
Morgen und folgende Tage:
Das Ungeheuer.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Getreuen
(Agned Sorma.)
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kuchstahl.
Abends 8 Uhr: Die Getreuen. (Agned Sorma.)

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Anfang 8 Uhr.
Kriemhilds Rache.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Winter.
Schlof. Abends 8 Uhr: Der gehörnte Stegried. Siegfrieds Tod.
Montag: Ariemilids Rache.

Lortzing-Theater

Anfang 8 Uhr.
Rigoletto.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Ab. 8 Uhr: Rigoletto.
Montag 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Residenz-Theater.

8 Uhr
Direction: Richard Alexander.
Ganz der Papa.
Schwan in 3 Akten von Marx und Desoulliers. Deutsch v. W. Schöna. Baron des Aubais: R. Wagnier.
Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Onkel Bernicke.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:
Die hervorragenden Attraktionen.
9 1/2 Uhr: Der Clou der Saison:
Sylvester Schäffer jr.
der berühmte Universalakrobate.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Schiller-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Reiterattacke.
Schwan in 3 Akten von Stobher und J. H. Friedmann-Friedrich.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Helmat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Reiterattacke.
Montag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)

Sonntag abends 8 Uhr: Adalbert v. Chamisso-Abend.
Montag abends 7 1/2-8 1/2 Uhr: Vortrag Dr. W. Osborn: Potsdam und Sandow. Sitzender Vortrag des Jullus: Mt. und Neu-Berlin.
Montag abends 9-10 Uhr: Vortrag von Eduard Bernstein: Am Vorabend der großen französischen Revolution. Sitzender Vortrag des Jullus: Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte.

Castan's Panoptikum

165 Friedrichstr. 165
Mr. Leu,
der künstliche Mensch.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge usw.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Hörssaal 8 Uhr:
Prof. Dr. B. Donath: Die Gleichstrommotoren.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelstern, Nebelstrecke.

W. Noacks Theater

Oranienstr. 16. III. Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung!
Grifeldis
ober: Die Liebe ist der Liebe Proh.
Großes Schauspiel von Fr. Dahn.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Trianon-Theater.

Fräulein Josette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 17. November:
4. Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens) unter Leitung des Herrn Dir. Arthur Below:
Der Freischütz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 18. Nov.: 2. Vollvorst., halbe Kassenpreise: Japfenkreid.

Haben Sie schon

Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, den 16. Novbr., abends präzis 7 1/2 Uhr:
X. Grande Soirée High-Life-Gala-Programm und neue Debüts.
II. a.: Hum. 1. Ruse Pèpe Geroms u. Roberts. Dritter: Zum 1. Male in Europa
6 liegende Banvards.
Fr. Oora Schumann mit ihren phänomenalen Baguette-Sprängen über schwere Hindernisse. — Ritz Florence. Wile. Torrau. — Kletterfamilie Humel. Fredes Clattiers. — Fredes Albano. —

Chester H. Dieck,

in seinen ausgezeichneten Leistungen.
Dir. H. Schumanns neueste Originaldressuren und die neuen Spezialitäten.
Um 9 1/2 Uhr:
Die diesj. große Wasserpantomime Eine Fortf. d. „Lustig. Heideberger“.

Auf dem Neckar

Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen.
Nachmittags ein Kind frei.

BERNHARD ROSE THEATER

Ar. Frankfurterstr. 132
Spree-Athener.
Anfang 8 Uhr.
Bodentagspreise.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung:
Dornröschen.
Sonntag 3 Uhr: Die jürl. Vermandt.

Theater an der Spree

Köpenickerstraße 65.
Täglich 8 Uhr:
Am grünen Weg.
Ein Stück heiteres Berlin in 4 Akten von Helmich Lee.
Sonntag nachm. 3 Uhr bei gütigen Preisen: Der Altendubler.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Heute Sonnabend:
Wegen Privatfehllichkeit keine Vorstellung.
Sonntag, den 17. November:
Vollständig neuer Spielplan!
Kajino-Theater.
Rothringstr. 57. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.
Vorher das glanz. bunte Programm.
Sonntag 4 Uhr: Die wilde Jagd.

XIII. Saison.

Zirkus Busch

Sonnabend, den 16. November, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung!
Debut! Debut!
Herr Alfred Marschall.
Ein
Bombardement im Kriegshafen.
Origin. Japanisch. Fechtkünster
Oro und Oto.
Geschw. Amato. Vermolte-Carpattl-Truppe. Herr Ernst Schumann.
Auf der Hallig.
Die Wunder der Tiefsee. — Das Geheimnis d. tauchenden Sirenen.

Walhalla- Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das grandiose Novemb.-Programm
Die urkomische Hundepantomime
„Aus einer kleinen Garnison“, dargestellt von 30 Hunden.
7 japanische Volkstänzer 7
u. a.: Der Schwertwärtter. Verziertes Hifen. Wapagelen u. 12 großartig. Spezialitäten u. Tunnel: 3 Kapellen-Koncert. Theaterbehörden freier Eintritt.

PARODIE-THEATER

Dresdenerstr. 97 a. d. Prinzenstr.
Zapfenstreich. Troubadour. Monna Vanna. Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntag-nachmittags 3 1/2 Uhr: Galbe Preise.
Zapfenstreich. Troubadour. Dienstag, den 19. Novbr.: **Das Ungeheuer.**
Premiere:
Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132. Eoko Friedrichstraße.
* Rabbi Meseritsch. *
Bunter Teil.
Geteilte Liebe.
Anfang 8 Uhr.
Theater des Zentrums.
Sophien-Edle. Sophienstraße 17/18.
Bis früh um Fünfe
v. Aren u. Uppschütz. Rull v. B. Linds.
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin, SW. 68. Lindenstr. 69.
Zur Agitation, namentlich auf dem Lande, empfehlen wir angelegentlich

Das verbotene Blatt.

Preis für 100 Exemplare 1 M.
Vorko 10 Pf.

Zentral-Theater.
 Gastspiel des Hebbel-Theaters.
 Abends 7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Frau Warrens Gewerbe.
 Drama in 4 Akten von Eliza.

Metropol-Theater
 Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
 Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
 von J. Freund. Musik von Viktor
 Hollander. In Szene gesetzt
 von Direktor Richard Schultz.
 G. Thielscher, F. Massary,
 B. Darmand, Bender, Giampietro,
 Josephi.

Rauschen überall gestattet.
 Morgen
Sonntag, 17. November,
 nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Passage-Theater.
Paula Wirth
 !
die Diva rideviva
 u. d. großartige Novemborprogramm.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
 57 Kommandantenstraße Nr. 57.
 Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.
 Zum 106. Male:
Madame Wig-Wag
 Operetten-Oper. Musik v. L. Stal.
 Zum 131. Male:
Es lebe das Nachtleben!
 Separat-Bühne in 3 Akten.
 Beide Stücke mit den Autoren
 Anton und Donat Herrnfeld.
 Sonntag 3 Uhr, halbe Preise:
Die Meyerhains
 mit Anton und Donat Herrnfeld.

Folies Bergère
 Variété Intime
 Jägerstraße No. 63 a
Eröffnung
 Sonnabend, den 16. Nov.,
 abends 8 1/2 Uhr.
Sanssouci
 Kottbusser-
 Straße 6.
 Direction: Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Montag und
 Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
 u. Tanskränchen.
 Morgen:
Gr. Elite-Soiree. Tanz.
 Sonnt. Beg. 8, mod. 8 1/2.

Reichshallen-Theater.
 Täglich:
Stettiner Sänger.
 Britton
 als
 Ante im
 Familien-
 bad
 Wannsee.
 Anf. 8 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Buggenhagen
 Moritzplatz
 im Theateraal täglich:
 Das neue
November-Programm.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 7 Uhr. (Sonntags
 referiert 1 M., Entree 50 Pf.)
 Familienbillets a 10 Pf.
Militär-Konzert.
 von Brjowarski, Wörlich,
 von Offenbach und Zöllner.

WINTERGARTEN
 Anfang 8 Uhr.
Neues glänzendes Programm.
 Neu, interessant, aktuell:
Diabolospieler.

Familien-Restaurant
Paul Dobrohlaw,
 Schlemmerstraße 39
 Tel. Amt III, 2187.
 Zwei freundl. Vereinszimmer
 mit Klavier.
 Sonnabend und Sonntag:
 Musikalische Abend-Unterhaltung.

Gelegenheitskauf.
 Wir empfehlen zu bedeutend
 herabgesetzten Preisen: 225/2*
Gesundheitsschutz
 in Staat, Gemeinde und Familie.
 Herausgegeben unter Mitwirkung
 von Ärzten und Sachgelehrten
 von Emanuel Wurm.
 894 Seiten Hart, mit 10 Tafeln
 und 134 in den Text gedruckten
 Abbildungen.
 — Elegant gebunden. —
 Statt bisher 4.— M. nur 1.50 M.
Expedition des Vorwärts
 — Berlin SW. 68 —
 Lindenstraße 69 (Zaden).

Größte Spezial-
Pelzwaren-,
Hut- und Mützen-
Fabrik
 des Nordens.
 Sämtl. Pelzwaren
 werden in
 eigen. Werkstatt
 angefertigt.
 Reparatur, schnell
 und sauber.
Herm. Ziegner,
 Kürschnerstr.,
 Brunnenstr. 33.

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
 Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
 Beste für nur 1a Marken ab Platz
 von 10 Str. an:
 Prima la Halbsteine (Befannte
 Marken). pr. Str. 97 Pf.
 • Perbinand 1.00 M.
 • Wänerschaft 1.05 M.
 • la Diamant pr. Str. (110
 bis 120 Stk.) 1.10 M.
 • la Rife u. Altv. 1.10 M.
 • la Anthrazit Cabot pr. Str. 3.40 M.
 Koks, Steinkohlen usw. zu den
 billigsten Tagespreisen. Anlieferung
 frei Keller je nach Quantum pr. Str.
 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-
 Packung und größeren Abständen
 verlangen Sie meine Spezial-Offert.

Rancher bevorzugen allgemein
TUMA
 Zari 2s
 Sivri 3s
 Cigaretten
 Zigarettenfabrik „TUMA“, Dresden.

Damen,
 die viel Geld sparen wollen, kaufen ihre
 Mäntel, Kostüme, Jacken, Röcke u. c.
 im Engros-Geschäft von A. Schwarz
 für die Hälfte des regulären Preises
 Wasmannstr. 1, Ecke Landsbergerstr.
 I. Etg. Kein Laden. Gr. Lager.

Nathan Wand
 129 Zfallstr. 129.
 Die schönsten 7472*
Herren-Winter-Paletots
 und Anzüge in neu
 sowie speziell
Monats-Garderobe
 von Kavaliereu getragene Sachen,
 fast neu, für jede Figur passend.
 Speziell Baubaugänge sind in
 großer Auswahl stets zu haumend
 billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
 129 Zfallstr. 129.
 Hochbahnhofs-Kottbusser Tor.
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

Bekanntmachung!
 Der ganz außerordentliche Erfolg der vorigen Sondervorstellung veranlaßt das
Theater an der Spree, noch eine weitere Sondervorstellung
 zu ermäßigten Preisen für die **arbeitende Bevölkerung** zu
 veranstalten, die am **nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr,**
 stattfindet. In Szene geht:
„Der Aktienbudiker.“ Heitere Szenen aus dem Volksleben
 Alt-Berlins.
 — Preis-Ermäßigungen nur für die Leser des „Vorwärts“. —
Orchester - Fauteuil
Parquet-Fauteuil } Jeder Platz **95 Pfennige.**
L. Rang-Balkon
 Billetts zu diesem ermäßigten Preise werden nur gegen **Abgabe dieser Bekannt-**
machung an der Theaterkasse abgegeben. Auf jede vorgelegte Nummer des
 „Vorwärts“ werden 1-4 Billetts verabfolgt.
Theater an der Spree: Köpenickerstraße 68.
 Tageskasse 10-2 und 6-8 Uhr. 66/10*

Damen-Konfektion
 direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
 Nach beendeter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
 enorm
 billig
 Uebergangs-
 Paletots.
 Capes
 Abendmäntel
 Kostüme
 Kostüm-Röcke
 Mädchen-
 Paletots
 Pelz-Stolas
Robert Baumgarten
 Hausvogtei-Platz 11, I. Etage
 (an der Jerusalemstraße).
 Bei Vorzeigung dieses In-
 serates an der Kasse werden
5 Proz. Rabatt vergütet.
 Auch Sonntags geöffnet!

Herrengarderobe
Woche 1 Mark.
 A. F. Fischer, Brühlstr. 12.
 Bahnhof Jannowitzbrücke.

Joppen, Winterpaletots
 für Herren u. Knaben
 in größter Auswahl
Robert Sohn
 Berlin, Invalidenstr. 135
 Laden u. I. Etage.
 Maßanfertigung
 unter Garantie

Jede Dame lese!
 Ausnahmepreise
 nur diese Woche
 Ein Bogen eleg.
 Paletots schwarz
 u. farbige 9-25 M.
 Modell - Paletots,
 Mellemuster, in
 den entzückendsten
 Ausführungen von
 22-34 M., elegante
 Tuchkostüme von
 24-33 M., einzelne
 engl. Jacken-
 kleider zum
 Anziehen v. 15 M.
 Eine Model-
 lkollektion in
 Plüschpaletots,
 auch für die hübsche
 Dame pass., sowie
 Abendmäntel in
 den schön. Farben enorm billig, Röcke,
 schwarz und farbige, unter Kostenpreis.
Damenkonfektion
 1 Treppe,
 Seydelstraße 2, am Spittelmarkt.

Großen Vorteil
 für Berlin und Vororte
 bietet das neu eröffnete
Versandhaus
Berliner Herren-Moden
 Straauerstraße 23, hochpartor
 (am Molkenmarkt).
 Es liefert an jedermann selbst-
 hergestellte, gedieg., schicke
 Herrenbekleidung, fertig und
 nach Maß gegen wöchentliche
 Teilzahlung von 1 Mark an.
 Auf Wunsch besucht Sie unser
 Stadtreisender mit reichhal-
 tigen Stoffmustern.
 Kein Waren-Kredit, daher
 sehr billige Preise.
 Reelle Bedienung.

Galerie für alte und neue Kunst, G. m. b. H.
 Wilhelmstraße 45.
Ausstellung jüdischer Künstler,
 veranstaltet vom „Verein zur Förderung jüdischer Kunst“.
Josef Israel.
 Oelbilder, Aquarelle, Radierungen.
 Camille Pizzaro, Mark Antokolaki, Moritz Gottlieb, David Montes,
 Henry Levy, Solomon J. Solomon, Lesser Ury, Samuel Hirszenberg,
 Leopold Herowitz, Leopold Barnstamm, Leonid Pasternak, Israel
 Rachumowski und 60 andere Künstler.
 Synagoga Altertümer aus den jüdischen Museen von Wien
 und Hamburg sowie aus den Berliner Synagogen.
 Modernes jüdisches Kunstgewerbe.
 Eröffnung: Sonntag, den 17. November, 12 Uhr mittags.
 Entree 1 Mark. 87/17*
 Geöffnet Sonntags von 12-6 Uhr. Wochentags von 10-7 Uhr

„Flora“
 Spandau, Wilsdorfstr. 39.
Bußtag: Schlachtfest.
 Frische Blut- u. Leberwurst, schlachtet.
 Sonntag: Ball. C. Kospnik.

D. Lechner.
Alles auf Kredit!
Garderoben
 für Herren und Damen.
 Neu aufgenommen:
Sprechmaschinen, Pelzstolas, Kronen,
Betten, Teppiche, Gardinen, Kleiderstoffe.
 Geringste An- und Abzahlung.
Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk!
 Besuch oder Postkarte.
Brannenstraße 192, I.
 763L* 6. Haus vom Rosenthaler Tor.

Kratz echtes
Husten- und Schnupfen-Heil
 (Wulfskräutersaft) ist vorzüglich
 und bewährt gegen Keuchhusten, Husten, Schnupfen, Influenza, Schleim-
 fluss, Nasenpolypen usw. Niemals lose, sondern nur in m. plombierten
 Originalflaschen à 1.75, 1/2 Fl. 1.00, Probe 50 Pf.
 Falls in Ihrer Drogerie nicht erhältlich, geg. Einsend. v. Marken (Porto extra) durch
Fritz Kratz, Berlin N., Reinickendorferstr. 119. Amt II, 263L.

Zahngelbisse mit Saug-
 fertigt in tadelloser Ausführung billigst. Zahnziehen,
 Zähne, Plomben vollständig schmerzlos. 647L*
Zahn-Atelier Süden, Kottbusser Damm 85, an der

Eine Mark
 vollständige Teilzahlung keine
 Ausgabe letzter 15000
Herren-Garderoben
 bring für Stock-
 Anfertigung nach Maass.
 Lebersee Kottbusserstr.
Julius Fabian,
 Schneidermeister,
 Gr. Frankfurterstr. 37, a
 Eingang Strahlberger Uab.

15 % Rabatt
 auf zurückgesetzte Spielwaren.
 Verkauf nur im November.
Franz Ehlert & Sohn,
 Potsdamerstr. 134b, am Platz. 7012*

Butter! Butter!
 Wir suchen gute Abnehmer und liefern auf Jahresabfuhr zu möglichem
 Durchschnittspreis. Postpaete 6/1, Pfund direkt 10 M. 80 Pf. Nachfrage
Dampfmozkerei Apfeln, G. m. b. G.
 Apfeln, Gröschel Schaanburg.
 6932*

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
 sollte zur Arbeit
 die Lederhose Herkules tragen.
 Unerreichte Leistungsfähigkeit.
 Völlig-Verlust. Sehr hartes Leder in
 praktischen grauen u. braunen Streifen,
 auch einfarbig. Am Bund aus einem
 Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-
 nähte. Solidaire Arbeit - Taschen.
 Große Hüften umfaßt. 4 M. 50
 Die Herkules - Hose

Baer Sohn
 Schauffstr. 29/30, Brühlstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Haupt-Portofree gratis und franko.
 Bei Bestellung von Hosen ist die
 Bundweite und die Schrittlänge, bei
 Jackets und Mänteln die Brustweite
 anzugeben. 39542*

Blendol
 Putzmännchen
 putzt alle Metalle
 blendend blank
 und schmiert nicht
 In Glasfl. 10 u. 25 Pf. Metall. 20, 30, 50 Pf.
 überall erhältlich. www. Blendol.de

Ziehung vom 22.-26. November
Wohlfahrts-
Geld-Lotterie
 Hauptgewinne: Mark
75 000
50 000
25 000
 Lose à 3,30 M. Porto u. Liste
 30 Pf. extra.
Oskar Bräuer & Co. Nchf.,
 Andrasstr. 16a.

Diese Woche
 täglich, Sonntag, verkaufen
 wir als Gelegenheitskauf für
 Herren jeden Standes zu
 Preisen wie solche enorm
billig
 aus feinsten Massstoffen
 teils als Halbe gefertigt,
 hochvernehm. Herren-
 Ulster, mod. Röcke, Jackett-

Anzüge
Paletots
 deren sonstiger Masspreis
 60-70 M. ist, jetzt 15-35 M.
 Gehrocken jetzt 25-45 M.
 Herren-Hosen jetzt 7-11 M.
 Deutsches Versandhaus,
 Jägerstr. 63, I. Trepp.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Neunter Verbandstag der Friseurgehülften.

Bremen, 14. November.

3. Verhandlungstag.

Die Diskussion zum Referat über die „Lohnbewegungen“ wird durch die Annahme eines diesbezüglichen Geschäftsordnungsantrages geschlossen.

Chlorn verteidigt in seinem Schlusswort die bei den Lohnbewegungen beobachtete Taktik des Vorstandes, die insbesondere von Berliner Delegierten angefochten war.

Folgende Resolution des Referenten wird hierauf angenommen:

Der 9. Verbandstag beschließt, daß bei Lohnbewegungen, welche den Kost- und Logiszwang berühren, nicht Lohn bei halber Kost oder ohne Logis zu fordern ist, sondern die Auszahlung reinen Geldlohnes, also die Aufhebung von Kost und Logis beim Meister.

Ferner wird beschlossen: Die Forderung des Abwehr-Ladenschlusses an Wochentagen ist da zu verlangen, wo derselbe für andere Branchen schon eingeführt ist.

Außerdem sollen bei Lohnbewegungen nicht Klassenlöhne, sondern Minimallöhne gefordert werden.

Hierauf wird zu der Gehaltsregelung der Verbandsbeamten Stellung genommen. Die Frage wird nach den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses geregelt. Demnach stellt sich das Gehalt des jetzigen Vorsitzenden auf 2200 M., jährlich steigend um 100 M. Bei etwaiger fester Anstellung eines zweiten Beamten soll dessen Anfangsgehalt auf 1650 M. festgesetzt werden, steigend in den ersten fünf Jahren um 100 M., in den späteren Jahren um 50 M. Mit Ausnahme der Lokalbeamten wird den besoldeten Beamten unter sagt, noch fernerhin ihre Berufstätigkeit ausüben. — Zur

Lehrlingsfrage

referierte Pierre-Verein. Er führt u. a. an, die Organisation müsse den Gehülften dazu ergeben, daß er den Lehrling nicht als Prügeljungen, sondern als zukünftigen Kollegen und Klassen-genossen betrachte. Man müsse sich dagegen wenden, daß die Lehrzeit noch verlängert werde. Die Meister wollen versuchen, die Lehrzeit auf 3 1/2 bis 4 Jahre zu verlängern. Es werde jetzt schon

von den Prinzipalen versucht, die Unterrichtsstunden der Lehrlinge in den Fortbildungsschulen von der Lehrzeit in Abrechnung zu bringen. Ferner dürften die Schulstunden nicht mit der Ruhezeit verquittet werden, wie es häufig der Fall sei.

Eine Diskussion über dieses Referat findet nicht statt. Folgende Resolution Chlorn fand hierauf einstimmige Annahme, nachdem der Referent seine Resolution zurückgezogen hatte:

Der Verbandstag beschließt, der Lehrlingsfrage besondere Aufmerksamkeit zu widmen und alles hierauf bezügliche Material der Verbandsleitung zu überweisen, welche dasselbe zu bearbeiten und dem nächsten Verbandstage geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat. Ferner ist möglichst darauf hinzuwirken, die Zahl der im Barbier- und Friseurgewerbe beschäftigten Lehrlinge einzuschränken und ein Verbot zur Beschäftigung von Lehrlingen in Kasernen, Krankenhäusern und Strafanstalten zu erwirken.

Hiernit sind die übrigen Anträge erledigt.

Mit den Beschlüssen des Internationalen Sozialistenkongresses und der Internationalen Konferenz erklärt sich der Verbandstag ohne Debatte einverstanden, nachdem der Referent, Vorsitzender Chlorn, mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit auf weitere Ausführungen verzichtet hatte und im übrigen auf die diesbezüglichen Protokolle verwiesen hatte. — Bei der

Änderung des Statuts

wird u. a. beschlossen, daß in jedem Bezirk alljährlich eine Konferenz stattfindet, die beim Vorstand zu beantragen ist. Der Vorstand besteht in Zukunft aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, einem Kassierer, einem Protokollführer und einem Beisitzer. Ferner sind drei Revisoren zu wählen, die außerhalb des Vorstandes stehen. Ein anderer Beschluß lautet:

Selbständige Mitglieder des Verbandes dürfen nicht Mitglieder einer bestehenden Arbeitgeberorganisation — ausgenommen einer Zwangsinnung — sein.

Eine ziemlich lebhafte und ausgedehnte Debatte wird durch den Antrag herborgerufen, nach dem der Verbandsbeitrag vom 1. Juli 1908 ab auf 50 Pf. erhöht werden soll. Der Antrag wird angenommen. Nach Inkrafttreten dieses Beschlusses haben die örtlichen Verwaltungen 70 Proz. der Beiträge an die Hauptkasse abzuführen.

In der Nachmittags-sitzung beantragt Wittmann d. Magdeburg, den bisherigen § 19 in folgender Weise zu ändern: „Die besoldeten Beamten des Vorstandes und der Vorsitzende des Ausschusses sind vom Verbandstage zu wählen. Die übrigen Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses von den Zweigvereinen, wo die beiden Körperschaften ihren Sitz haben. Die Wahlen erfolgen für den Zeitraum bis zur nächsten Generalversammlung. Durch einen gemeinsamen Beschluß des Vorstandes und Ausschusses kann mit 2/3 Stimmen Majorität jedes Mitglied des Vorstandes und Ausschusses von seinem Posten entfernt werden.“ Dieser Änderung stimmt der Verbandstag zu. Damit ist § 22 überflüssig geworden. Nach weiteren Beschlüssen ist den Delegierten der Vorstandsbericht vier Wochen vor dem Verbandstage anzustellen. Die Streifenunterstützung beträgt für Sonnabends und Sonntags zusammen 6 M., an den übrigen Tagen 1 M.

Der Vorstand wird beauftragt, dem nächsten Verbandstage den Entwurf eines neuen Statuts vorzulegen. Beschlüsse des Verbandstages können nur durch 2/3 Majorität einer Urabstimmung aufgehoben werden. Mitgliedern, welche mindestens 26 Verbandsbeiträge ununterbrochen geleistet haben, muß auf der Reise von den Zweigvereinen, die sie berühren, 1 M. Reiseunterstützung gezahlt werden, und zwar an höchstens sechs Orten, im Gesamtbetrag von 6 M. In § 9, Absatz a, heißt es anstatt „bei gänzlicher Arbeitslosigkeit“ in Zukunft „bei gänzlicher Erwerbslosigkeit“. Karenzzeiten und Unterstützungssätze sind unverändert geblieben.

Als Sitz des Verbandes wird Berlin gewählt; der Sitz des Ausschusses wird nach Hamburg verlegt. Die Verlegung des Verbandssitzes erfolgt am 1. April 1908. Der nächste Verbandstag findet in Nürnberg statt. Es wird ferner beschlossen, Langner-Verein als besoldeten Kassierer anzustellen. Als Vorsitzender des Verbandes wird Chlorn-Hamburg wiedergewählt, auf Rehm-Hamburg fällt die Wahl als Obmann des Ausschusses.

Dem Vorstand wird noch ein Antrag zur Verückichtigung überwiesen, der verlangt, ein einheitliches Arbeitsnachweis-Reglement für alle Arbeitsnachweise des Verbandes zu schaffen. Sobann wird einem Antrage zugestimmt, monach arbeitssuchende Gehülften, wenn sie den Arbeitsnachweis der Zweigvereine nicht frequentieren, ausgeschlossen werden.

Sehen Sie sich unsere Preise an

und betrachten Sie sich die Qualität unserer Waren, so müssen Sie bei ruhigem Ueberlegen zu der Ueberzeugung gelangen, daß Ihnen hiermit ein äußerst vorteilhaftes und günstiges Angebot seitens unserer vier vereinigten Firmen gestellt wird. Als zweiter wichtiger Punkt tritt noch hinzu, daß jede Dame und jeder Herr Gelegenheit hat,

mit nur ein paar Mark Anzahlung

bei uns den Bedarf an eleganter Garderobe zu decken. Die Ratenzahlungen sind äußerst niedrig und betragen fast ausschließlich pro Woche 1 Mark.

Die erste Grossmacht

M. Glogau, Alte Jakobstr. 73, Ecke Dresdener- u. Ecke Roßstr. — 5 Etagen.
Paul Neugebauer Nachflg., Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 31.

C. Wachsmann & Co., Reinickendorferstr. 15.
Aufrecht & Mandowsky, Posen, Breslauer Straße 15.

Gutsitzende Jackett - Anzüge
in dunklen melierten Cheviots und Kammgarnstoffen 19.50 M.
Anzahlg. v. 5 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 17.50 M.

Elegante Jackett - Anzüge
in prima Kammgarnstoffen oder engl. Fantasiestoffen 25.00 M.
Anzahlg. v. 5 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 22.50 M.

An jedem Stück zwei Preise:
1 Teilzahlungspreis
und
1 Kassapreis.

Elegante Damen-Kostüme
engl. Jackett- oder Liftboy-Fasson in prima Tuch 22.00 M.
Anzahlg. v. 5 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 20.00 M.

Branne Lithoy-Samtjaken
äußerst modern und schick. **Beste Arbeit.** 24.50 M.
Anzahlg. v. 5 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 22.00 M.

Gutsitzende Rock - Anzüge
in vorzügl. Kammgarnstoff oder mehrfarbigem Cheviot 26.00 M.
Anzahlg. v. 6 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 23.50 M.

Neuhheit! Kimono-Blusen
aus Cluny und Tüll- spitzen gearbeitet 13.75 M.
Anzahlg. v. 4 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 12.25 M.

Hochfeine Gehrock - Anzüge
in Tuchkammgarn oder feinem Meltonkammgarn 36.00 M.
Anzahlg. v. 8 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 32.50 M.

Hochfeine Paletots und Jacketts
aus bestem Tuch oder Covercoating gearbeitet 15.00 M.
Anzahlg. v. 4 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 13.50 M.

Beste Winter-Paletots
aus mattgestreiften Cheviots, Meltons und Eskimos 24.00 M.
Anzahlg. v. 5 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 21.50 M.

Moderne Theatermäntel
in sarten, wundervollen Farben und kleidsamen Formen 19.50 M.
Anzahlg. v. 5 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 17.50 M.

Elegante Winter-Paletots
in erprobten besten engl. und deutschen Fabrikaten 30.00 M.
Anzahlg. v. 7 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 27.00 M.

Haltbare Schuhwaren
für Herren, Damen und Kinder. **Beste Handarbeit.** 8.00 M.
Anzahlg. v. 2 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 7.00 M.

An jedem Stück zwei Preise:
1 Teilzahlungspreis
und
1 Kassapreis.

Pelzstolas und Straußen-Boas
hochmodern, unerreicht gr. Ausw. alle Preislagen v. 9.00 M. an.
Anzahlg. v. 3 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 8.00 M.

Schicke Falten-Röcke
aus karierten oder gestreiften Tuchstoffen 14.00 M.
Anzahlg. v. 4 M. an. Rate 1 M.
Bei Barzahlung 12.50 M.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Vergolder.

Montag, den 18. November, abends präzis 8 Uhr,
im Lokale Wertowski, Andreasstraße 26:
Vertrauensmänner- und Branchenkommissions-Sitzung.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Branchenleiter.

Das diesjährige **Herbstfest** findet am Sonnabend, den
23. November ex., in der „Alhambra“ statt. Anfang 8¹/₂ Uhr. Billets
a 25 Pf. bei den Werkstattvertrauensleuten erhältlich. 99/1

Stoek- u. Zelluloidarbeiter!

Sonntag, den 17. November ex., vormittags 9¹/₂ Uhr, bei Litsch,
Niemelstraße 67:
Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Verhandlungskommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
4. Mitgliedsbuch legitimiert.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen ist dringend not-
wendig. Der Obmann.

Urania - Vorstellungen.

Sonntag, den 17. November, u. Mittwoch, den 20. November:
Zum Vortrag gelangt: **Ueber den Brenner nach Venedig.**
Billets sind auf dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15 I, Zimmer 11,
zu haben. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin, Sektion I.
Geschäftsstelle Berlin O. 54, Rulandstr. 10, L. Fernspr. Amt 3a, 4518.

Sonntag, den 17. Novbr., nachmittags 2 Uhr: Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.
Tages-Ordnung: 45/2
1. Vortrag des Genossen **Max Grünwald** über das Thema:
„Das ist materialistische Geschichtsauffassung?“ 2. Bericht und Ab-
rechnung vom 3. Quartal 1907. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Schriftliches und mündliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Auf ausdrückliche Vereinbarung mit dem Herrn Referenten beginnt der
Vortrag präzis halb 3 Uhr.

Reißzeuge für Fachschüler
in allen **Preislagen.**

Echt Kathenower Brillen 1,00
Pincenez (echt Nickel) M. 1,50
„ Double . . . 5,00
„ Gold . . . 12,00
„ Schildpatt . . . 4,50
Opern- u. Reisegläser v. 6,00 an
Barometer, Werkte, von 8,00 an

A. Grün, Optiker
Brunnen-Straße 4
am Rosenthaler Thor
Lieferant der Krankenkassen.

Eine Wohltat
für den Magen und die Nerven
ist eine Tasse Haemacolade des
Morgens als erstes Frühstück
getrunken!

Unsere erprobten und bewährten
Spiritus-Glühlicht-
Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen
zu unseren **Listenpreisen**
sind erhältlich bei 942L*

W. Karl Haupt, Tanenienstr. 14. P. Radatz & Co., G. m. b. H. Leipzigerstr. 122/123. Emil Riedel, Potsdamerstr. 52. R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 85.	S. Hermann Arnold, Alexandrinenstr. 110. Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60. H. Kahermann, Prinzenstr. 26.
NW. A. Ahrens, Alt-Moabit 77. O. P. Neuwander, Friedrichstr. 130.	SO. Wilh. Krusomark, Oranienstr. 205.
SW. O. P. Neuwander, Hildesheimerstr. 12. H. Schollwer, Yorkstr. 49.	Charlottenburg. Emil Rumor, Spandauerstr. 15. Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59.
C. Erich Flosky Nachf., Münzstr. 2. Martin Götzow & Co., Seydelstr. 26. Holtz & Linke, Lundsbergerstr. 58. Dr. Hermann Lux, Alte Schönhauserstr. 30.	Friedenau-Wilmersdorf. J. Schmidt & Co., Hauffstr. 6. E. Soltans, Kaiser-Allee 172.
N. Rolph Becker, Invalidenstr. 164. Franz Strauch, Brunnenstr. 64.	Groß-Lichterfelde. Robert Seliger, Sternstr. 23.
	Reinickendorf-Ost. W. Malchin, Residenzstr. 115/116.

Zentrale für Spiritusverwertung
G. m. b. H.
Ausstellungs- und Verkaufslokal:
Friedrichstr. 96 **BERLIN NW 7.**, gegenüber dem
Zentral-Hotel

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Achtung! Mitglieder der Ortskasse der Schneider. **Achtung!**

Am **Sonntag, den 17. November**, von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr, finden im
Restaurant „Lebensquelle“ (alte „Arminhallen“), Kommandantenstraße 20, die
Delegiertenwahlen zur Ortskasse der Schneider
statt. Da die Gegner wieder auf dem Plan erscheinen, ersuchen wir unsere Mitglieder, sich alle
an der Wahl zu beteiligen. Nur die vom „Verband der Schneider und Schneiderinnen“ herausgegebene
Liste ist abzugeben. Diese fängt an mit dem Namen **Albrecht** und endigt mit dem Namen
Zühlke. Nur diese eine Liste ist abzugeben! Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.
Personen unter 21 Jahren sind nicht wahlberechtigt.
Die Ortsverwaltung.

Konsumgenossenschaft von Adlershof u. Umg.

(E. G. m. b. H.)

Sonntag, den 1. Dezember 1907,
nachmittags pünktlich 2¹/₂ Uhr:

General-Versammlung

in
Franz Kühnes Saal, „Adlershofer Garten“,
Adlershof, Ecke der Biernardstraße und Adlersgestell.
Tages-Ordnung:

- Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1906/07.
 - Bericht des Aufsichtsrates.
 - Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
 - Bericht des Reingewinns.
 - Ren- und Ergänzungsmahlen des Aufsichtsrates und Vorstandes.
 - Diskussion betreffend Erhöhung des Geschäftsanteiles.
 - Statutenänderung:
a) Erhöhung der Geschäftsanteile auf 30 Mark.
b) Verlegung der Beendigung des Geschäftsjahres auf den
30. Juni jeden Jahres.
 - Beschlußfassung über Erwerbung eines Grundstücks.
 - Aufnahme von Darlehen bis zu 30 000 Mark.
 - Unsere Agitation bezug. Begünstigung.
 - Anschluß an die Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradeis“.
 - Änderung der Sterbe-Unterstützungsordnung.
 - Sonstige Vorschläge.
- Nach dem Tausch scheiden vom Aufsichtsrat aus: **Friedrich Hölzer-
barth**, Ober-Schönevelde; **Julius Poranski**, Grünau; **Wilhelm Dürre**, Alt-
Glienitz; **Adolf Stahlberg**, Adlershof. Freiwillig scheiden aus: **Emil Noyen**,
Grünau; **Erich Stever**, Adlershof. Dem Vorstande scheidet aus: **Hermann
Hildebrandt**, Adlershof. 146/11*
- Die Genossen sind wieder wählbar.
Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.
Der Vorstand.
Hermann Hildebrandt. Wilhelm Köhl. Paul Baumann.

Vorwärts

Restaurant, Spandau, Schönwalderstr. 80.
Eingestrichenes Parteilokal u. Bundesfeier-
stelle auf dem Wege zum Sportpark.
Jeden Sonntag gr. Ball. Paul Krumke.

Konsum-, Produktiv- u. Sparverein Zehlendorf

und Umgegend. (E. G. m. b. H.)
Sonntag, 24. Nov., nachm. 4 Uhr,
bei Wiest, Karlstr. 12:

Ordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes
und Aufsichtsrates. 146/13
2. Beschlußfassung über Verteilung
des Reingewinns.
3. Ergänzungsmahlen des Vor-
standes und Aufsichtsrates.
Der Aufsichtsrat.
Otto Jökel. Rudolf Weber.

Kölner Lotterie.

Ziehung 30. November in Berlin.
Hauptgew. W.:
10 000 M.
80 % bar Geld
Lose à 1 M., Porto u. Liste
30 Pf.
Wohlfahrt-Lose
Ziehung 22.-26. Novbr.
Hauptgew. bar
75 000 M.
Lose à 3,30, Porto u. Liste 30 Pf.
Berliner Vogel-Lose
11 Stek 5 M., à Stek 50 Pf.,
Porto u. Liste 30 Pf.
Gustav Haase
Berlin, Neus Kölnstr. 85.
— Gegründet 1878. —

Verband der Buch- und
Steindruckerei-Arbeiter u.
Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Zahlstelle II.
Am Donnerstag, den 14. No-
vember, nach langem Leiden
unser Kollege, der Vizepräsident
Hugo Schütte
im Alter von 32 Jahren.
Ehre feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 17. November, nach-
mittags 1 Uhr, auf dem Sophien-
Kirchhof statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand der Zahlstelle II.

Hiermit die traurige Nachricht,
daß mein lieber Mann, unser
guter Vater, Schwieger- und
Großvater, der Hochwürdige
Karl Renner
am 13. d. M. sanft entschlafen ist.
Dies zeigen mit der Bitte um
Hülfe Teilnahme an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, 17., nachmittags 3 Uhr,
auf dem Kirchhof der Lazarus-
Gemeinde in Wilhelmshagen statt.

Allen Verwandten, Freunden
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau und
unsere gute Mutter
Luise Lausch
geb. **Bederke**
nach langen schweren Leiden und
durch den Tod entlassen wurde.
Um Hülfe Beileid bitten
Die trauernde Gatte
Berthold Lausch
nebst Kindern,
Stephanstraße Nr. 31.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. d. M., nach-
mittags 4¹/₂ Uhr, von der Leichen-
halle des St. Philippus-Kranken-
stifts, Müllerstraße 44/45, aus
statt. 7682

Verband der freien Gast-
u. Schankwirte Deutschlands
Zahlstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß die Frau des Kollegen
Lausch,
Luise geb. **Bederke**
nach schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 18. November,
nachmittags 4¹/₂ Uhr, von der
Leichenhalle des St. Philippus-
Krankenstifts, Müllerstr. 44/45
aus statt.
Um rege Beteiligung erlucht
61/4 Die Ortsverwaltung.

Verein für Frauen und Mädchen
der Arbeiterklasse.
Nachruf.
Am 12. November starb unser
treues Mitglied, Frau
Marie Fischer.
Ehre ihrem Andenken!
56/5 Der Vorstand.

Dankagung.
Meinen herzlichsten Dank sage ich
allen, die so zahlreich aus Freundschaft-
und Bekanntheit meinen mir so
lieber, so lieb entlassenen Mann das
letzte Geleit gaben. Diese lebhaften
Teilnahme, die Kranzsenden und der
Gesang am Grabe, schafften mir Er-
leichterung, es sind mir Beweise, daß
mein Mann Freunde hatte, die mit
mir um ihn trauern.
Nochmals vielen Dank!
Berta Kreye.

Dankagung.
Bei der Beerdigung meiner leider
zu früh dahingegangenen innig-
geliebten Frau und unserer guten
Mutter
Alwine Böhme
wurden uns von Verwandten, Freun-
den und Bekannten, sowie von meinen
geliebten Kollegen eine große Fülle
von Beweisen herzlicher Teilnahme
gesendet, daß wir auf diesem Wege
unseren herzlichsten Dank ausprechen
müssen.
August Böhme
und Kinder.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 1492*
Haut- und Hautleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2. 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

Kraus-Rothweil
für Blutarme
u. Kranke.
ärztlich
empfohlen
Fi. 150
u. 2 M.
überall
kauflich

In Apotheken, Drogen- u. Delikat-
Gesch., steht unt. ständ. Kontrolle
des chem. Laborat. Dr. C. Utschhoff

Es ist erwiesen
daß es im Interesse eines jeden Käufers von Herren- und
Knabengarderobe liegt, sich von der Leistungsfähigkeit
meiner seit dem Jahre 1879 im Osten Berlins bestehenden
Firma zu überzeugen. Ich führe nur gute und reelle fertige
Bekleidung vom einfachsten bis zu dem elegantesten
Genre. Eine Spezialität meiner Firma ist Anfertigung
nach Maß von besten deutschen und englischen Stoffen
in eigenen Betriebs-Werkstätten. Garantie für guten
Sitz und tadellose Verarbeitung zu mäßigen Preisen.
Der fortdauernd wachsende Zuspruch aus allen Kreisen
bietet die beste Gewähr für die Reellität meiner Firma.

JULIUS LINDENBAUM
:: Herren- und Knabengarderobe ::
Große Frankfurterstraße 141 755L*
Ecke der Fruchtstraße.

Meine Werkstätten im Hause sind seit Anfang März un-
unterbrochen im Betriebe. Arbeitslöhne zahle ich laut
Tarifvertrag.

Verkaufszell 9¹/₂-1¹/₂ und 3¹/₂-8¹/₂ Uhr.

So - schnell - kommt
nie ein Ausverkauf und totale Räumung der Bestände der
Herbst- und Winterbestände wieder. Deshalb mache ich meine
verehrte Kundschaft
auf diese **günstige Gelegenheit zum Einkauf** von wirklich
schöner und gediegener Konfektion zu
nie wiederkehrenden Preisen
aufmerksam.

Originalmodelle, Reismuster u. Kopien selbst für allerstärkste
Figuren vorrätig.
Stadtbekannt und berühmte Konfektion in
Plüschmänteln, Plüschhütchen, Astrachan- und Abendmänteln, Polzkonfektion,
Stolas, Kleidern, Röcken, Blusen, Kostümen, Phantasiepijocen usw. usw. in

8 Abteilungen!

Abt. 1	2	3	4	5	6	7	8
früher bis M. 40	M. 68	M. 90	M. 180	M. 200	M. 300	M. 340	M. 375
jetzt nur	14	20 ¹ / ₂	30 ¹ / ₂	53 ¹ / ₂	63	85 ¹ / ₂	92 ¹ / ₂

Passendes **Weihnachtsgeschenk!** ca. 1000 Paletots. Wert bis
herliches M. 29¹/₂ zum Ausuchen für M. 7.-

Wegen des ungeheuren Andranges in d. Nachmittagsstunden bitte
ich den Einkauf möglichst in den Vormittagsstunden zu bewirken.

Hauptgesch.: Berlin W., Mohren-
straße 37a, an den Kolonnen.
Filiale: O. Gr. Frankfurterstr. 115
2tes Haus an der Andreasstraße.

Konfektionshaus Westmann

Ich bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!

Modernes Trauermagazin! - Verkauf zu konkurrenzlosen Preisen!

Max Behr früher Pfingst

Berlinerstraße 47/48 Rixdorf gegenüber dem Rathaus.

4 Kinder-Tage

Für diesen Zweck habe ich enorme Posten Waren erworben, welche ich an diesen 4 Tagen zu noch nie gekannt billigen Preisen zum Verkauf bringe.

K Kinder-Kleidchen 95 Pl.	K Kinder-Anzüge . . . 2. ⁹⁵ M.
Kinder-Kragen . 1. ²⁵ M.	Kinder-Hosen . . . 95 Pl.
Kinder-Hemden . 65 Pl.	Kinder-Joppen . . . 2. ⁹⁵ M.
Kinder-Trikots . 38 Pl.	Kinder-Samtanzüge 4. ⁷⁵ M.
Kinder-Strümpfe 33 Pl.	Kinder-Filzschuhe 68 Pl.
Kinder-Hüte . . . 95 Pl.	Kinder-Lederstiefel 1. ²⁵ M.
Kinder-Sweater . 1. ²⁵ M.	Kinder-Pantoffel . . . 28 Pl.
	Kinder-Gummischuhe . 1.95 M.

Mein neues **Rabatt-Sparsystem** mit Extra-Prämie **in bar** bietet die größten Vorteile.

Während dieser 4 Tage verteile ich an die **Kinder meiner w. Kundschaft** **Gratis!** **Aufmerksamkeiten**

Alle Waren die ich führe, sind nur **Pr.-Qualität**, jedoch sind die Preise **unerreicht billig**.

In der **Lebensmittel-Abteilung: Ausnahmepreise.**
Fahrrad. IV Etagen.

M. B. R.

Gratis



Ein Stück 25), ein große beidseitige Platten, keine Garbe, kein Vinyl einer Spezialmaschine oder eines leistungsfähigen Wachswerkes zur Teilzahlung.

Wochenrate nur 1 Mark. — Wegen Kasse billige Preise.
J. Kurzberg,
Geschäft: Rosenthalerstr. 40/41, am Gendarmen Markt.
s. Reichhalt. An der Jannowitzbrücke 1, L.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Heute eröffnen wir

Bötzowstraße 34

unsere **17. Verkaufsstelle.**

Geschäftszeit von 8-1, 3-8, Sonnabend bis 9 Uhr. Sonntag geschlossen.
Der Vorstand.

140/13

Das christliche Spezialhaus für Damen und Kindermäntel von Ostar Wollburg, Berlin N., Brunnenstr. 61, bringt zur diesjährigen Herbst- und Winterfaison eine reiche Auswahl in Kostümen, Kimonos, Jacketts, Capes, Paletots, Kostümchen, Blusen, Pelzstolas und Kindermänteln, deren jedes ein besonderes Genre und einen eigenen Stil vertritt. Ostar Wollburg gehört zu den wenigen christlich-deutschen Konfektionären, die ihre Lagerbestände in eigenen Werkstätten großer Stillselbst herstellen. Man kauft dort ohne jeden Zwischenhandel solide, gebiegene und schöne Fassons zu billigen Preisen. Alles in allem gibt die gegenwärtige Saison-Ausstellung ein getreues Bild der herrschenden Mode.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Gratis

erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine

hochelegante bunte Weste

Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidung

fertigt und nach Maß

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf

Leske & Lehrner

78 Kottbuser Damm 78

Winter-Paletots * Winter-Anzüge * Loden-Joppen.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir verkaufen stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinserat! Nachdruck verboten.

Der hochelegante Kalender ist erschienen. Auf Wunsch kostenlose Zusendung.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Zur Eröffnung

unserer sechsten Filiale in der

19 Turmstr. 19

Sonnabend, 16. November 1907, mittags 3 Uhr

Ausnahme-Tage.

Das Wunder Berlins.

Blitz

Das muß man sehen.

Serie 6: Herren-Anzug, grau gemustert 6. ⁹⁵ M.	Serie 4: Herren-Paletot, gemustert, sehr schwer 7. ⁹⁰ M.
Serie 8: Herren-Anzug, neueste Dessins 9. ³⁰ M.	Serie 6: Herren-Paletot, num suchen 9. ⁵⁰ M.
Serie 10: Herren-Anzug, das man sehen 12. ²⁵ M.	Serie 8: Herren-Paletot, auf Steppfutter 12. ⁵⁰ M.
Serie 12: Herren-Anzug, der Konkurrenz Neid 15. ⁷⁵ M.	Serie 10: Herren-Paletot, sehen und staunen 16. ⁰⁰ M.
Serie 14: Herren-Anzug, hergestellt in eigener Fabrik, Spezialität „Blitz“ 18. ⁵⁰ M.	Serie 12: Herren-Paletot, das man sehen, um zu glauben, „auf Seide“ 18. ⁷⁵ M.

Die Waren werden fast alle in eigener Fabrik hergestellt. Zwischenhandel ausgeschlossen.

Maß-Abteilung „Blitz“ nur 3 Preise.

Auf Wunsch Besuch unserer Stadtreisenden.

Serie I: Herren-Anzug, neueste Modestoffe 27. ⁵⁰ M.	Serie I: Herren-Paletot, das Neueste 24. ⁵⁰ M.
Serie II: Herren-Anzug, extra prima Cheviots 37. ⁵⁰ M.	Serie II: Herren-Paletot, prima Ware 34. ⁵⁰ M.
Serie III: Herren-Anzug, Kammgarn Ia. 47. ⁵⁰ M.	Serie III: Herren-Paletot, in allen Mustern 44. ⁵⁰ M.

Sehen und staunen. Nur kein Neid, wer kann, kann.

6 Geschäfte:

9 Rosenthalerstraße 9	19 Turmstraße 19
137 Gr. Frankfurterstr. 137	85 Chausseestraße 85
Schöneberg	
10 Hauptstraße 10	29-30 Kottbuser Damm 29-30

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

119

Wäsche, Wäsche
5% Wäsche 5%
Jacob Golde
119 Gr. Frankfurterstr. 119
Wäsche, Wäsche
5% Wäsche 5%
Lieferant für alle
Rabattvereine.

119

Hygienische
Bedarfsartikel,
Gummiwaren, 1000e Anerk.
V. Prof. u. Aerz. empf. bill.
Apoth. S. Schweitzer's Fab.
hyg. Präp., Berlin O., Holz-
marktstr. 69-70. Off. verlang.

Damenspenden
Näher, Ehb. von 60 Pf. an,
Wäsen, Ehb. von 25 Pf. an.
Originelle Füllartikel, Ansteck-
sachen usw., Knallbonbons
Ehb. 20 Pf. an. (2242)
Girlanden, Vereinsbedarf all. Art.
Vereinen Engrospreisen. Hauptst.
Markgrafstr. 99, Holzstraße.
Näher, Preisliste gratis u. franco.

Carl Lorenz, Hutfabrik

(früher Arnold & Egger)

44 Waldemarstr. 44, part.

Weiche Herrenfilzhüte v. 1,75—5,25 M.
Stiefe Herrenfilzhüte . . . 2,00—5,25 „
Cylinderhüte zu 4, 6, 8, 10 u. 12,00 „
Chapeaux claque . . . 8, 10 u. 12,00 „
im Einzelverkauf. 500L.

Feste Preise. — Kein Laden. — Größte Auswahl.

Arbeiter- u. Berufsbekleidungen
sind anerkannt die Besten. 7600e
Jeder Arbeiter, jeder Handwerker
sollte zur Arbeit obige Fabrikate tragen.
Größte Haltbarkeit, beste Näharbeit, eigene Fabrik.
Verkauf zu Fabrikpreisen.

Monteur-Jacken 95, 1,50, 2,00, 2,40.	Wäurer-Jacken 2,95, 3,50.
Monteur-Hosen 25, 1,50, 2,00, 2,35.	Wäurer-Jacketts 3,50, 4,50.
Radfahrer 2,00, 2,55, 3,00.	Wäurer-Hosen und -Joppen.
Mechaniker-Hittel 2,65.	Roubilior, Kleider, Fräse- und
Leber-Jacken 1,95, 2,65, 3,50, 4,50.	Roh-Jacken.
	Stoff-Jacken 1,25, 2,05, 3,50, 4,50.

1. Verkaufsstelle Berlin N.,
Brunnenstraße 119,
Edle Udemstraße.

2. Verkaufsstelle
Invalidenstraße 2,
Edle Udemstraße.

9. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. November 1907, vormittags.

Für die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 5th class of the Prussian lottery, listing numbers and corresponding prizes.

9. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. November 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 5th class of the Prussian lottery, listing numbers and corresponding prizes.

9. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. November 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 5th class of the Prussian lottery, listing numbers and corresponding prizes.

9. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. November 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 5th class of the Prussian lottery, listing numbers and corresponding prizes.

Verkäufe. Teppiche mit Farbenleibern...

Teppiche! (leberholte) in allen Größen...

Verschiedenes. Vernt die Mutterprache...

Stellenangebote. Ladierer, Sattler, Stiefmacher...